

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

199 · Mai 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	387
Essay	
KLAUS KANNAPIN ... andere auf das eigene Niveau herunterziehen	389
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
FRIEDRICH W. SIXEL Ist es nicht an der Zeit? Überlegungen zum Wissen als Kapital	395
THOMAS MARXHAUSEN Marx als Chance	409
Linke Debatte	
HEIKO HILKER Für eine Verbesserung der politischen Informations- und Kommunikationskultur	418
ILSE SCHIEL, WOLFGANG SCHIEL Mensch statt Klasse	420
Israel und Deutschland	
MARCUS HAWEL Befindlichkeit im Blick Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären	432
WOLFRAM ADOLPHI Ohne UN-Charta? Anmerkungen zu Marcus Hawels »Befindlichkeit im Blick«	449
PETER ULLRICH Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch	455

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 468

Bücher & Zeitschriften

Herbert Gruhl:
Unter den Karawanen der Blinden.
Schlüsseltexte, Interviews und Reden (1976-1993)
(MARKO FERST) 470

Alexander Rüstow:
Freiheit und Herrschaft – eine Kritik der Zivilisation,
(ULRICH BUSCH) 471

Gabriele Gorzka, Peter W. Schulze (Hg.):
Wohin steuert Russland unter Putin.
Der autoritäre Weg in die Demokratie
(KARL-HEINZ GRÄFE) 473

Wolfgang Frindte:
Inszenierter Antisemitismus. Eine Streitschrift
(HELMUT METZLER) 474

Thomas Stahel:
Wo-Wo-Wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen
in Zürich nach 1968
(BERND HÜTTNER) 475

Summaries 478

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 480

Berichtigung

In den Artikel von Helmut Bock »Was tun? Russlands Februarrevolution und Lenins »April-Thesen«« (UTOPIE kreativ, H. 198, S. 297) hat sich ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen. Es hätte heißen müssen: »Bis zum Abend streikten rund 210 000 Arbeiter ...« statt 21 000.

Die Redaktion

VorSatz

»So, wie es ist, kann es nicht bleiben!« Dies ist ein Kernsatz des Brechtschen Dialektik-Verständnisses. Dabei steht »kann« nicht für eine vage Option so nach dem Motto: »Kann sein, kann aber auch nicht sein.« Es steht für die Notwendigkeit von Veränderungen, die aus realen gesellschaftlichen Prozessen und dadurch produzierte gesellschaftliche Konstellationen (Widersprüche, Meinungsbilder, Kräfteverhältnisse usw.) gewachsen ist. Dabei war sich Brecht durchaus im Klaren, dass sich diese Veränderungen nicht nur in progressiven Entwicklungen realisieren, als unaufhaltsamer Weg vom Guten zum Besseren, sondern dass auch reaktionäre Tendenzen sich durchsetzen können – Arturo Ui steht auch für Möglichkeiten von Veränderungen. Es kann sich aber durchaus einmal etwas zum Besseren wenden, auch wenn man das nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte kaum zu glauben vermag.

Entwicklung ist mehr als Veränderung, das Wort verweist darauf, dass etwas nicht einfach anders wird, sondern dass das jeweilige System ganz oder teilweise ein höheres Niveau erreicht, effizienter wird, eine größeren Reichtum an Beziehungen herausbildet usw. Nun bezweifelt gegenwärtig wohl kaum jemand, dass es in diesem Sinne Entwicklung beispielsweise in Wissenschaft und Technik wirklich gibt. Nur für die Gesellschaft hat der herrschende neoliberale Zeitgeist das Erreichen eines Endzustandes verkündet. Bezogen auf gesellschaftliche Entwicklungen wurde ein Denkverbot erlassen. Folgt man dieser Sichtweise, dann fehlt es dem globalisierten Kapitalismus nur noch an ein paar Restarbeiten, um jene Lücken zu schließen, in denen sich das internationale Finanzkapital und die westlichen kapitalistischen Metropolen mit den USA als Führungsmacht noch nicht ganz durchgesetzt haben. Diese Sichtweise ist zwar die herrschende, aber sie ist falsch und sie belügt sich selbst.

Das proklamierte Ende von Geschichte erweist sich als das Ende von Geschichten (oder Legenden). Neoliberale Gesellschaftspolitik hat eine blumige Erfolgshetorik hervorgebracht, was vor dem Hintergrund von Erfahrungen mit dem »realen Sozialismus« zwar leichter zu durchschauen, aber doch nicht weniger erschreckend ist. In Wirklichkeit ist die Liste der Erfolge neoliberaler Gesellschaftspolitik ziemlich kurz und sehr einseitig: Sie hat die Reichen reicher gemacht, sie hat Krieg wieder als Mittel der Politik legitimiert und – und? Ach ja, sie hat die deutsche Fußball-Nationalmannschaft zum »Weltmeister der Herzen« gekürt. Selbst in den Erfolgen sind die Parallelen zum Untergang des Römischen Reiches unübersehbar:

eine dekadente und nur auf sich bedachte herrschende Klasse, Krieg nach außen und Brot und Spiele für den »Plebs«. Vor allem aber hat neoliberale Gesellschaftspolitik dies beschert: Eine Ausweitung von Krisenprozessen, bei der zum Teil bereits vertraute und neu hervorgebrachte Krisen sich wirkungsvoll ergänzen – von der ökologischen Krise über die massenhafte und andauernde Arbeitslosigkeit bis zur Bildungskrise. Das ist verbunden mit der Intensivierung interner und internationaler Spannungen und Konflikte. Die Ausweitung von Armut und die Vertiefung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich untergraben die Demokratie. Die immer weiter getriebene Privatisierung von öffentlichen Gütern und vor allem die Privatisierung der Risiken ist nicht nur eine Pervertierung der ach so gepriesenen Individualisierung, sondern sie erschüttert vor allem die solidarischen Grundlagen des Gemeinwesens. Die ständige Ausweitung der Besteuerung von Einkommen und Verbrauch für die breite Masse tut dazu ein Übriges. »Gammelfleisch« ist ein Wort mit hohem Symbolgehalt.

Gleichsam ist Hegels List der Vernunft am Werke: Die Strategien gesellschaftlicher Entsolidarisierung verkehren sich in eine Verstärkung der Werte Solidarität und soziale Gerechtigkeit für immer breitere Kreise der Bevölkerung. Die Hartz-Gesetze werden ebenso wie die neuen Kriege und vor allem die Auslandseinsätze deutschen Militärs, die Gesundheitsreform und andere Glanzleistungen kleinerer oder größerer Koalitionen von einer deutlichen Mehrheit der Deutschen klar und eindeutig abgelehnt. Nutzt dies den Linken? Das ist durchaus möglich, aber es ist kein Selbstläufer. Wie eingangs ausgeführt, wusste bereits Brecht, dass Geschichte offen ist. Bei den im Zusammenhang mit der Gebietsreform in Sachsen-Anhalt bevorstehenden Neuwahlen der Landräte und Kreistage z. B. ist gegenwärtig eine starke Präsenz der extremen Rechten unübersehbar, und auch sie setzen auf den Wert Solidarität, wenn sie allerdings damit Anderes assoziieren.

Zugleich gibt es Hoffnung für die Linken und sind die Linken eine Hoffnung für progressive Veränderungen. Sicherlich ist der vor dem Hintergrund der Krisen und der offenen und latenten Konflikte vollzogene Umschwung in den öffentlichen Meinungen ein Faktor für die sich verstärkende Akzeptanz linkssozialistischer Politik. Aber ohne Fehler der und Fehlentwicklungen in der Sozialdemokratie gäbe es dieses »Problem« auch nicht: Ohne die generelle Zurückweisung aller SED-Mitglieder in der Wende-Zeit gäbe es die PDS wahrscheinlich nicht oder nur als Splittergruppe; ohne immer radikalere Abkehr von einer im Wortsinn reformorientierten Gesellschaftspolitik gäbe es wahrscheinlich die WASG nicht.

Nun haben in den letzten Wochen beide linken Parteien in Deutschland die Weichen gestellt für eine neue linke Partei. Das ist Teil des Prozesses der Neuformierung der Linken, der sich weltweit vollzieht, aber er macht eben diesmal um Deutschland keinen Bogen. Nur durch eine starke gesamtdeutsche Linke können wirklich progressive und emanzipatorische Veränderungen in Deutschland wieder wirklich werden, kann es wieder zu Reformen kommen, die diesen Namen wirklich verdienen. Auch für die Linken gilt: »So, wie es ist, kann es nicht bleiben!«

KLAUS KANNAPIN

... andere auf das eigene Niveau herunterziehen

Es war eine traumschwere Nacht. Ach was, traumschwer, es war eine traumfröhliche Nacht, wenn ich daran denke, was ich sah und zu hören bekam. Kurt Tucholsky schrieb einmal »klar und scharf ist alles im Traum«, und er hatte recht. Klar und scharf sah ich die Figuren, auf die es in diesem Traum ankommen sollte.

In einem Raum, dessen mir zugewandte Mauer durchsichtig war, saßen oder standen mindestens vierzig oder fünfzig Figuren weiblichen und männlichen Geschlechts. War es ein Klassenzimmer? Ein Seminarraum einer Universität? Oder doch eher ein Veranstaltungszimmer irgendeiner Dorfkneipe? Schwer zu sagen. Alles sprach für ein Klassenzimmer einer Volksschule oder gar Hilfsschule, denn an einer großen Tafel waren die ersten drei Buchstaben des Alphabets in großen Lettern zu lesen, darunter die Zahlenreihe von 0 bis 10. Andererseits aber stand über der Tafel ein Spruch, der schon zum Denken Anlaß gab und Hilfsschülern einige Deutungsschwierigkeiten bereitet hätte: »Wer daran gewöhnt ist zu äußern, was er als falsch kennt, oder zu verschweigen, was er als wahr kennt, befindet sich in einem ständigen Zustand der Entartung.« Darunter die Initialen W. G. und die Jahreszahl 1793.

Das unaufhörliche Gemurmel und Gestikulieren, das Gekichere und Gewitzele und vor allem aber die ganzen Generationen von braven deutschen Schülern so vertrauten und verehrten Matrosenkleidchen und -anzüge deuteten doch darauf hin, daß es sich hier um Leute handelte, die schon eine gewisse Elementarschulbildung genossen haben mußten. Und bei genauerem Hinsehen erkannte ich sie auch, obwohl gerade über diesem Teil des Raumes ein eigenartiger Dunst, versetzt mit hin- und herwabernden Qualmschwaden einer tranfunzelähnlichen Beleuchtungsquelle lag.

Da erkannte ich doch bei Gott »klar und scharf«, um wen es sich handelte. Sie hatten Ähnlichkeiten mit den Merkels und Schröders, den Münteferings und Söders, den Clements, Stoibers und Hubers, den Fischers, Roths, Kochs und Kohls, Waigels und Eichels, Strucks und Schäubles, Rühes und Schönbohms, den Westerwelles, Gerhardts, Hundts, Rogowskis und und und. In einer der hinteren Ecken glaubte ich auch Köpfe reckend die Biskys und Gysis, Ernsts und Lafontaines zu erkennen.

Gegenüber dem sich selbst prominent dünkenden Leutegewusel und der Tafel befand sich ein Pult oder Katheder, an dem ein nicht ganz modern gekleideter Mann stand. Er stützte sich mit dem angewinkelten rechten Arm auf das Pult und beäugte mit kritischem Blick die vor ihm

Klaus Kannapin – Jg. 1929, Professor für Weltwirtschaft, arbeitete bis 1990 als Leiter der Abteilung Entwicklungsländer im Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) Berlin, bis dahin zahlreiche Veröffentlichungen zu weltwirtschaftlichen Problemen, u. a. in den IPW-Berichten und IPW-Forschungsheften sowie in Horizont.

stehenden oder sitzenden Figuren. Beide, Pult und Mann, waren in wohlthuend helles Licht getaucht und schon dadurch in sichtbarem Kontrast zum übrigen.

Den Kopf des Mannes zierte ein übergroßer Zylinder mit schmaler Krempe, so wie man sie aus dem 18. Jahrhundert kennt, und er hatte ihn fast über die Ohren gestülpt, so daß von seinem Gesicht eigentlich wenig zu sehen war. Eine lange Nase, auf der eine Brille mit Drahtgestell saß, war das einzig sichtbar Bemerkenswerte an seinem Gesicht. Er trug einen Mantel mit großem Kragen, großen Knöpfen und Rockschoßen, enge Hosen, die unten den Blick auf Stiefeletten freigaben. Etwas vornüber gebeugt, lächelte er ins Auditorium und wartete offenbar auf Fragen.

Wahrscheinlich hatten viele der Anwesenden wieder einmal Regierungsambitionen oder suchten nach einer Bestätigung ihrer jämmerlichen Regierungspraxis. Sie fühlten sich demzufolge sehr erhaben gegenüber vernunftgeprägten Ansichten und erstrebenswerten Verhaltensregeln. Fast von oben herab – was angesichts ihrer Matrosenkleidchen und -anzüge sowie ihrer blasierten Gesichtsausdrücke recht lächerlich wirkte – fragten sie dennoch, was denn der vor ihnen stehende Herr über politische Ehrlichkeit oder Regierungsverantwortung zu sagen hätte. Die Antworten kamen prompt, und es war so, als blickten die Zuhörer in den eigenen Abgrund: »Der Missbrauch der Lehre vom Vertrauen ist die Quelle von mehr Unheil für die Menschheit gewesen als alle anderen Irrtümer des Verstandes ... (S. 170) Wenn wir erst täuschen und dann unsere Täuschung unbeschadet aufrechterhalten möchten, brauchen wir Strafgesetze und Zensoren der Presse und gedungene Minister für Unwahrheit und Betrug ... Die Ungerechtigkeit bedarf am meisten des Aberglaubens und des Geheimnisses und wird am häufigsten bei dem Betrug gewinnen ... (S. 464 f.) Der anpassungsfähige Politiker erwartet bei anderen die gleiche Fügsamkeit, die er selbst zur Schau stellt; und der Fehler, den er am wenigsten verzeihen kann, ist eine ungelegene und unheilvolle Gewissenhaftigkeit ... (S. 386) Ehrgeiz ist allen Menschen gemeinsam; und jene, die unfähig sind, sich auszuzeichnen, sind wenigstens gewillt, andere auf ihr eigenes Niveau herunterzuziehen ... (S. 249) Es ist das feigste aller Systeme, das die Entdeckung der Wahrheit als nutzlos darstellen und uns lehren möchte, wenn sie entdeckt würde, bestünde unsere Weisheit darin, die Masse unserer Mitmenschen im Irrtum zu belassen ... (S. 417 f.) Was ist es, das noch heutzutage tausend Irrtümer befähigt, ihren Platz in der Welt zu behaupten, Pfaffenlist, Test-Eide, Bestechung, Krieg, Intrige und was sonst noch die Verachtung und der Abscheu des aufgeklärten und ehrlichen Geistes ist? Feigheit. Denn während die Schlechtigkeit aufrecht mit eherner Stärke einhergeht, wagen weniger schlechte Menschen nicht, sie in jener wahren Färbung darzustellen, die sogleich die Unschuldigen bestärken und die Schuldigen bessern würde ... Viele, die den Betrug entdecken, sind dennoch unvernünftig genug sich einzubilden, Betrug sei nötig, um die Welt in ehrfürchtiger Scheu zu halten ... (S. 228 f.) Es ist zu fürchten, dass solche Ämter existieren, die einen fügsamen und korrupten Charakter bei demjenigen erfordern, der sie ausfüllen soll und für deren Erlangung eine gewisse Schlechtigkeit eine notwendige Empfehlung ist ... (S. 346) Man muß sich (...) vor Augen halten, dass ein schlechtes Verhalten immer das Ergebnis beschränkter Ansichten ist. Ein Mensch von großen Fähigkeiten und um-

fassender Beobachtungsgabe neigt am wenigsten zu dem Irrtum, entweder sich selbst als den einzigen Gegenstand von Wichtigkeit auf der Welt zu sehen oder sich vorzustellen, dass sich sein eigener Vorteil am besten fördern lässt, in dem er den anderen mit Füßen tritt ... (S. 245).«

Erste Unmutsäußerungen waren zu hören. Besonders aus der Ecke der Merkels, Schröders, Clements und Hundts kamen Hinweise auf glänzende Reformwerke, die entweder gewünscht, geplant oder schon durchgeboxt und noch weitergeführt werden sollen. Die Antwort ließ nicht auf sich warten:

»Eine Reform, die uns von jenen angeboten wird, deren Interesse vermutlich in der Verewigung des Missstands liegt und deren Absicht eher darin besteht, dem Irrtum Dauer zu verleihen, indem sie ihm seine hässlichen Züge nehmen, hat wenig Anspruch auf unsere Unterstützung ... (S. 211) Das wirklich Wünschenswerte besteht darin, möglichst viele willkürliche Unterscheidungen zu beseitigen ... (S. 114) Die Gesetzgebung (ist also) in fast jedem Land offenkundig der Begünstiger der Reichen gegen die Armen ... Die Reichen werden ermutigt, sich zur Vollstreckung der parteilichsten und bedrückendsten positiven Gesetze zusammenzuschließen ... Dagegen wird die größte politische Wachsamkeit darauf verwendet, Verbindungen der Armen zur Festlegung des Arbeitslohns zu verhindern ... (S. 54) Mut bei unerschrockenem Lügen ist Niedrigkeit ... (S. 233).«

Bei diesen fast schon ins Tarifpolitische gehenden Bemerkungen, aber vor allem nach dem letzten Satz öffneten und schlossen sich die Mäuler der Betroffenen wie bei Karpfen, die gerade aus dem Wasser gezogen worden sind. Sie gestikulierten und tönnten durcheinander, daß sie doch wieder wer seien in der Welt und brave Mitbürger in Uniform in vielen ihrer Teile für Ordnung, Sicherheit und Frieden sorgen würden. Dazu unser Herr am Pult: »Das Ziel gesunder Politik und Moral besteht darin, die Menschen näher zueinander zu bringen, nicht sie zu trennen, ihre Interessen zu vereinigen, nicht sich ihnen entgegenzustellen ... (S. 511) Es wäre gut, wenn Gesetzgeber, anstatt weitere Täuschungen und Beschwörungen auszuhecken, um uns an unsere Pflicht zu binden, die Betrügereien beseitigten, die gegenwärtig unsere Herzen korrumpieren ... (S. 466) Krieg und Eroberung können für das Gemeinwesen nicht von Nutzen sein. Ihr Zweck besteht darin, einige Wenige auf Kosten der Übrigen zu erhöhen, und folglich werden sie nirgends unterkommen als dort, wo die Vielen die Werkzeuge der Wenigen sind. Aber dies kann in einer Demokratie nicht geschehen, solange sie nicht nur dem Namen nach eine Demokratie ist ... (S. 469) Alle Feindseligkeiten gegen ein (...) Volk, weil (...) wir ihm schlechte Absichten zuschreiben, die es noch nicht auszuführen begonnen hat, sind eine ungeheure Verletzung jedes Moralprinzips ... (S. 479) Der Krieg (...) entspringt seitens der Angreifer vielleicht niemals den Ansichten einer Nation, sondern einer relativ kleinen Anzahl von Individuen ... (S. 477) Ein Teil der Nation bezahlt einen anderen Teil, damit er an seiner Stelle mordet und sich ermorden läßt ... (S. 472) Da Verteidigung die einzig legitime Ursache ist, wird das verfolgte Ziel (...) innerhalb sehr enger Grenzen liegen. Es kann sich nicht weiter erstrecken als bis zur Abwehr des Feindes von unseren Grenzen ... (S. 477) Wo Nationen nicht zu erklärter Feindschaft bewegt werden, ist alle Missgunst zwischen ihnen ein unverständliches Hirngespinnst ... (S. 510) Wo immer die Regierung sich

anmaßt, uns von der Mühe zu befreien, selbst zu denken, sind die einzigen Folgen, die sie erzeugt, Stumpfheit und Schwäche ... (S. 543).«

»Papperlapapp« grölte einer dazwischen, unsere Grenzen lägen am Hindukusch, im Kosovo, am Horn von Afrika und überall in der Welt. Und dort würden unser Eigentum, unser System, unser Wesen verteidigt, röhren fast alle im Chor. Doch der ehrwürdige Herr im hellen Teil des Raumes wurde auch lauter: »Das angehäuften Eigentum hat seine Herrschaft gefestigt und seitdem ist alles ein offener Wettstreit der Stärke und List der einen Partei gegen die Stärke und List der anderen ... Der Geist der Unterdrückung, der Geist der Servilität und der Geist des Betrugs, diese sind das unmittelbare Produkt des bestehenden Eigentumsystems ... (S. 735).« Es sei doch offensichtlich, »dass in den am meisten entwickelten Staaten Europas die Ungleichheiten des Eigentums einen besorgniserregenden Grad erreicht hat ... (S. 49) Kann irgendein System mehr unsere Missbilligung verdienen als das, welches neunzehn Zwanzigstel der Menschen in Lasttiere verwandelt, so viel Denken vereitelt, so viel Tugend unmöglich macht und so viel Glück zerstört? ... (S. 446) Gibt es ein Volk auf der Erde, das sich mit den Bürden seiner Regierung, den Kriegen, die sie verursacht, und den überreichlichen Einkünften, mit denen sie erhalten wird, abfinden würde, wenn es wüsste, dass sie bloß ein Auswuchs und eine Krankheit in der Ordnung der Gesellschaft ist? ... (S. 85).«

Nun begannen einige, ihre Matrosenkragen von ihren Blusen zu reißen, sie zu zerknüllen und nach vorne zu werfen. Die Tumulte wurden stärker und waren wohl auch der Grund dafür, daß ich mich im Schlaf hin- und herwälzte. Ich blieb erst wieder ruhig liegen, als ich in einer Ecke des Raumes auch einige Leute entdeckte, die ihr Interesse am Gehörten nicht verbergen konnten oder wollten und manchmal sogar zustimmend nickten. Der im Licht stehende Herr mußte das wohl auch gesehen haben, denn genau dorthin, wo, wenn nicht alles täuschte, die Biskys und Gysis die Hälse reckten, wandte er sich, ungewohnt laut werdend, mit folgenden Worten: »Kann das, was in seinem echten und unbegrenzten Zustand das Schlimmste ist, durch eine gewisse Modifizierung und Milderung das Beste aller Dinge werden? ... (S. 644) Gibt es etwas, was übelwollender auf das allgemeine Wohl blicken kann als eine Institution, die darauf hinarbeitet, bestimmten Systemen und Meinungen Dauer zu verleihen? ... (S. 547) Ergebnissadressen haben sich in jedem Zeitalter als sehr unsicheres Kriterium für das künftige Verhalten eines Volkes erwiesen ... (S. 804) Keine Maxime kann schädlicher sein als jene, die uns lehren möchte, die Stimmung der Zeiten zu berücksichtigen und nur so viel zu sagen, wie nach unserer Meinung unsere Zeitgenossen ertragen können. Diese Verfahrensweise ist gegenwärtig fast allgemein verbreitet und sie ist ein Zeichen eines sehr beklagenswerten Grades der Verworfenheit ... (S. 799 f.) Für ein vernunftbegabtes Wesen kann es nur eine Verhaltensregel geben, Gerechtigkeit, und nur eine Methode, um diese Regel zu ermitteln, den Gebrauch des Verstandes ... (S. 124).«

Und plötzlich war niemand mehr da, der die Hälse reckte. Sie und die dazugehörigen Köpfe hätten bei diesen Worten ja auch rot anlaufen müssen. Und alles ging unter im nun beginnenden Gejohle der Zuhörer: Das sei alles primitiver Populismus, gleichmacherisch, anarchistisch, sozialistisch, geradezu kommunistisch, ja terro ... Und da wachte ich auf.

Die Sonne blinzelte durch die Scheiben, und ihre Strahlen fielen auf ein Buch. Es lag auf meinem Nachttisch, wohin ich es vor dem Schlafengehen hingelegt hatte, um es beim Aufstehen sofort wieder zur Hand zu haben. Ihm verdanke ich diesen Traum.

Sein Titel: *Politische Gerechtigkeit*. Sein Autor: William Godwin. Der Titel des Originals: *An Enquiry Concerning Political Justice, and its Influence on General Virtue and Happiness*. Sein Erscheinungsjahr: 1793. Damaliger Erscheinungsort: London.

Nach über 210 Jahren ist es jetzt vollständig und erstmals in ausgezeichnete deutscher Übersetzung als Band 17 in der Haufe Schriftenreihe zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung von Hermann Klenner herausgegeben worden (o. g. und folgende Seitenzahlen nach dieser Ausgabe).

Es ist schon erstaunlich, daß dieses politische Hauptwerk von William Godwin so wenig bekannt war und ist bzw. der Vergessenheit (oder Ignoranz?) anheimgefallen ist. Mag sein, daß ich irrtümlicherweise von mir auf alle anderen schließe und zu unbelesen oder auch nur zu wenig informiert bin. Möglicherweise wurde er als »theoretischer Begründer und Wegbereiter« des Anarchismus, wie es im Philosophischen Wörterbuch der DDR aus dem Jahre 1964 auf Seite 20 heißt, einfach abgehakt.

Seine Lebensdaten fand ich in verschiedenen Lexika, Bezugnahmen auf seine politischen Gedanken und sein Wirken nur bei britischen (natürlich!) Historikern wie A. L. Morton, G. Tate, J. D. Bernal. Für den Altmeister der Wirtschaftshistoriker, Jürgen Kuczynski, war er unter Erwähnung des Romans Caleb Williams »der große radikale englische Publizist«. Aber sonst?

Den Mächtigen aller Zeiten war er immer ein Dorn im Auge, schrieb er doch, »es ist die Aufgabe der Herrschenden, den Beherrschten einzuzureden, daß es in ihrem Interesse liege, Sklaven zu sein.« (S. 388) Vielleicht auch den zeitweilig staatssozialistisch Mächtigen, denen seine Mahnungen, den Verstand zu gebrauchen, Vernunft walten zu lassen und nicht »Parteigänger des blinden Glaubens und passiven Gehorsams« zu sein (S. 170) zu weit gingen.

Sicher ist der von Godwin vorgedachte Weg zu einem menschenwürdigen Dasein aller ausschließlich über die Vervollkommnung des Menschen als eines vernunftbegabten Wesens illusorisch oder zweifelhaft. Nach seiner Überzeugung würde sich der Mensch als Produkt seiner Umwelt nur ändern, wenn er diese Umwelt ändert; dies aber nur über die Entwicklung und den Gebrauch des Verstandes und die Verbreitung der Wahrheit. »Der Weg zur Vervollkommnung der Menschheit ist in höchstem Grade einfach, nämlich wahr zu sprechen und wahr zu handeln.« (S. 454) Wenn es denn nur so wäre.

Wie schwierig dies ist, war ihm offensichtlich selbst bewußt, fürchtete er doch, daß die »Samen der Entdeckung (...) zu häufig durch den ungünstigen Boden um(kommen), auf den sie fallen.« (S. 258) Schließlich haben auch die seither vergangenen 200 Jahre erwarteter menschlicher »Vervollkommnung« eben nicht dazu geführt, die »Scharlatanerie« der Herrschenden zu beseitigen, so daß auch »der hausbackenste Verstand bereitwillig der leeren Schlaueit des Staatsgauklers spotten« würde, »der ihn irreführen wollte.« (S. 524)

Dennoch: Seine durchweg »zivilgesellschaftlichen« Auffassungen über politische und soziale Gerechtigkeit oder politische und soziale

Ungerechtigkeiten sind alles andere als überholt oder veraltet, sondern von geradezu beängstigender Aktualität. In acht Büchern mit über 800 Seiten entzündet sich ein Feuerwerk kritischer Überlegungen zu fast allen Grundproblemen des gesellschaftlichen Seins.

Angefangen mit Buch I über die Bedeutung politischer Institutionen über die Bücher zu den Prinzipien der Gesellschaft, den Prinzipien der Regierung, zu vermischten Prinzipien, zur legislativen und exekutiven Gewalt, über die Meinung als Gegenstand politischer Institution, Verbrechen und Strafen bis zum Buch VIII über das Eigentum werden Probleme der Demokratie, von Krieg und Frieden, der Menschenrechte, der Rechtsprechung, geistiger und ethischer Voraussetzungen und Bedingungen für Politik, Wirtschaft und Soziales von ihm in einfacher und einleuchtender Argumentation behandelt.

Wer die schonungslose Kritik der dem Verstand, der Vernunft, der Gerechtigkeit entgegenstehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn schon nicht teilt, so doch wenigstens toleriert, wird sich nicht wundern, daß an Adel und Klerus, den Systemträgern seiner Zeit, kein Faden trocken gelassen wird. Was den Klerus betrifft, so muß hervorgehoben werden, daß Godwin aus Erfahrung schrieb, war er doch selbst zunächst Prediger in sogenannten Dissentergemeinden. Er gab sein pfärrisches Amt auf, als ihm offenbar wurde, daß Vernunft und Denken nicht Sache der Priester sein können, da sie »die offenen und freimütigen Aufwallungen des Geistes unterbinden« und nur »Förderer des Vorurteils und des blinden Glaubens« sind (S. 73). Und der Adel? Man braucht nur einen Blick in die Rubriken »aus der Welt der Reichen und Schönen« der Gazetten und Fernsehsender zu verschwenden, um versucht zu sein, auf das Grab William Godwins viele nie verblühende Blumen zu legen.

Den 813 Seiten Godwin folgen 169 Seiten Klenner. Der Anhang des Herausgebers enthält zum einen eine als Nachwort glänzend geschriebene Würdigung der Person Godwin mit entsprechender Einschätzung seines Werkes und zum anderen in 292 Fußnoten einen fundierten Überblick über historische Zusammenhänge sowie eine Chronologie der Zeit des Godwinschen Lebensalters. Der Anhang ist ein großer Gewinn. Nun könnte ja jemand kommen und sagen, wenn das so ist, dann lese ich doch nur den Anhang statt aller 983 Seiten. Ich bin mir aber ganz sicher, daß er dann umso begieriger sein wird, den Reichtum der Gedanken von Godwin bis zur letzten Zeile kennenzulernen und zu genießen.

Vielleicht kommt ihm dann auch Honoré de Balzac in den Sinn. In seinem Roman *Die Bauern* schrieb Balzac: »Die Kühnheit, mit der der Kommunismus, der die lebendige und handelnde Logik der Demokratie ist, die Gesellschaft in ihren sittlichen Grundlagen angreift, verheißt, daß der klug gewordene Samson Volk die Pfeiler der herrschenden Gesellschaftsordnung heute schon im Keller untergräbt, anstatt im Festsaal an ihnen zu rütteln.« (S. 122 der Ausgabe des Aufbau-Verlages von 1953) Bleibt weiterhin zu hoffen, daß sich alsbald viele Demokraten wieder im Keller zusammenfinden.

Wer Godwins Werk sein eigen nennen möchte, muß sich beeilen. Es ist nur in 400 Exemplaren vorhanden oder vorhanden gewesen. Im übrigen findet sich in dieser deutschen Ausgabe der Nachweis des auch im Godwinschen Sinne rechtschreibreformerischen Unsinns unserer Zeit – vielleicht der einzige Mißstand, der dort zum Missstand wird.

FRIEDRICH W. SIXEL

Ist es nicht an der Zeit?

Überlegungen zum Wissen als Kapital

Seit mehr als 2000 Jahren, und zwar seit Sokrates und Plato, hat der vorherrschende Entwicklungsstrang des abendländischen Denkens den Geist über die Materie bzw. die Natur gestellt. Das hat – wenn gleich nicht allerorten¹ – die Idee zugelassen, dass Urteile über die Natur als »synthetische« angesehen werden, d. h. als Produkte, in denen das denkende Subjekt und das Objekt in Aussagen geistig zusammen finden. Aber dem Geist wurde dabei der Vorrang belassen. Man denke hier nur an Kant und Hegel. Für sie, und das macht sie zu Philosophen des Idealismus, waren dem Menschen Aussagen über die Natur, ja der Umgang mit ihr, nur möglich, weil dem Menschen und der Natur die gleiche logische Grundstruktur eigen ist.

Mit dieser, nicht immer bewussten, Fundamentalannahme haben die westlichen Gesellschaften einzigartige Erfolge in der Naturbeherrschung errungen. Jetzt aber scheint es an der Zeit einzusehen, dass die Natur sich unser Verstehen von ihr und unsere Art des Umgangs mit ihr nicht mehr gefallen lässt; sie wehrt sich, und wir fassen die Schwierigkeiten, die wir mit der Natur haben, als Umweltprobleme auf. Die Frage ist indes, ob das Verstehen, das wir von unserem Bezug zur Natur und jetzt von unseren Schwierigkeiten mit ihr haben, überhaupt der Natur der Dinge adäquat ist, ja, ob es nicht ab ovo verkehrt war, wenn gleich dies erst jetzt zutage tritt. Müssen wir uns nicht besonders heute fragen, ob es der Natur und dem Menschen gerecht wird, das Gemeinsame zwischen beiden primär als Geist zu fassen? Wenn einem derartigen immerhin noch philosophisch verbürgten Ansatz schon nicht die Kraft innewohnt, von einer schädlichen Behandlung der Natur abzuhalten, dann kann ein Umgang mit der Natur, der sich unreflektiert und bloß ausbeuterisch auf sie stürzt, eine wirkliche und nachhaltige Lösung der Umweltprobleme nicht einmal wollen.

Ist es nicht an der Zeit zu fragen, ob derjenige, der von *Umwelt*-problemen redet, nicht nur vor allem eins anzeigt: eine wie immer geartete Verdrehtheit seines eigenen Denkens, gleichgültig, ob dieses Denken philosophisch gegründet ist oder die Natur einfach nur distanziert als Ressource sieht. Die Verdrehtheit des Redens von *Umwelt*problemen liegt darin, dass der Mensch annimmt, entweder aufgrund seiner Erkenntnisfähigkeit über der Natur zu stehen, sie gar hinter sich gelassen zu haben,² oder dass Natur und Mensch sowieso für einander völlig Andere und Geschiedene sind: dort die »Umwelt«, hier der Mensch. Nun ist aber vor allem im deutschen Sprachraum eine solche Redeweise verwunderlich, da dort einst, wenn gleich

Friedrich W. Sixel – Jg. 1934; Dr. phil., Professor für Soziologie an der Queen's University in Kingston, Kanada; neben zahlreichen Essays hat er u. a. folgende Bücher veröffentlicht: *Crisis and Critique – on the »Logic« of Late Capitalism* (1988), *Understanding Marx* (1995), *Nature in Our Culture – a Study in the Anthropology and Sociology of Knowing* (2001) (Dies auch in Deutsch: *Die Natur in unserer Kultur*, Würzburg 2003; zuletzt in UTOPIE kreativ: *Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus*, Heft 189/190 (Juli/August 2006).

1 Zum Beispiel nicht im Positivismus und auch nicht in der »analytischen« Philosophie, wie sie vor allem in den angelsächsischen Ländern betrieben werden.

2 So z. B. gesehen von dem Philosophen Hans-Georg Gadamer; siehe hierzu etwa: Hans-Georg Gadamer: *Reason in the Age of Science*, Cambridge (Mass.) 1983, S. 75.

3 Dieser Gedanke durchzieht das gesamte Werk von Karl Marx und geht bis auf seine Feuerbachthesen zurück; siehe hierzu auch Jürgen Habermas: *Erkenntnis und Interesse*, Frankfurt (Main) 1973, S. 45.

4 Karl Marx: *Grundrisse*, Frankfurt (Main) o. J., z. B. S. 587, 594.

5 Diesem Begriff wurde Prominenz verliehen durch Georg Franck: *Mentaler Kapitalismus. Eine Politische Ökonomie des Geistes*, Wien 2005. Von einer »Kritik Politischer Ökonomie« ist dort kaum etwas zu finden. Dies aus gutem Grund, da sie ohne ein Erfassen des Geistes als Natur nicht möglich ist.

6 Die mentale Flexibilität zeigt sich u. a. daran, dass heutige Eliten wie behände Heuschrecken ihre Jobs wechseln können: Bundeskanzler wird »Oil-Executive«.

nicht allgemein praktiziert, Klarheit darüber bestand, dass der Mensch voll und ganz Teil der Natur ist. Seine Natur ist zwar befähigt zur Geistigkeit, so dass Karl Marx vom Menschen als einer »Anderen Natur« spricht, aber die menschliche Geistigkeit bleibt für ihn, den materialistischen Dialektiker, damit immer noch Teil dessen, worin allein sie leben und wirken kann: der Natur.³

Derjenige, der den hierin liegenden Primat der Natur missachtet, wird von der Natur schwer bestraft; er wird seines Lebens auf Dauer nicht froh. Er merkt nicht einmal, dass seine vermeintliche Herrschaft über die Natur auf Pyrrhussiegen beruht. Wer die Natur zur bloßen »Umwelt« degradiert, verschärft sein Leid noch mit jedem Versuch, die »Umwelt«-Probleme zu lösen. Selbst auf Rettung zielende Taten bewirken ihr Gegenteil. Die solchem Bemühen zugrunde liegende Verdrehtheit des Denkens macht den Bezug zu allem und zu jedem verkehrt. In anderen Worten: Der Mensch kommt nirgendwo mit der Natur ins Reine, sei es mit der Natur in ihm selbst, im Mitmenschen oder »da draußen«.

Damit ist die Schlüsselstellung des Wissens für unsere »Umwelt«-Probleme angezeigt, ja noch für etliches mehr, und deswegen muss man fragen, ob es nicht an der Zeit sei, die *Natur des Wissens* zu würdigen. Dieser Aufgabe stellt man sich indes nicht, indem man im derzeit weit verbreiteten Gerede von der Wissensgesellschaft mitmischte. Dazu muss weiter ausgeholt werden.

Karl Marx hat dazu eine wichtige empirische Vorarbeit geleistet. Bereits in den 1857/58 verfassten »Grundrissen« zum »Kapital« hält er die Beobachtung fest, dass in den damals noch jungen USA die Wissenschaft zu mehr als einem bloßen Produktionsmittel geworden ist; sie hatte sich zur Produktionskraft entwickelt.⁴ Damit will er sagen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse nicht nur in der Produktion *angewandt* werden – etwa solche aus Physik und Chemie –, sondern dass das Wirtschaften in seiner Gesamtheit von der »Produktion« bis hin zu »Distribution« (Investition) und »Austausch« (Markt) wissenschaftlich verstanden und betrieben wird. Leider ist Marx auf diese Beobachtung in seiner weiteren »Kritik der Politischen Ökonomie« nicht mehr ausführlich zurück gekommen. Vielleicht hat das daran gelegen, dass diese Entwicklung des Kapitalismus erst in ihren Anfängen war. Andere Philosophen haben, so weit ich sehe, diese Marxschen Gedanken zu Wissenschaft und Wissen kaum in Betracht gezogen.

Wissen als »mentales Kapital«

Mittlerweile ist Wissenschaft nicht nur neben das Kapital als mitbestimmende Produktionskraft getreten, sondern sie hat auch sich selbst und das Kapital qualitativ verändert. Nicht nur ist die Handhabung des Kapitals zu einer Wissenschaft geworden, sondern Wissenschaft forscht nur, wenn ihr die Hände mit Kapital gefüllt werden. Ja, das Wissen selbst als ein abstraktes System von Theorien, Gesetzen und Methoden wird als »mentales Kapital«⁵ eingesetzt, und das mit eben der Flexibilität, die dem monetären Kapital schon lange eigen ist⁶. Dieser historische Prozess muss im Kontext von wenigstens zwei Entwicklungssträngen gesehen werden, und zwar denen der zunehmenden mentalen Abstraktion und der wachsenden gesellschaftlichen Individualisierung.

Beim Betrachten der Vereinzelung entsteht zunächst der Eindruck, dass es sich bei ihr um eine Angelegenheit bloß *mentalen* Selbstverständnisses handele, ungeeignet für das Verstehen der *Natur* des Menschen. Das ist aber nicht genau zutreffend, da selbst eine kurze Analyse der Vereinzelung Licht auf die Diskrepanz zwischen materieller Wirklichkeit und Selbstverständnis des modernen Menschen wirft. Bezeichnenderweise lässt sich Vereinzelung höchstens als subjektive Interpretation zu Ende *denken*, objektiv und d. h. materiell-konkret kann der Mensch sie aber nicht *leben*. Wie Marx wusste, sind »Robinsonaden« nur »ästhetischer Schein der bürgerlichen Gesellschaft«. Dementsprechend zeigt sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, dass der moderne Mensch *materialiter* so stark in die Gesellschaft eingebunden ist wie keiner seiner Vorgänger. Sein Hemd kommt aus Südostasien, sein Computer aus Japan und seine Butter aus Holland. Indes wird er auf dieser konkreten Ebene die Anbieter je nach Preis und Leistung auswählen. Und auch im privat-persönlichen Bereich ist der heutige Mensch jederzeit bereit, Beziehungen in jedem Augenblick zur Disposition zu stellen. Man ist eingebunden in lebenswichtige Netze sozialer Beziehungen, aber ein »Lebenslänglich« für sie nimmt keiner mehr hin. Man ist eben Mitglied mit nur temporärer Identifikation, wobei man als bestimmenden Faktor der Zeitdauer getrost den – individualisierten, was sonst? – Nutzen ansehen kann. Daran wird deutlich, dass Individualisierung eine Funktion von – oft kurzfristigen – Kosten-Nutzen-Kalkülen ist, aber keineswegs Asozialität bedeutet.

Zunächst zeigt dies Dreierlei an: die Entideologisierung von Sozialbeziehungen, die Hinwendung zum Materiell-Konkreten und den Akzept enormer Flexibilität. In dieser Trilogie liegt einerseits die Bedeutung der Vereinzelung *für* den Globalkapitalismus unserer Tage; er sucht ihre Entwicklung zu beschleunigen, denn darin liegt Gewinn an Kapital und Macht für seine Eliten. Andererseits wird verkannt, auch von der politischen Linken, dass in eben dieser Trilogie die Chance einer zukunftsweisenden »Aufhebung« des Globalkapitalismus liegt. Es ist an der Zeit einzusehen, dass es jetzt um diese Aufhebung geht, und nicht um retrospektive Bemühungen abgestellt auf »Bestandserhaltung«. Neues muss her, um die Gefahren des Globalkapitalismus zu überwinden.

Das von ideologischer Scham befreite Interesse am Materiell-Konkreten darf nicht über die gleichzeitige außerordentliche Abstraktion des heute praktizierten Wissens und Denkens hinwegtäuschen. Sie hat sich, wie oben bemerkt, im späteren 19. Jahrhundert in den Chefetagen der größeren Korporationen herausgebildet, zunächst in den USA, und durchdringt jetzt das Denken in allen Lebensbereichen.

Abstraktion bedeutet nach den gängigen philosophischen Wörterbüchern die geistige Distanzierung vom Materiell-Konkreten und seiner körperlich-sinnlichen Erfahrung. Weder sind konkrete Objekte, noch deren Interaktion und ihre Wirkung auf die Sinnesorgane des Menschen in der heutigen Wissenschaft von nachhaltigem Interesse; sie sind allenfalls Ausgangspunkte der Wissenserstellung, schnell hintangestellt und ersetzt durch hypothetisch-theoretisch angeleitete Begrifflichkeit, idealiter formuliert in mathematisierten Messdaten.

Von den Naturwissenschaften und bald auch den Wirtschaftswissenschaften ausgehend, drang dieses Erkenntnisinteresse in alle Wissensbereiche vor, angefangen von Ackerbau und Viehzucht bis hin zu Politik, Gesellschaft, Religion, Kunst und Gesundheit. Inzwischen ist es in der Praxis zum entscheidenden Gradmesser der Qualität erstellten Wissens geworden, dass man mit ihm etwas Erfolgreiches anstellen kann. Nur dann ist es »bedeutend« und gilt als »zutreffend«.

Der hier ins Bild rückende Instrumentalismus des derzeit herrschenden globalkapitalistischen Wissens wird noch weit deutlicher, wenn man Wissensproduktion, -finanzierung und -vermarktung, also deren sozialen Kontext, in Betracht zieht. Dieser Kontext ist kein anderer als die eben skizzierte Vereinzelung. Wie in allen anderen Tätigkeitsbereichen verfolgt der Einzelne auch in der wissenschaftlichen Forschung nicht mehr sein unmittelbares Interesse. Niemand denkt mehr daran zu suchen, was die »Einheit der Natur« ausmacht oder sie »im Innersten zusammenhält«. Man betreibt diejenigen Forschungen, für deren Resultat man Abnehmer findet. *Alle* Erkenntnisse und Kenntnisse haben diesem Erfolg zu dienen, gleichgültig welchen Schaden deren Anwendung nebenher anrichtet; entstehende »Umwelt«-Probleme sind, wie »Nebenwirkungen« in der Medizin, lediglich Variationen des Themas »Kollateralschäden«. Für jedermann gilt, im Geschäft zu bleiben, egal, worauf man sich spezialisiert. Die Anfänge auch dieser Entwicklung hatte Marx schon vor 1860 bzgl. jeglicher Arbeit in den USA festgehalten.⁷ Man *war* nicht Schreiner, Maschinist, Farmer oder Prediger und fand darin seine Identität, sondern man »machte Geld«, da wo es ging, und war stets bereit, etwas anderes zu machen. Für den heute so wichtig gewordenen Gesinnungsunternehmer, wie er in Bereichen von Politik, Kunst oder Religion tätig ist, bedeutet das neben der Lieferung immer neuer nützlich erscheinender Darstellungen der Wirklichkeit auch ein unter Umständen geschwindes Auswechseln von so genannten »Werten«.

Will man die heutige Denk- und Wissensweise, also den Instrumentalismus, in seiner Grundstruktur erfassen, dann ist der Aspekt der Flexibilität, die sie erbracht hat, ein höchst geeigneter Ausgangspunkt. Für diese Flexibilität gibt es keine Wirklichkeit, oder präziser, keine Konzeptualisierung von Wirklichkeit einschließlich der von gesellschaftlichen Werten, die nicht umdefiniert werden könnte. Flexibilität scheint demnach ein rein mentales Vermögen zu sein. Dieses Vermögen ist von keinem anderen so klar auf den begrifflichen Nenner gebracht worden wie von Niklas Luhmann. Seine seit etwa 1970 entwickelte Systemtheorie ist vor allem eine Theorie von Sinnsystemen. Für unsere Zwecke stark vereinfacht gesagt, benennt sie als Bedingung der Möglichkeit flexibler Informationsaufnahme und -abgabe das von jeder Ideologie befreite instrumentale Variieren konzeptueller Bezugsrahmen. Diese Manipulation erlaubt jederzeit die Neu-Definition der Wirklichkeit in all ihren Facetten, d. h. »das dumme Geschwätz von gestern« (Adenauer) braucht einem nicht mehr im Weg zu stehen. Diese Fähigkeit wird selbstverständlich nicht als *l'art pour l'art* gepflegt, sondern dient als Mittel, um in jeder neuen Situation erfolgreich agieren zu können. Entspre-

⁷ Siehe z. B. Marx, a. a. O., S. 25.

chend leitet mangelnder Erfolg die Revision eines bis dahin gültigen »Sinn« gebenden Bezugsrahmens ein. Selbst der Mangel an Erfolg kann noch undefiniert werden, falls dies neue Möglichkeiten des Agierens eröffnet.⁸ Man kann also, Luhmann paraphrasierend, sagen, Wahrheit ist relativ, und selbst diese Aussage ist noch relativ, und zwar zu der Zeit, da dieser Umstand entdeckt wurde, also zur Jetztzeit.⁹

Offensichtlich wird damit der Wahrheitsbegriff auf eine vielleicht angenehme Weise kapriziös, allerdings nur für den, der über hinreichende Information und Instrumente ihrer Verarbeitung verfügt. Oder anders gesagt: In heutiger Zeit kann nur führen und Kontrolle ausüben, wer das *neue* »mentale Kapital« (flexibles »Sinn« gebendes Theoretisieren) besitzt, Zugang zu Informationen hat und dadurch ausgerüstet ist, Wirklichkeit wie gewünscht darzustellen, inklusive der des traditionellen Kapitals. Letzteres braucht man aber keineswegs zu »besitzen«. Wer nicht mit vor allem »mentalem Kapital« ausgestattet ist, bleibt untergeordnet, kann nicht »mündiger Bürger« sein. Für diesen ist die Wirklichkeit keineswegs kapriziös, sondern undurchsichtig, ja gespenstisch.

Angesichts dieser Überlegungen ist man leicht versucht, zu psychologisieren oder in die alte, einst gültige Klassenanalyse einfach eine weitere Dimension einzuführen, etwa nach dem Schema: Kapital + mentales Kapital = *mehr* Ausbeutung. Aber dies würde den Verhältnissen im heutigen Globalkapitalismus nicht voll gerecht. Das liegt daran, dass, wie wir oben sahen, traditionelles Kapital und mentales Kapital sich nicht einfach addieren, sondern sich gegenseitig qualitativ modifizieren. Deswegen kann man so weder der *Art* der jetzigen Ausbeutung beikommen, noch anderen Folgeerscheinungen unseres jetzigen sozio-ökonomischen Lebens. Als Beispiele für letztere seien nur die schon erwähnten »Umwelt«-Probleme, der individuelle Identitätsverlust, aber auch der »den ganzen Betrieb« aufrechterhaltende Konsumismus genannt. Um diese Phänomene zu verstehen, müssen wir das heutige Denken und Wissen noch etwas genauer betrachten.

Man kann dabei von höchst verschiedenen Beobachtungen ausgehen. Wenn wir hier bei den »Umwelt«-Problemen ansetzen, dann deswegen, weil man dann sehr bald auf frappierende Umstände stößt, deren Klärung besonders instruktiv ist. Sie führt uns direkt auf die *Materialität*, das *Natur-Sein* des Wissens.

Das Widernatürliche zutreffender Erkenntnisse

Zunächst ist der Umstand frappierend, dass unsere »Umwelt«-Probleme im Großen und Ganzen keineswegs auf unzutreffenden wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, dass aber deren Zutreffen dennoch nicht die weltweite Gefährdung unseres Lebens durch Abgase, Abwärme, nuklearen Abfall etc. verhindert. Da dieser Umstand für jedermann offensichtlich ist, ist es umso frappierender, dass dem praktisch von niemandem nachgegangen wird. Stattdessen wird allerorten überlegt, wie man das Tun von Wissenschaft und Technik ethisch und dann auch juristisch in Grenzen weisen kann. Auf das Problematische dieser Versuche kommen wir weiter unten zu sprechen. Im Augenblick geht es um die Frage, ob dies Nichthinterfra-

8 Während der Niederschrift dieses Aufsatzes bemühte sich Präsident Bush, die Niederlage im Irak als eine gute Ausgangssituation für Verhandlungen zur Nahost-Situation unter benachbarten Staaten einschließlich der USA zu definieren.

9 Dies gehört zur Quintessenz von Luhmanns Theorie. In vielen Variationen spricht er davon, dass »Wahrheit ... nichts anderes ... als strukturelle Variabilität« eines Sinnsystems sei. So z. B. in: Jürgen Habermas, Niklas Luhmann: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt (Main) 1971, S. 86. Ich habe dies als »epistemologischen Opportunismus« bezeichnet, siehe Friedrich W. Sixel: *Crisis and Critique. On the ›Logic‹ of Late Capitalism*, Leiden, New York 1988, S. 92.

10 Ich gehe hier von der heute vernachlässigten Diskussion des Unterschiedes zwischen den Gegensatzpaaren zutreffend/unzutreffend und wahr/falsch aus. Höchst vereinfacht gesagt enthielt sie die Gleichung: Zutreffen gleich Wahrheit minus Wertung. Siehe z. B. Werner Heisenberg: Das Naturbild Goethes ..., in: Goethe-Jahrbuch, Neue Folge, 29. Bd., Weimar 1967, insbesondere S. 34 f., 40 f.; siehe auch Jürgen Habermas, a. a. O., S. 19 ff. und Ders.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt (Main) 1976, S. 338 ff. Ferner Friedrich W. Sixel, a. a. O., S. 77 f., 87 f. und Ders.: Die Natur in unserer Kultur. Eine Studie in der Anthropologie und Soziologie des Wissens, Würzburg 2003, S. 96 ff., 140 f., 318 ff.

11 Siehe Manfred Spitzer: Geist im Netz, Heidelberg, Berlin, Oxford 1996, insbesondere S. 125 ff., 209 ff., 230 ff. Siehe auch Antonio Damasio: Descartes' Error, New York 1994 und Gerhard Roth: Das Gehirn und seine Wirklichkeit, Frankfurt (Main) 1994.

gen der Wissenschaften nicht zeigt, dass sie uns als jenseits aller Fragwürdigkeit und damit über jede Befragung erhaben erscheinen. Ist es jetzt etwa nicht an der Zeit, endlich die Frage aufzuwerfen, ob nicht an unseren zutreffenden wissenschaftlichen Erkenntnissen etwas *widernatürlich* (nicht *nichtnatürlich*!) und in diesem Sinne *falsch* ist?¹⁰ Kann der Grund hierfür nicht darin liegen, dass unsere Wissenschaften einer Geistigkeit entsprungen sind, die ihre eigene Natur und dadurch die Geistigkeit der Natur allzu lange ignoriert hat?

Angesichts des Gewichts dieser Fragen an die Wissenschaften, vor allem an die Naturwissenschaften, wollen wir für den Augenblick beiseite lassen, dass auch Darstellungen der Wirklichkeit in Politik, Wirtschaft, Kunst, Religion etc. durchaus auf Zutreffendem und, in diesen Bereichen, auch auf plausibel erscheinenden Werten beruhen können und dennoch oft genug *falsch* und verführerisch sind.

Bevor wir uns der Frage zuwenden können, wie es dem menschlichen Geist »gelingen« kann, *widernatürlich* zu werden, sollten wir wenigstens zu skizzieren versuchen, wieso der Geist voll und ganz Teil der Natur ist. Wir werden dann in einem nächsten Schritt sehen, wieso er nur wegen seines eigenen, allerdings besonderen Naturseins sowohl gegen die Natur wie auch im Einklang mit ihr wirken kann.

Diese Überlegungen dürfen wir vielleicht mit einer ganz kurzen Exkursion in Kants Erkenntnistheorie beginnen. Man wird sich erinnern, dass die Erkenntnistheorie für ihn gewissermaßen auf zwei Füßen stand: einerseits auf der Kategorientafel (heute: »Bezugsrahmen«), wie weitgehend geläufig ist, und andererseits auf dem, was er die Spontaneität nannte, wie weit weniger beachtet wird und die auch von Kant selbst nie gründlich erörtert worden ist. Wenn letzteres auch überraschend sein mag, so zeigt sein Bezug auf die Spontaneität doch an, dass er die Notwendigkeit sah, eine antreibende Kraft als Bedingung der Möglichkeit des Erkennens, d. h. des Einsatzes der Kategorien, einführen zu müssen. Insofern kann man – nun stark vereinfachend, wenngleich damit nicht entstehend – sagen, dass auch Kant wusste, dass das Wissen (Erkennen, Denken) *gewollt* werden muss; ohne *Wissenwollen* gibt es auch für Kant kein Wissen.

Heutige wissenschaftliche Disziplinen von Neurophysiologie bis hin zur Neurophilosophie¹¹ sprechen in diesem Zusammenhang einerseits davon, dass unsere Neuronen im Laufe der menschlichen Sozialisation Verknüpfungen herstellen, diese einüben und immer wieder anwenden, und damit den strukturegebenden Rahmen für das Wissen aufbauen; dieser Rahmen lässt sich vielleicht mit Kants Kategorien der Erkenntnis vergleichen. Andererseits sprechen die Neurologen davon, dass der Aufbau und die Betätigung eingeübter Neuronenvernetzungen auf elektro-chemischen »Zündungen« beruhen; dieses »Zünden« entspricht in etwa der Kantschen »Spontaneität«. Es ist die energetische Bedingung der Möglichkeit von Geistesarbeit und Wissen überhaupt und erlaubt die Interaktion der lebenslang energetisch stabilen Neuronen.

Dieser innermenschliche Energiestrom wird von den Energieströmen der Natur »da draußen« angeregt und stellt somit den Menschen mit seiner *Geistestätigkeit* voll und ganz in die Natur. Das erlaubt schon den Verdacht, dass Erkennen und Wissen sich ohne die Mög-

lichkeit der Rückkopplung an sinnliche Wahrnehmung auf gefährliches Terrain begeben. Nicht nur wird ihre Vermittlung an die breite Öffentlichkeit äußerst schwierig, sondern auch die Bedeutung sinnlicher Wahrnehmung für Wissen und Denken wird immer weniger gesehen. Das hat, wie zu beobachten, nicht zu unterschätzende Konsequenzen angesichts der Bedeutung von Wissen als mentalem Kapital. Obwohl hierzu noch sehr vieles weiter ausgeführt werden müsste,¹² sagt das noch nicht allzu viel zur *Natur von Geist und Wissen* selbst. Aber ich wage zu hoffen, dafür wenigstens ein erstes Argument skizziert zu haben. Vielleicht darf ich hierzu noch Kronzeugen anrufen. Goethe, der sich so sehr der Sinnlichkeit als Grundlage menschlichen Schaffens bewusst war, sagt einmal, bezeichnenderweise im Hinblick auf seine naturwissenschaftlichen Forschungen: »Das Wollen gehört der Natur und bezieht sich auf die äußere Welt«. ¹³ Marx hätte gegen diesen Goetheschen Satz kaum einen Einwand gehabt. Für ihn fließen ja Geschichte und Naturgeschichte zusammen, allerdings erst dann, wenn das Schreckgespenst des Kapitalismus verscheucht ist.

Als weiterführendes Argument für das Natursein des Geistes und des Wissens selbst sei darauf hingewiesen, dass Wollen und Wissen aus der Aktivität desselben Energieträgers entstehen, nämlich der des menschlichen Leibes. Damit ist aber auch gesagt, dass der Bezug auf diesen Energieträger es uns ermöglicht, die Beziehung zwischen Wollen und Wissen und damit das *Natursein des Wissens und des Geistes selbst* besser zu verstehen. Ich denke, dass das Wissen als strukturgebende Denkkraft (»Kategorien«, Bezugsrahmen, eingeprägte Vernetzungen) in der dynamischen Beziehung zwischen Wissen und Wollen die Rolle der Antithese einnimmt. Diese Rollenverteilung ergibt sich aus der Beobachtung, dass das Wissen das Wollen insofern in sich »aufhebt«, als das Wissen sich offenbart in *gewollten* energetischen Formen, z. B. in Gedanken,¹⁴ sprachlichen Äußerungen, Kunstwerken oder sonstigen produzierten Gegenständen. Die in diesen Produkten manifest werdende Energie des Wollens ist somit das Gemeinsame (die »Vermittlung«, das »Übergreifende« im Hegel-Marxschen Sinne) in der materialistischen Dialektik zwischen Wollen und Wissen. In anderen Worten: Das naturhafte Wollen erhält sich als These im Wissen als seiner Antithese. Unsere Geistesprodukte sind dann wie alle unsere Produkte Synthese zwischen innerer und äußerer Natur. Sie sind »Steigerungen« (Goethe) der Natur, ohne die Natur jemals hinter sich zu lassen. Damit zeichnet sich dann auch für die oben kurz angeschnittene Frage, warum unser Geist überhaupt die Natur verstehen kann, eine Antwort ab: weil er Natur ist. Wenn diese Überlegungen nicht verkehrt sind, dann erlösen sie uns auch von einer anderen uralten Plage unseres Denkens: Sie vertreiben so etwas wie einen nicht-materiellen Geist, also einen »Geist an sich« und damit auch den Geist-Materie-Gegensatz in Horizonte, in denen unsere Spezies nichts verloren und nichts zu suchen hat.

Nur unser Wissen kann ver-rückt sein, nicht die Natur

Hier zeigt sich, dass der menschliche Leib das Apriori allen Wissens¹⁵ ist, und wir sind somit zu der Beruhigung befreit, dass unsere Spezies auch geistig da zu Hause ist, wo sie es »materiell« ohnehin

12 Siehe Friedrich W. Sixel: *Die Natur in unserer Kultur*, a. a. O., Kap. 5.

13 Johann Wolfgang v. Goethe: *Newtons Persönlichkeit*, in: *Farbenlehre*, Bd. III, Stuttgart 1988, S. 232.

14 Zur Seinsweise von vor allem Gedanken, aber auch sprachlichen Äußerungen und Kunstwerken siehe Gregory Bateson: *Steps to an Ecology of Mind*, New York 1972; Richard Newbold Adams: *Energy and Structure*, Austin (Tx) 1975, S. 113 f.; Friedrich W. Sixel: *Die Natur in unserer Kultur*, a. a. O., S. 30 f., 119 ff.

15 Siehe Karl-Otto Apel: *Das Leibapriori der Erkenntnis*, in: *Archiv für Philosophie*, Bd. 12, Nr. 1-2, 1963. Leider hat Apel diesen Gedanken nicht weiter verfolgt.

ist, nämlich in dieser Welt, in der Natur. Der Gedanke des Leib-Aprioris schließt die Marxsche Vorstellung ein, dass der Mensch mit *allen* seinen Fakultäten »das übersteigende Andere zur Natur ist«. Das Zur-Natur-Andere in uns, das aber, wohlgemerkt, nicht Nicht-Natur sein kann, macht unsere Spezies indes zum einzigen uns bekannten Teil der Natur, der Objekten Bedeutung, also Sinn, beilegen kann. Und diese Andere Natur erlaubt uns auch, dies in einer Vielfalt von Formen zu tun. Es kann also nicht *per se* die oben herausgestellte Fähigkeit des flexiblen und damit unterschiedlichen, ja pluralistischen Definierens und Umdefinierens der Welt um uns und in uns sein, die uns Probleme mit der Natur verschafft. Letztere zeigen vielmehr an, dass der Fähigkeit zu dieser Flexibilität etwas zugestoßen sein muss. Wie die so genannten »Umwelt«-Probleme so deutlich vor Augen führen, beruhen sie ja gerade nicht auf Falschem in der Natur *um uns*, sondern in der *in uns*. Es ist somit an der Zeit zu fragen, ob unsere »Umwelt«-Probleme nicht aus dem *bloßen* Zutreffen unserer Wissenschaften herrühren. Nur unser Wissen kann ver-rückt sein, nicht die Natur. Dies läuft auf die Frage hinaus, ob denn unsere eigene innere Natur im bloßen Zutreffen unseres Wissens adäquat »aufgehoben« ist oder nicht. Wenn sie es nicht ist, bleibt unser Wissen immer noch Teil der Natur, dessen Ver-rücktheit die Natur da draußen sich aber nicht mehr gefallen lässt; sie wehrt sich dagegen und schlägt zurück.

Wie aber können wir wissen, ob unser Wille (unsere »Spontaneität«) *mit Verdrehungen* in unserem Wissen »aufgehoben« ist? Kann dies ein verdrehter Sinn überhaupt erkennen? Diese Fragen verlangen eine Betrachtung nicht nur des heutigen Wissenschaftsbetriebs, sondern der heute herrschenden Form des Wissens und Tuns generell, nämlich des Instrumentalismus.

Das Charakteristische am Instrumentalismus ist sein permanentes Interesse an Mitteln; alles andere steht dahinter zurück. Selbst erreichte Zwecke zählen nur als wieder einsetzbare Mittel. Auf sie richtet sich eine neue Art des Profitstrebens, in dem das traditionelle Kapital mit dem neuen »mentalen Kapital« eine qualitativ neue *einsetzbare* Form von Mehrwert erzeugt. Diese neue Form von »Kapital« lässt sich am besten mit dem Begriff »Macht« erfassen.¹⁶ Macht hat, wer definitorisch und/oder konkret Objekte kontrolliert, die andere begehren, also wollen, aber nicht haben. Kontrolle über gesellschaftlichen Zugang, so genannte »Schönheit«, ein Segelboot, Fähigkeiten, Arbeitskraft und alles erdenkliche andere inklusive längst abgestorbener Ideologien – all das kann zum Mittel für Gewinne, also Macht werden. Wissen erweist sich an der Fähigkeit des »Meinungsmachens«. Sie ermöglicht es, Interessenten für das zu finden, über das man verfügt, und sei es durch neue Wertsetzungen (Reklame, »life-style images«, Propaganda etc.). Nur wer gar nichts »Interessantes« zu bieten hat, ist »tot«. Streben nach Profit im neuen Sinn verlangt vor allem »mentales Kapital«, ohne indes Kapital im traditionellen Sinn zu verachten. Die qualitative Innovation, die sich mentales und traditionelles Kapital gegenseitig beschert haben, hat dazu geführt, dass Saturiertheit im *neuen* Profitstreben noch gefährlicher ist als im traditionellen Kapitalismus. Dies unausgesetzte Streben nach Mitteln ist die Grundlage des heute real existierenden ge-

16 Zur zentralen gesellschaftlichen Bedeutung von Macht siehe Richard Newbold Adams: *Energy and Structure*, a. a. O., passim.

sellschaftlichen Verkehrs. Anderenorts habe ich von dieser Grundlage als dem Midas-Syndrom gesprochen.¹⁷ Wie wohl bekannt, wurde alles, was Midas berührte, zu Gold, dem Mittel par excellence. Deswegen konnte er nie genießen oder gar satt werden und blieb permanent hungrig.

Wer Objekte jedweder Art in Mittel verwandeln will, kommt ohne die flexible Fähigkeit des Definierens und Umdefinierens nicht aus. Diese Definitionsfähigkeit verlangt jedoch eine besondere Art des »Zündens« unserer Neuronen. Die Besonderheit dieses »Zündens« liegt nicht darin, dass es ein ursprüngliches spontanes Zünden einfach abschafft, sondern es umleitet, also verdreht. Es zielt ab auf Objekte, die nicht spontan gewollt werden, für die man sich aber entscheidet. Es mag zur Erläuterung des hier Gemeinten hilfreich sein, den Unterschied zwischen Wille und Entscheidung kurz in Betracht zu ziehen.

Während der Wille sich spontan einstellt, »zündet« und insofern nicht unserer Kontrolle unterliegt¹⁸, ist das Fällen einer Entscheidung immer ein kontrollierter und zweiter Schritt *nach* Auftreten des Willens. Insofern ist Entscheidung Sache eines Kalküls, in dem der spontane Wille sehr wohl unterdrückt sein kann. Genau dies ist das Typische für den Instrumentalismus und sein permanentes Interesse an Mitteln. Hier ist der Punkt, an dem unserer *spontanen* Flexibilität Schaden zugefügt wird. Dieses verdrehte Interesse ist selbstverständlich auch auf die besonderen Objekte in der Natur gerichtet, von denen wir als *Mitmenschen* reden. Aber genau so, wie wir im Instrumentalismus die außermenschliche Natur nicht als *Mitwelt* sondern als *Umwelt* erleben, erfassen wir auch den Anderen als ein Stück egofokal benutzbarer Umwelt. Dies ist ein wohl offensichtlicher Aspekt der Individualisierung und der Abstraktion gesellschaftlichen Umgangs bis in Bereiche hinein, die einst noch als intime galten. Dem instrumentalistischen Denken ist nichts an der Befriedigung des spontanen Willens gelegen und somit an der Beglückung, sich im Einklang zu wissen mit der sich im Willen spontan äußern den inneren Natur. Die Bedeutung dieses Einklangs für die Identität des Individuums nach dem Absterben aller Ideologie wird uns gleich noch kurz beschäftigen.

Globalkapitalismus als omnilaterale Ausbeutung

Von hier aus lässt sich zunächst das Besondere der Ausbeutung im Globalkapitalismus skizzieren: es erstreckt sich auf alles, alle und jeden, ja es bezieht, absurd wie es erscheinen mag, das ausbeutende Individuum selbst mit ein. Kurz gesagt: *Globalkapitalismus* ist mehr als ein geographischer Begriff; er zeigt das Omnilaterale der Ausbeutung an.

Dann aber muss man fragen, was denn heute im Endeffekt ausgebeutet wird. Die Antwort kann nur lauten: die Natur in allen ihren Erscheinungsformen. Sie wird ausgebeutet von einem Geist, der seine eigene Natur verkennt und, dadurch »verdreht«, so tut, als könne er gegen sie angehen. Der eigene Leib gar ist bloßes Mittel zum Gewinn; man tut ihm Gewalt an, ohne seine Natur liebend zu achten und zu kultivieren. Man denke etwa an die Anorexia nicht nur bei »models«, sondern auch bei Teenagern, oder an die Aufputschmittel

17 Siehe Friedrich W. Sixel: Die Natur in unserer Kultur, a. a. O., S. 101 und kontextualisiert in Kap. 5.

18 Die Bedeutung dieses Umstandes für Luthers Begriff der Sünde kann kaum überschätzt werden. Dazu lese man: Martin Luther: Dass der freie Wille nichts sei, München 1954.

im Sport. So bleiben denn alles, alle, jeder und das eigene Selbst sich fremd, gewähren keine willenssättigende Befriedigung und halten, neben unbegrenzt steigendem Konsum, die omnilateral wachsende Ausbeutung beim nicht endenden Kampf um Mittel in Gang. Wie Marx wusste, konnte schon das »alte« Kapital eine Hürde nicht hinnehmen, beim neuen Interesse an Mitteln kann das überhaupt keiner mehr.

In dieser neuen Form der Ausbeutung ist der klassische Kapitalismus bis fast zur Unkenntlichkeit »aufgehoben«. Die alten Klassen von Kapitalisten und Proletariern sind jedoch nicht einfach verschwunden, sondern eingetaucht in ein Abstufungsschema größeren oder minderen Erfolges im Ausbeutungsgeschäft. Permanenter und globaler Hunger in vielen Variationen halten diesen »Betrieb am laufen«. Aber darin wird auch deutlich, dass jede Absicht, dieses Leben auf eine nicht verderbliche Bahn zu bringen, nur durch das *praktizierte* Anerkennen des Primats, also der Allheit der Natur, gelingen kann. Würde die Einsicht in den Primat der Natur auf bloß theoretische, also unsinnliche Weise gewonnen, brächte sie keine Hilfe; als solche wäre sie nur wieder Ideologie. Damit kann antizipiert werden, dass eine auf die Revolutionierung der Gegenwart gerichtete Absicht nur bei denen entstehen kann, die den Instrumentalismus in sich selbst überwunden haben, ihn »leid« sind oder aus seinem Betrieb hinaus geworfen worden sind.

Selbst wenn all diese Überlegungen grundsätzlich richtig sind, dann ist damit noch lange nicht geklärt, was *konkret* zu *tun* ist, um eine Politik zu betreiben, die auf der Höhe dieser Zeit ist. Leichter ist es, aber auch nützlich, zuerst einmal klarzustellen, was eine politische Partei, die einen Weg in eine gangbare Zukunft suchen will, *nicht* tun darf.

Was nun tun – und was nicht?

Man kann »getrost« davon ausgehen, dass eine wahrhaft den Status quo »aufhebende« Politik derzeit nicht mehrheitsfähig ist. Wählermehrheiten lassen sich heutzutage nur für eine Politik finden, die eine Art von »Wachstum« offeriert, das dem hier skizzierten Midas-Syndrom entspricht. Dies hat besonders eklatant die letzte Bundestagswahl gezeigt: mehr als 70 Prozent für die »Große« Koalition! So lange die Mehrheitsverhältnisse im Volk so liegen und neo-liberal benutzbar sind, kann eine Linkspartei kaum mehr als Opposition mit marginalem Einfluss sein. *Jede* Regierungspolitik wird sich hüten, Grundlegendes zu ändern; sie wird allenfalls reformerische Maßnahmen ergreifen, um die »Schäden«, die der Globalkapitalismus anrichtet, »vom Volke abzuwenden«. Sie wird dem Volke aber damit nur den gewünschten *falschen* Lebensstil zu erhalten versuchen – und sich selbst die Macht.

Bezüglich der angeblich »Schaden abwendenden« Maßnahmen mag eine kurze Betrachtung des »Umweltschutzes« und der Suche nach »erneuerbaren Energien«¹⁹ erhellend sein, und dies in mehr als einer Hinsicht.

Solange ein Leben *mit* der Natur nicht mehrheitlich *gewollt* wird, muss »Umweltschutz« anhand von Kontrolle und Durchsetzung hierzu aufgestellter Regeln erfolgen. Repressive Ethik und Gesetz-

19 Dies ist ein unscharfer Begriff. Die Gefährlichkeit seiner Benutzung ist nicht geringer als seine Verbreitung, weil er suggeriert, der Mensch könne Energie *machen*. Solche Art von Rede verdeckt, dass der Mensch Energieströme nur steuern und aus diesem Steuern Energie für sich nutzbar machen kann.

gebung müssen immer her, wenn das *falsch Gewollte*, aber ach so »Schöne« in Schranken verwiesen werden soll. Aber der dazu notwendige »Polizei«-Apparat wird bei einem sozial-strukturell notwendigerweise steigenden Wirtschaftsvolumen unweigerlich selbst zu einer Wachstumsindustrie werden, also immer mehr Geld kosten. Deswegen bedarf der anwachsende Kontrollapparat genau dessen, was er in Zaum halten soll: des allgemeinen Wirtschaftswachstums. Dieses ist aber ohne steigenden Energieumsatz nicht zu haben. Ist es nicht bezeichnend, dass ein entsprechender Wirtschaftszweig – von »Kyoto« sanktioniert! – längst ins Leben getreten ist: der Handel mit »Umweltzertifikaten«?

Die Suche nach mehr Energie wird zwar, wie schon jetzt zu sehen, »erneuerbare Energiequellen« erschließen, z. B. Wind- und Solar-energie, aber: Was wird das am Grundsätzlichen ändern? Soll das etwa ohne problematische Folgen für den Naturhaushalt vor sich gehen? Würden wir beispielsweise große Teile der Sahara mit Solarelementen voll stellen, könnten die eingefangenen Wärmeeinheiten gewiss unserem Energiehunger zugeführt werden, aber sie würden in exakt dem gleichen Maße der nächtlichen Rückstrahlung in die Atmosphäre entzogen werden. Außerdem: Würden geplante riesige Wind-»Parks« dem Auge etwa mehr darbieten als monumentale Zeichen für unsere Gefräßigkeit nach Energie?

Machen wir uns nichts vor! Unser Problem ist nicht, wie wir zu Energie kommen können – die Atomkraft würde da Wunder wirken –, sondern wo wir mit unserer Energiegefräßigkeit noch hinkommen werden.

Aber, wie gesagt, eine dieser Gefräßigkeit entsprechende Politik ist immer noch mehrheitsfähig, während eine auf lebenswerte Zukunft weisende es nicht ist. Damit bleibt einer Partei, die eine wahrhaft fortschrittliche Politik betreiben will, also eine, die über den Status quo und sein Grundübel, das falsche Wissen des Instrumentalismus, hinaus will, nur die Opposition; und selbst die wird noch von neuer Art sein müssen.

Wie stünde es z. B. mit einem neu gestalteten Versuch, die Opposition im Volke selbst, also außerhalb des Parlaments, zu stärken? Keiner sage, diese Opposition sei nicht schon jetzt beachtlich! Was sonst zeigt denn die wachsende Zahl der Nichtwähler an? Sehr viele Menschen, selbst viele derer, die noch wählen gehen, wissen längst, dass Wahlen nichts ändern. Das Interesse an Politik kann sehr wohl weiter sinken, wie die USA es – auch darin »fortschrittlich« – anzeigen. Diesen Umstand neben anderen politisch zu bedenken, mag nicht ohne Weiteres Mehrheiten einbringen, aber auch das wachsende Desinteresse an Politik kann zu einer neuen und wahrlich zeitgemäßen Opposition kultiviert werden. Hier liegt die eigentliche Aufgabe der Linkspartei.PDS. Dann kann sie auch in Parlamenten als Opposition umso kraftvoller sein.

Ein Ansatz zu neuer linker Politik könnte sein, nicht nur zu Nichtwählern, sondern auch zu vielen anderen, die an den Rand der herrschenden Gesellschaft gedrängt worden sind, wie Alte, Arbeitslose und Migranten, oder die sich als »Aussteiger« an deren Rand begeben haben, eine *neue* Art von Kontakt zu gewinnen und zu halten. Unter ihnen gibt es nicht wenige, die ein neues Leben zu *praktizie-*

ren versuchen. Wie schon angedeutet: Nur in einer neuen *Praxis* kann der herrschende, aber verdrehte Bezug Natur – Mensch – Gesellschaft materialiter so neu gestaltet werden, wie es jetzt an der Zeit ist. Dort wird sinnliche Erfahrung dann auch zu dem Wissen »gesteigert«, das sich dessen bewusst ist, dass eine gesicherte Zukunft nur gefunden werden kann, wenn wir das sichere Geländer der Natur in uns und um uns nicht aus der Hand lassen. So werden zeitgemäße Identitäten und wahres Selbstbewusstsein in Menschen aufgebaut, die das herrschende Midas-Syndrom überwinden, das »Wachstumsgerangel« nicht mehr brauchen und denen man nicht so leicht »etwas vormachen« kann. Auf sie kann sich zeitgemäße Opposition verlassen.

Es ist an der Zeit für eine neuartige Opposition

Auf dem Papier (und schon gar nicht in einem bloß theoretisierenden Aufsatz) kann zwar nicht im Einzelnen gesagt werden, was denn jetzt konkret zu tun sei, aber ein paar Überlegungen hierzu lassen sich schon unterbreiten.

Falls die Linkspartei.PDS ihre Politik viel stärker und *neuartiger* als bisher auf am Rand stehende Gruppen und Aktivitäten im Volk ausrichtet, wird Mitarbeit *in* der Partei auch zu Mitarbeit *an* der Partei. Jedes ihrer Mitglieder wird so erfahren, wie bedeutsam und persönlich bereichernd es ist, dort mitzuwirken, wo das vom Globalkapitalismus gestohlene Leben zurück gewonnen wird. Es geht deswegen darum, *teilnehmenden* Kontakt zu pflegen vor allem zu alternativen Versuchen neuer Lebensgestaltung im breitesten Sinne. Seien dies nun Kommunen, Betriebe mit neuen Arbeitsorganisationen und Zielsetzungen, alternative Schulen und Forschungsvorhaben, die vom »mainstream« der Erziehungs- und Wissenschaftsförderung nicht finanziert werden, Musik-, Kunst- und Theatergruppen, Migrantenvereinigungen, Gruppierungen radikalisierte Jugend und was es da noch mehr geben mag. Teil solcher Bemühungen müsste sein, Arbeitslose jeden Alters mit alternativ ausgerichteten Unternehmen in Kontakt zu bringen. Dadurch würde die Linkspartei.PDS helfen, unter all diesen Bestrebungen Vernetzungen herzustellen. Es ist ja an der Zeit, isolierende Vereinzelnung und gespensterhaft entleertes Verstehen und Wissen durch konkret gestaltetes Leben zu überwinden.

All diese Bemühungen müssten *unbedingt* begleitet sein von einem sichtbaren und hörbaren Einsatz der Linkspartei.PDS für ein allgemein zu zahlendes, bedingungsloses Grundeinkommen. Es ist nahezu unbegreiflich, dass über dessen Einrichtung selbst in dieser Partei noch diskutiert wird, wo selbst in Kreisen, die eher dem Status quo zuneigen, Stimmen dafür laut werden.²⁰ Damit sei nicht leichtfertig unterstellt, dass die Zahlung eines solchen Grundeinkommens per se unproblematisch ist. Aber man muss sich auch fragen, für welche *Art von Denken* ein solches Grundeinkommen problematisch erscheint. Doch wohl für ein überkommenes, das in Kategorien denkt, die das Jetzt nicht überwinden. Dem können sogar scharfsinnige Wirtschaftswissenschaftler verhaftet sein, die im traditionellen Sinne links orientiert sind.²¹

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist in mehr als einer Hinsicht von enormer Bedeutung. *Erstens* hätte ein öffentlich wahr-

20 Die CDU-geführte (!) Regierung in Thüringen erwägt immerhin die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, während es der Großunternehmer Götz Werner rund heraus befürwortet. In beiden Fällen wird dieses Einkommen als Kosten sparender angesehen als andere Hilfsmaßnahmen für finanziell Schwache. Siehe entsprechende Veröffentlichungen in: Freitag, Berlin, vom 11. Sept. 2006, S. 11 bzw. vom 3. Nov. 2006, S. 3.

21 Man denke hier z. B. an Ulrich Busch und seinen Beitrag: Schlaraffenland – eine linke Utopie? in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (Nov. 2005).

nehmbares Eintreten seitens der Linkspartei.PDS für ein solches Einkommen eine kaum überschätzbare öffentliche Wirkung vor allem bei denen, die dem Status quo ohnehin skeptisch gegenüber stehen oder marginalisiert sind. *Zweitens* würde diesen Menschen dann nicht nur durch politisches Reden und Zusprechen geholfen, sondern *konkret*. Sie wären *in der Tat* frei gesetzt zu sinnvoller und Sinn gebender Arbeit. Und damit würde, *drittens*, ein Grundpfeiler des überkommenen ökonomischen Denkens umgestürzt, nämlich die Annahme, dass der Einzelne zuerst einmal etwas leisten soll, bevor er in den Genuss des Ertrages von Leistung kommt. Es muss linker Politik daran gelegen sein – und das ist an der Zeit! – dieses überkommene Prinzip endlich umzudrehen und dadurch zu vermenschlichen. Da jeder Einzelne zu uns allen gehört, gebührt ihm von vornherein Zugang zu den Leistungen aller.²² Anders als in frühen Gesellschaften konkretisiert sich Teilhabe am gemeinsamen Gut jetzt durch das Geld, eben durch das Grundeinkommen. Damit würde das global-kapitalistisch individualisierte Interesse am Materiell-Konkreten revolutioniert. So unterstützt, wird der Einzelne auch für alle leisten *wollen*. Arbeit, in Freiheit ausgeübt, ist ja Teil der Natur, die wir alle sind.

Schließlich und endlich sei, gerade auch im Kontext des Grundeinkommens, auf ein allgemeines Erfordernis hingewiesen: Genau so wenig wie Zukunft eröffnendes Wirtschaften im Denkraum tradierter ökonomischer Theorien betrieben werden kann, kann auch in allen anderen Lebensbereichen Zukunft nicht gewonnen werden durch Anwendung alter Ideologien, Philosophien oder Glaubenssätze. Sie sind ohnehin vom Instrumentalismus abgenutzt. Ein *neues* Verstehen, *neue* Theorien und ein *neues* Denken und Wissen müssen her. Dies alles wird aus der Konkretheit der Praxis entwickelt und, wenn nötig, immer wieder zu verändern – also zu flexibilisieren – sein. Dem uns anzuvertrauen, fällt uns schwer, weil wir die Flexibilität des Denkens nur im heutigen falschen Wissen zu üben gewohnt sind. Deswegen haben wir Angst, der *Natur* eines naturgegründeten Denkens zu folgen.

Hier spielt gewiss eine Rolle, dass wir uns zu lange – eigentlich seit Sokrates/Plato – daran gewöhnt haben, der Natur den Geist voranzustellen, anstatt ihn aus ihr geradlinig erwachsen zu lassen. Ist es aber wegen der heute so deutlich gewordenen Verführbarkeit des bloßen Verstandes und seiner Abstraktionen nicht an der Zeit, es der Natur und unserem naturgegründeten klugen Umgang mit ihr zuzutrauen, einen Weg in eine lebbare Zukunft zu finden? Kein Zweifel indes, der Umsturz der Gegenwart und das Bauen eines Weges in eine gangbare Zukunft verlangen Mut. Woher aber soll dieser vertrauensvolle Mut kommen, wenn nicht aus einer naturgegründeten Praxis? Dies jedoch nicht automatisch! Mut verlangt Vertrauen in die Tragfähigkeit aller Brücken in die Zukunft und lässt sich nur gewinnen aus der *Reflexion der Praxis im Zuge ihrer Entfaltung*. Deswegen müssen wir auf dem Weg in die Zukunft immer wieder in größter Nüchternheit Bilanz ziehen, und dies im engeren wirtschaftlichen wie im breiteren Sinne des Wortes; wir müssen prüfen, ob unser Leben der Natur der Dinge und der Menschen entspricht. Dann wäre das Leben, einschließlich des individuellen Einkommens, er-

22 Hier sei an den grundlegenden Unterschied erinnert, den Karl Marx zwischen der »asiatischen« und der »germanischen« Produktionsweise gemacht hat. Die Wortwahl mag unglücklich sein, aber wichtig ist die Bedeutung. In der »germanischen« Produktionsweise muss sich der Einzelne erst durch Leistung als Mitglied etablieren, in der »asiatischen« leistet das Individuum, weil es von vornherein Mitglied ist.

23 Wolfram Adolphi hat diese Frage jüngst als noch offen herausgestellt. Siehe seinen Artikel: Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort, in: UTOPIE kreativ, Heft 193 (Nov. 2006), dort insbesondere S. 994. Ich bin mir mit ihm darin einig, dass über diese Frage nur die Entwicklung entscheiden kann.

fahrbar als eines, das nur in Verbundenheit von jedem mit jedem und mit allen und allem auf Dauer gestellt werden kann. Darin liegt für linke Politik ein weiterer Grund für das Kontakthalten zu, und Mitarbeiten in, alternativ-oppositionellen Gruppierungen. Die Linkspartei.PDS muss schon jetzt ein »clearing house« von Ideen sein, wie sie aus alternativer Praxis erwachsen.

Eine all dem gerechtfertigte Politik würde m. E. neben einer Umorientierung auch eine Re-Organisation der Partei erforderlich machen. Falls das zutrifft, würde es die Linkspartei.PDS wahrscheinlich noch weiter von der Form einer Kaderpartei wegführen.²³ Aber auch dann wird sie in den Parlamenten weiterhin Opposition bleiben müssen, indes *mit neuer Substanz*. Sie würde eine echte Avantgarde sein und trotzdem verhindern, dass Theorie und Abstraktion des Denkens sich wieder vordrängen und dem Leben vorangehen. Damit würde nur wieder alles verkehrt herum aufgehäumt. Dazu aber haben wir keine Zeit mehr.

THOMAS MARXHAUSEN

Marx als Chance

Anmerkung I

Die Ausführungen von Katja Kipping verdeutlichen, dass sich ihre Frage: »Ist Marx ein Muss für die neue Linke?«¹ nicht im Handumdrehen beantworten lässt.

Es wäre zunächst zu klären, was »Marx« meint – steht der Name für die Person oder ein Werk, welches gewöhnlich »Marxismus« genannt wird? Sollte das Werk gemeint sein, kommen wir nicht an Engels vorbei (den Kipping nicht erwähnt); geht es ausschließlich um das, was Marx persönlich gedacht und geschrieben hat, verzichtet man auf entscheidende Teile des Werkes, dessen weltweite Rezeption bleibt dann unverständlich.²

Wenn ich, um formal an Katja Kipping anzuschließen, »Marx« sage, meint das das Werk, welches Karl Marx und Friedrich Engels hinterlassen haben. Der Antrieb dazu, Kern und Quintessenz gründen sich auf die Annahme, die Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsverlaufs, von der Urgesellschaft bis zum Kommunismus, *wissenschaftlich* erkannt zu haben. Sinn und Zweck ihrer theoretischen wie politischen Arbeit bestand darin, mitzuwirken bei der als *bevorstehend* angenommenen, vom revolutionären Proletariat bewirkten Ablösung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durch eine sozialistisch-kommunistische Weise des Zusammenlebens der Menschheit.³

Nun ist alles anders geblieben: Der Kapitalismus wurde nicht, wie theoretisch deduziert, wie auf Grund der sozialdemokratischen Wahlerfolge vom alten Engels auf dem Millimeterpapier aufs Jahrfünft genau ausgerechnet,⁴ endlich und endgültig vom Sozialismus »aufgehoben«; in keinem kapitalistischen Industrieland fand die prognostizierte Revolution statt; was stattfand, hat sich aus Gründen, deren Erörterung erst angefangen hat, nicht gehalten, und das bereits 1848 als »überreif« für seine Abschaffung bewertete System dominiert den Globus wie noch nie in seiner Geschichte. Was soll eine »moderne Linke« mit einem Marx, dessen zentrale Prognose dermaßen in die Irre ging?

Anmerkung II

»Muss« man sich *wirklich* mit Marx beschäftigen? Unzählige Linke haben bis zum Tod (den sie keineswegs nur im Bett erlitten!) gegen Kapitalismus, Militarismus und Faschismus gekämpft, ohne je eine Zeile von Marx und Engels gelesen zu haben. Ihre Erfahrungen mit den herrschenden Verhältnissen, Selbstachtung und Stolz, ihr Gefühl und Gewissen, nicht zuletzt der von Rosa Luxemburg hoch bewer-

Thomas Marxhausen – Jg. 1947, Prof. Dr. sc. phil.; Studium und Tätigkeit 1968 bis 1991 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sektion Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie; wiss. Arbeit in der Marx-Engels-Forschung und MEGA-Edition; nach Entlassung 1991 in privaten Instituten für Erwachsenenbildung tätig; seit 1995 Redakteur des Historisch-kritischen Wörterbuches des Marxismus (HKWM); zuletzt in UTOPIE kreativ: »MEGA – MEGA« und kein Ende, Heft 189/190 (Juli/August 2006).

1 UTOPIE kreativ, Heft 196 (Febr. 2007).

2 Muss man wirklich daran erinnern, dass »Die deutsche Ideologie« und das »Kommunistische Manifest«, nicht zu sprechen von zahlreichen anderen Texten,

zwei Verfassernamen haben, die Bände 2 und 3 des »Kapital« nur durch die Bearbeitungen und Herausgabe von Engels vorliegen, sein »Anti-Dühring«, den Marx vor dem Druck kannte, Generationen die Grundzüge des Marxismus vermittelte? Dass es Unterschiede zwischen ihnen gibt – die gibt es selbst bei siamesischen Zwillingen, die sie nicht waren – ist kein Grund, »Marxismus« nur mit dem Namen Marx zu verbinden. Vgl. Sven-Eric Liedman: Engelsismus, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 3, Berlin-Hamburg 1997.

3 Der Entwurf wurde später, nicht von Marx und Engels, als »historische Mission der Arbeiterklasse« bezeichnet.– Vgl. das gleichnamige Stichwort von Thomas Marxhausen in HKWM, Bd. 6/I, Berlin 2004.

4 1893, Karl Marx, Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 22, S. 547 f.

5 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin, S. 517.

6 Ebenda, Bd. 1/2, S. 130.

7 Bertolt Brecht: An die Nachgeborenen, III.

8 Eine Selbstreklamation aus Selbsttäuschung, deren Ursachen aufgedeckt zu haben eine der Jugendeinstellungen von Marx und Engels ist, vgl. Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3.

9 1872, MEW, Bd. 23, S. 28.

10 Katja Kipping, a. a. O., S. 126.

11 MEW, Bd. 4, S. 465-468.

tete »Klasseninstinkt«⁵ ließen sie marxistische (ja, ich weiß, später waren es auch leninistische und stalinistische) Leitsätze und Grundgedanken als Orientierungshilfe akzeptieren, die ihnen die Partei, die Führung, ihre Zellengenossen innerhalb wie außerhalb der Gefängnisse vermittelten, und so, kämpfend, verstanden sie sich als Marxisten, Kommunisten oder Sozialisten. Es wäre ihnen absurd, ja wie ein Verrat an der »Sache« vorgekommen, diese Ehrennamen – um so ehrenvoller, je erbarmungsloser die Klassenkämpfe – erhalten zu haben auf Grund eines geruhsamen Studiums »unserer Meister«.⁶

Natürlich ist das kein Argument gegen eine gründliche Kenntnisnahme von Marx. Es soll nur verdeutlichen, dass politisches Engagement kein Studium von Marx bedingt, wie dieses Studium, für sich genommen, nicht umschlägt in Kampfbereitschaft, Mut zum kämpfen und Siegesgewissheit (vor allem in Zeiten der Niederlage). Folglich ist, wer meint, ohne Marxkenntnis auszukommen, deswegen nicht daran gehindert, Standpunkte zu haben, Positionen zu beziehen, Aktivitäten zu entwickeln und Ziele anzustreben auf eine Weise, die sich von marx-sicheren Genossen wenig oder nicht unterscheiden.

Anmerkung III

Marx ist kein »Muss«, keine Voraussetzung, um politisch zu wirken, sondern er ist eine *Chance*.

Man kann bei ihm einiges lernen. Ob das Gelernte handlungsmotivierend und -leitend ist, hängt nur bedingt von den zur Kenntnis genommenen Texten ab, eher wohl von individuellen und gesellschaftlichen Umständen, vom Milieu, in welchem man sich bewegt, von der Zeit, wie man so sagt, der Situation, der persönlichen Haltung gegenüber einem Zustand, in dem »nur Unrecht war (lies: ist) und keine Empörung«.⁷

Marx bietet die Chance, falschen Gewissheiten (auch und nicht zuletzt denen im Werk) mit Misstrauen zu begegnen. Er ist eine Schule des *dialektischen* Denkens, welches der bürgerlichen, insonderheit der »Geistes«wissenschaft⁸ seit dem Augenblick »ein Ärgernis und ein Greuel« wurde,⁹ als im Proletariat die Ahnung zur Gewissheit umschlug, der Kapitalismus ist nicht der Endzustand der Geschichte.

Sicher kann man aus dem Werk vornehmlich die Sätze herausfischen, deren Aussage sich *bestätigt* hat. Bevorzugt greift dieses Verfahren auf die Globalisierungsprognose im »Manifest« zurück.¹⁰ Im dem Fall übersieht man, dass dort die Globalisierung keineswegs *prognostiziert* ist; Marx stellt eine Tatsache fest: Das Kapital *hat* die Welt sich untertan gemacht, sein Spielraum *ist* erschöpft, »die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen«, sie werden gespennt usw.¹¹ So wird einer der größten Irrtümer von Marx – die Geburtswehen des Industriekapitalismus als dessen Todeskampf zu deuten¹² – in eine seiner größten Leistungen umbewertet. Selbst wenn wir einschätzen, dass Marx die *Tendenz* der Globalisierung¹³ erkannte – wir stehen mittendrin, und welchen Wert außer dem der historischen Gerechtigkeit hat es, ihn dafür zu würdigen? Spannender ist es, auszuforschen, wie er zu der Prognose kam, worin und warum er irrte. Daraus ließe sich etwas machen, bspw. für eigene Prognosen.

Anmerkung IV

Noch eine Vorbemerkung: Marx ist kein »Anti«. Weder Antikapitalismus noch Antimodernisierer, weder Antiglobalisierer¹⁴ noch Antiamerikanismus können sich zu Recht auf ihn berufen. Er ging mit der Praxis um als mit einem *Komplex prozessierender Widersprüche*.¹⁵ Kapitalismus ist ihm eine unvermeidliche Durchgangsstufe in der Geschichte. Wer vertrieb die mittelalterliche Bärenhäuterei, wenn nicht das Kapital? Es vereinfachte die Klassegegensätze, machte sie überschaubar, was Organisation und Stoßrichtung des Kampfes erleichterte. Ohne seine Verwertungsgier werden nicht diejenigen Produktivkräfte ausgebildet, welche die Voraussetzung sind für den Beginn einer menschenwürdigen Gestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage menschenwürdigen Stoffwechsels mit der Natur.

Dass die Welt *eine* Welt ist, ist für Marx evident. Seine Visionen haben menschheitliche Dimension. Erst der Kapitalismus bringt ihre räumlich und kulturell getrennten Teile zusammen. Methoden und Kosten dieses Prozesses sind grauenhaft. Das Kapital reißt Milliarden Menschen in seinen Verwertungskreislauf, wodurch Werte entwertet werden, die seit undenklichen Zeiten Sicherheit und Halt gaben, Identität und Würde. Die Entwurzelung macht verloren, verzweifelt, trotzig, hasserfüllt. Der Blick trübt sich, ihm entgeht die in sich extrem widersprüchliche Tendenz von US-amerikanischem *Weltherrschaftsstreben* auf der einen und dem Bestreben *aller* Fraktionen und Teile des weltweiten Kapitals, *seine* Herrschaft weltweit zu sichern, auf der anderen Seite.

Die Verwandlung und Verwüstung von Menschen, Gefühlen und Leidenschaften, von Tieren, Wasser, Luft und Territorien, Rohstoffen, Genen und Ideen zu Waren provoziert Widerständigkeiten, die sich zunächst gegen Phänomene und Symbole richten. Das war schon immer so: Zuerst zerschlugen die Arbeiter die Maschinen. Die Zerstörung von Mensch und Natur sind der »Preis« des kapitalistisch organisierten Fortschritts. Marx' stärkstes Argument dagegen ist der *Selbsterhaltungstrieb der Betroffenen und Leidtragenden*. Er setzt darauf, dass sie dem Kapital die von diesem angeeigneten Ergebnisse und Potenzen ihrer Produktivität entreißen, bevor es das Kapital schafft, die Welt (und damit sich selbst) zu ruinieren.¹⁶

Herangehensvorschläge

Erstens, Marx als Prozess verstehen. – Das Werk ist statt aus einem Guss Dokument einer jahrzehntelangen Entwicklung mit Abbrüchen, Kreuz- und Querwegen und Neuansätzen. Das spiegelt sich ebenso in der innertextlichen Entwicklung, die die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) im Apparatband (Korrekturen, Varianten) ausweist. Scheinbar gesicherte Erkenntnisse mussten, belehrt von der Praxis, revidiert werden, wie zum Beispiel die post-achtundvierziger Voraussage von Marx und Engels: »Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.«¹⁷ Als 1857/58 eine neue Weltwirtschaftskrise ausbrach, nahm Marx an, die bevorstehende Revolution werde ihm keine Zeit mehr lassen, seine ökonomische Theorie zu vollenden.¹⁸ Indessen herrschte politische Windstille.

12 Er verharrte nicht dabei, wie Studien zum dritten Band des »Kapital« nach 1868 andeuten. Vgl. Thomas Marxhausen: Kapital-Edition, in: HKWM, Bd. 7 (in Vorbereitung).

13 Thomas Sablowski: Globalisierung, in: HKWM, Bd. 5, Hamburg 2001.

14 Ulrich Brandt: Globalisierungskritik, in: Ebenda.

15 »Die neuen Zeitalter beginnen nicht auf einmal. / Mein Großvater lebte schon in der neuen Zeit / Mein Enkel wird wohl noch in der alten leben.« (Brecht)

16 »Erst wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.« Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien (1853), in: MEW, Bd. 9, S. 226.

17 1850, MEW, Bd. 7, S. 440.

18 Marx an Engels, 8. 12. 1857, in: MEW, Bd. 29, S. 225.

19 Dieses Verhältnis wurde von Lenin, Engels folgend (MEW, Bd. 19, S. 188), auf die Formel von den »Drei Quellen und drei Bestandteilen des Marxismus« reduziert (1913, Werke, Bd. 19, S. 3-9.)

20 1852, MEW, Bd. 8, S. 115.

21 Marx/Engels: Die deutsche Ideologie (1845/46), in: MEW, Bd. 3, S. 18.

22 *Ein* Einstieg könnte sein Marx' Mitteilung an Lassalle: »Die Arbeit, um die es sich zunächst handelt, ist *Kritik der ökonomischen Kategorien* oder, if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt. Es ist zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben.« 22. 2. 1858, MEW, Bd. 29, S. 550.

23 Walter Benjamin: Über den Begriff der Geschichte, in: Gesammelte Schriften, Bd. I.2, Frankfurt/M. 1991, S. 701.

24 1880, MEW, Bd. 19, S. 189-228.

25 »In bestimmten Fächern wie Geschichte und Philosophie«, warnt Ziffel, »werdens nie wieder richtig gut sein, wenns den Marx durchgegangen sind.« Brecht: Flüchtlingsgespräche. VIII.

26 MEW, Bd. 19, S. 201.

27 Ebenda., S. 209.

28 1876, MEW, Bd. 20.

29 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort (1859), in: MEW, Bd. 13, S. 8 f.

30 MEW, Bd. 1.

31 Katja Kipping, a. a. O., S. 129.

32 Auch das wäre ein Thema: Die Aktualisierung des »absoluten, allgemei-

Zweitens, Marx historisieren. – Jede Aussage, das ganze Werk ist verwurzelt in der Zeit, politische Stellungnahmen wie theoretische Verallgemeinerungen. »Zeit« meint nicht nur die Voraussetzungen des Denkens, die Vordenker,¹⁹ sondern ebenso das taktische Kalkül, die strategische Orientierung der Forschungen. Marx' Satz, »die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden«,²⁰ gilt auch für Marx. Das Neue in seinem Denken überstrahlte diese Tradition, zumal er den radikalen Bruch mit ihr vollzogen zu haben meinte, was seine Anhänger ungeprüft glaubten. Doch auch er bewegt sich im so aufklärerisch-weltoffenen wie borniert eurozentrischen *Denken in Gewissheiten*. Die unumstößlichste dieser Gewissheiten ist, wie erwähnt, die, durch die Begründung einer »Wissenschaft der Geschichte«²¹ deren zukünftigen Verlauf ableiten zu können – eine Neuauflage des Laplaceschen Dämons. Statt darüber zu lächeln ist es angesagt, die Gründe dieser Annahme aus den Bedingungen ihrer Entstehung zu ermitteln.

Drittens, Marx kritisieren. – Kritik wurde in der Romantik statt als Beurteilung als Weiterführung eines Werkes verstanden. Marxistisch heißt *kritisch*. »Kritik« tritt uns entgegen in den Titeln oder Untertiteln zentraler Arbeiten, veröffentlicht oder nicht; selbst wenn das Wort nicht vorkommt, handelt es sich um Kritik. Es wäre zu klären, was »Kritik« meint, wie sie gehandhabt, von welchem Standpunkt aus kritisiert wird, mit welchen Ergebnissen.²² Die Kritik als Arbeitsweise aufzuspüren, abverlangt detektivische Kleinarbeit, die ihre Ergebnisse immer wieder bezweifelt. *Das wäre eine brauchbare Einübung in dialektisches Denken.* Das Resultat, d. h. die begriffene und durchs Begreifen handhabbare Methode, ist auf Marx anzuwenden. Damit immunisiert man sich selbst gegen Schnellschüsse im Urteil, Marx gegen Dogmatisierung.

Viertens, Marx aktualisieren. – Überliefert sind ein nahezu unüberschaubares Werk, Fragmente, riesige Torsi und gigantische Pläne. Dieses Material ist, statt es als Vorratskiste zu benutzen, aus der kluge Kalendersprüche oder griffige Sätze zur Auflockerung einer Rede entnommen werden, »gegen den Strich« zu lesen, um die in ihm steckenden Anregungen und Aufgaben zu erschließen, was heißt, es auf seine Handhabbarkeit für unsere Probleme zu prüfen – mit einem Wort von Walter Benjamin: Es geht darum, Marx in die »Jetztzeit« einzubringen,²³ was wiederum seine Historisierung und Kritik bedingt. Das Ergebnis eines solchen Umgangs zeichnet keineswegs Dauerhaftigkeit aus (keine Generation kann sich auf den Leistungen der Vorgänger ausruhen), sondern Praktikabilität: Marx ist statt Kronzeuge der Anklage gegen den Kapitalismus Werkzeug im antikapitalistischen Kampf.

Fünftens, Marx selektiv-systematisch erschließen. – Sicher wäre es lebensfremd zu empfehlen, man nehme sich die mehr als 40 Bände der MEW vor und am besten die MEGA gleich dazu und arbeite sie systematisch durch. Vielleicht genügt es zunächst, sich mit Kerngedanken, den theoretischen und politischen Grundsätzen zu befassen, wie sie Engels in »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« vorstellt.²⁴ Der Anspruch, den Sozialismus, als Theorie verstanden, verwissenschaftlicht zu haben, ist zu prüfen. Dabei wird man sich zu Entdeckungsfahrten und For-

schungsreisen ins Werk aufmachen müssen, um Längs- und/oder Querschnitte zu erfassen, Linien und Leitmotive aufzuspüren und aus zeitlich auseinander liegenden Fragmenten Problemfelder zu rekonstruieren. Forschung ist vorurteilsfrei. Die einzige Voraussetzung für diese Unternehmung wäre angesichts unserer knappen Ressourcen (Leute und Zeit), sich darauf zu konzentrieren, was uns unter den Nägeln brennt.

Sechstens, Marx kollektiv studieren. – Schon Schwejk wusste, »mehr Leute haben mehr Verstand«; in Gruppen gibt es mehr Meinungen als Anwesende. Darauf kommt es an: Die unterschiedlichen Sichten auf Marx und Erfahrungen mit ihm, mit seinen Anhängern, Nachfolgern, Nachbetern, Dogmatisierern, Kritikern und Widerlegern einzubringen. Im Für und Wider schärft sich die Fähigkeit, dialektisch zu denken, was ein Erschließen von Widersprüchen ist. Effektiv ist die Verteilung von Aufgaben, in Kleingruppen Material zu sammeln, historische Kontexte zu recherchieren, Argumente für und wider Theorien und Theoreme zu formulieren. Im Plenum geht der Streit weiter, gestützt auf Arbeitsergebnisse, die allen zugänglich sind. Ohne Scheu vor Generationskonflikten und Leuten, die Marx fremd bis ablehnend gegenüberstehen, ziehen die Jungen die Alten (und umgekehrt), die Marxisten die Nichtmarxisten heran. Die Beteiligten sollten sich vor Augen halten, dass ein gründliches Marx-Studium in ihre Persönlichkeit und Verwertungschancen eingreift.²⁵

Zwei Anregungen zum Einstieg

Man befasst sich mit Marx gemäß den Bedürfnissen, die man hat. Was Einzelne oder Gruppen brauchen, werden sie wissen oder empfinden. Meine Vorschläge und Anregungen, die das Gesamtwerk nicht annähernd ausloten, konzentrieren sich auf Problemfelder, von denen mir vorkommt, dass sie für uns von einiger Bedeutung bzw. geeignet sind, Neugier zu erregen.

Ökonomie in erster und »letzter Instanz«

Zum Verständnis der ökonomischen, politischen wie der Revolutionstheorie des Marxismus ist es unumgänglich, sich mit dem, was gemeinhin »historischer Materialismus« genannt wird, vertraut zu machen. Der Einstieg könnte sein die erwähnte Broschüre von Engels, wo er den Überblick über sozialistische und kommunistische Ideen und Utopien damit schließt: »Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen, mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden.«²⁶ Dieser Boden wurde, betont er, durch Marx geschaffen, und zwar in Gestalt der »materialistischen Geschichtsauffassung« und der »Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelt des Mehrwerts«.²⁷ Was es damit auf sich hat herauszufinden, wäre Sache eines historisch-kritischen Studiums, dessen schrittweises Vorgehen sich zunächst mit dem »Anti-Dühring«,²⁸ aus dem die Broschüre entnommen ist, vertraut machen könnte, um von dort immer weiter zurück über Marx' Resümee des Zusammenhangs von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Basis und Überbau, Sein und Bewusstsein²⁹ schließlich bei den Ursprüngen anzukommen – der »Deutschen Ideologie« und bei Marx' »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung« von 1843.³⁰

nen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation« (MEW, Bd. 23, S. 674): »Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert.« (S. 675) Wobei nicht vergessen werden darf, dass der Mensch die Hauptproduktivkraft ist und jede Kritik der Vergeudung und Vernichtung der Produktivkräfte mit dem Zustand der arbeitenden und arbeitslosen Menschheit anzufangen hat.

33 Marx verweist darauf in: MEW, Bd. 13, S. 10.

34 Wolfgang Fritz Haug: Feuerbach-Thesen, in: HKWM, Bd. 4, Hamburg 1999.

35 Dass sich Marx dieser Probleme bewusst ist, veraten u. a. Notizen in der erst im 20. Jh. veröffentlichten »Einleitung« (1857/58): »Staats- und Bewusstseinsformen im Verhältnis zu den Produktions- und Verkehrsverhältnissen. Rechtsverhältnisse. Familienverhältnisse. (...) Das unegale Verhältnis der Entwicklung der materiellen Produktion z. B. zur künstlerischen. Überhaupt der Begriff des Fortschritts nicht in der gewöhnlichen Abstraktion zu fassen.« MEW, Bd. 42, S. 43.

36 MEW, Bd. 13, S. 8.

37 MEW, Bd. 19, S. 209.

38 1895, MEW, Bd. 7, S. 511. – »Nach materialistischer Geschichtsauffassung

ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.« An Joseph Bloch, 21./22. 9. 1890, in: MEW, Bd. 37, S. 463. – Ebenso an Franz Mehring, 14. 7. 1893, MEW, Bd. 39, S. 96 f. bzw. an W. Borgius, 25. 1. 1894, Ebenda., S. 205 ff.

39 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: MEW, Bd. 7, S. 9-107; Friedrich Engels: Die deutsche Reichsverfassungskampagne, in: Ebenda., S. 109-197; Ders.: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: MEW, Bd. 8, S. 3-108; Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Ebenda., S. 111-208.

40 Friedrich Engels: Über den Krieg, in: MEW, Bd. 17, S. 9-264; Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: Ebenda., S. 313-365.

41 Marx an Ludwig Kugelmann, 11. 7. 1868, in: MEW, Bd. 32, S. 552.

42 Zur Wechselwirkung von Produktion, Verteilung, Austausch und Konsumtion siehe Marx: Einleitung (1857), in: MEW, Bd. 42, S. 24-34.

43 Karl Marx: »Man schmeckt dem Weizen nicht an, wer ihn gebaut hat, russischer Leibeigner, französischer Parzellenbauer oder englischer Kapitalist.« In: MEW, Bd. 13, S. 16.

Die Vorgehensweise scheint mit einer historischen Sicht über Kreuz zu liegen, denn normal ist es, mit dem Anfang anzufangen. Zugegeben. Der Hintersinn meines Vorschlags ist, mit *den* Texten zu beginnen, die drei Internationalen, Kautsky wie Bernstein, Lenin wie Luxemburg, Stalin wie Lukács, dem staatssozialistischen Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus wie dem Antimarxismus das vermittelten, was unter »historischem Materialismus« verstanden wurde und wird.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem Vorwort von 1859 zu. Es galt und gilt als der Schlüsseltext der materialistischen Geschichtsauffassung, so sehr, dass man meint, andere Texte nicht zur Kenntnis nehmen zu müssen.

Auch Katja Kipping beruft sich darauf, sie zitiert, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse werden für die sich entwickelnden Produktivkräfte »zu einer starren Hülle (...), welche gesprengt« wird, wogegen sie geltend macht: »Jedoch das Gegenteil wurde empirisch bewiesen. Der Kapitalismus hat nicht als Fessel der entwickelten Produktivkräfte gewirkt, sondern diese im Gegenteil sehr erfolgreich gebändigt.«³¹

Ich muss gestehen, eine »Bändigung« der Produktivkräfte angesichts der vom globalisierenden Kapital weltweit bewirkten Arbeitslosigkeit, Überarbeitung und Verelendung,³² der Zerstörung der belebten wie unbelebten natürlichen Ressourcen, des zum Dauerzustand gewordenen Kriegszustands in mehreren Regionen der Welt, der unvermittelt wie vermittelt etwas mit der Produktivkraftentwicklung und -vernichtung zu tun hat, nicht wahrnehmen zu können (was mein Problem ist). Katja Kippings Problem, so scheint mir, ist der Verzicht auf die Kontextualisierung und Historisierung des zitierten Materials.

Marx' Skizze ist die Anzeige³³ der in der (damals unveröffentlichten) »Deutschen Ideologie« entwickelten Geschichtstheorie, mit der alle idealistischen, religiös begründeten, mystischen usw. Erklärungen des Geschichtsverlaufs den deutschen Köpfen ausgetrieben werden sollten. Der Schwerpunkt war und musste darauf liegen, die *materialistische* Sicht, die Rolle von Produktions- und Eigentumsverhältnissen in der Geschichte herauszustellen. Was anderthalb Jahrzehnte zuvor über hunderte Seiten entwickelt wurde, versucht Marx hier auf anderthalb Seiten wiederzugeben. Er will dem Leser die fachübergreifende Bedeutung seiner ökonomischen Theorie plausibel machen. Was herauskommt erweckt, isoliert betrachtet, den Eindruck, Marx wolle das gespenstische Wirken und Walten des Weltgeistes bei Hegel mit dem (nicht minder gespenstischen) Wirken der Produktivkräfte austreiben. Dass die Produktivkräfte als *Praxisformen* gefasst sind, was Marx seit den Feuerbach-Thesen mit »Praxis« meint,³⁴ wie die gesellschaftliche Umwälzung als *praktische* erwartet wurde, welche Rolle dabei welche Klassenkräfte spielen werden, wie stark sich Traditionen und Denkweisen, soziale Strukturen und politische Vorurteile usw. geltend machen – all das und noch viel mehr bleibt in den wenigen Sätzen ungesagt.³⁵ Trotzdem halte ich, im Gegensatz zu Katja Kipping, das Vorwort für ein »Muss«, denn die Skizze taugt genau als das, was sie für Marx ist: »Leitfaden« des Studiums.³⁶

Was also in der Zeit einen guten Grund und damit seine Legitimation hatte, verkam rasch, und um so rascher, je breiter der Marxismus rezipiert wurde, zu einem zwar platten, aber bequem handhabbaren Ökonomismus, der, ohne sich sonderlich um Vermittlungen und Rückwirkungen zu kümmern, all und jedes, was in der Gesellschaft passiert, Weltpolitik wie Akzeleration, Niederwarenmode wie Religion, direkt aus ökonomischen Verhältnissen ableitet. Wem das zu flach war, der landete früher oder später bei den alten oder Neu-Idealisten, seien sie mit den Namen Kant, Schopenhauer oder Nietzsche verbunden, oder gleich in der Religion.

Dass die Betonung des Primats des Ökonomischen gegenüber anderen Faktoren zur Achillesferse der materialistischen Geschichtsauffassung werden konnte (und wurde), war Engels bewusst. Er setzt den zitierten Satz, durch Marx sei der Sozialismus zur Wissenschaft geworden, damit fort: »die es sich nun zunächst darum handelt, in allen ihren Einzelheiten und Zusammenhängen weiter auszuarbeiten.«³⁷ Wiederholt betont, ja beschwört er die Adressaten, »die politischen Begebenheiten« seien »zurückzuführen auf Wirkungen von in letzter Instanz ökonomischen Ursachen.«³⁸ Vergebens. Die Behauptung, der Marxismus sei reduktionistisch, weil er andere als ökonomische Triebkräfte weder kennt noch wahrnehmen will, sitzt fest.

Diesem Vorurteil kann man begegnen, und zwar auf zwei Weisen – zum einen, indem man noch einige Schritte weiter und damit tiefer ins Werk hineingeht, sich die Auswertung der 48er Revolution in Deutschland und Frankreich³⁹ sowie des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 samt Pariser Kommune vornimmt,⁴⁰ um die materialistische Geschichtsauffassung in *Funktion* zu studieren, und zum anderen, indem man sich selbst daran macht, Vorgänge wie bspw. den Umschlag von »Wir sind *das* Volk« in »Wir sind *ein* Volk« im Herbst/Winter 1989/90 zu ergründen und begreifen.

Vom Fluch zum »ersten Lebensbedürfnis«

Die zweite Reise zu Marx geht den Bestimmungen der *Arbeit* nach. Ihr Ausgangspunkt ist das Wissen »jedes Kindes«, »daß jede Nation verrecken würde, die, ich will nicht sagen für ein Jahr, sondern für ein paar Wochen die Arbeit einstellte.«⁴¹ »Arbeit« meint hier den Stoffwechsel mit der Natur, die Schaffung von Mitteln zur Konsumtion, die wiederum die Voraussetzung der Produktion ist.⁴² *Scheinbar* handelt es sich bei »Arbeit« um etwas sowohl Bekanntes wie Ahistorisches,⁴³ selbst diejenigen, welche (weshalb auch immer) nicht arbeiten, wissen, was damit gemeint ist. Die Einfachheit täuscht. Worauf gründet sich der Zustand, dass keineswegs *die* Menschen arbeiten müssen, sondern jene überwiegende Zahl, der der Fluch der Arbeit seit Adam anhaftet?⁴⁴ Hat der im Kapitalismus zum Antagonismus getriebene Unterschied zwischen Produktion und Konsumtion, Arbeit und Genuss, Arbeitszeit und Freizeit, Selbstentfremdung und Selbstverwirklichung etwas mit der Arbeit *schlechthin* zu tun? Das ist die Frage, die den jungen Marx dazu bringt, sich mit der politischen Ökonomie zu befassen.

Er stellt fest, dass nicht »die« Arbeit in einem Maß entfremdet, dass ihr »als eine Pest geflohen wird«,⁴⁵ sondern ihre *soziale Form*:

44 1. Mose 3.19. – Dabei ist die Mehrzahl noch schlechter dran als Adam, der die Produkte seiner schweißtreibenden Mühen (zusammen mit seiner Frau) verzehren konnte.

45 Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: MEW, Bd. 40, S. 514. – Alfred Oppolzer: Entfremdung, in: HKWM, Bd. 3, Berlin-Hamburg 1997; Sebastiano Ghisu: Entfremdungsdiskussion, in: Ebenda.

46 Später entdeckt Marx, dass nicht die Arbeit, sondern die *Arbeitskraft* verkauft wird. Lohn, Preis und Profit (1865), in: MEW, Bd. 16, S. 129 ff.

47 Gilles Campagnolo/Thomas Marxhausen: Gerechter Lohn, in: HKWM, Bd. 5, Hamburg 2001.

48 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit (1865), in: MEW, Bd. 16, S. 152. – Engels: Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk (1881), in: MEW, Bd. 19, S. 247-250.

49 »Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht.« 1875, MEW, Bd. 8, S. 576.

50 Karl Marx: Das Kapital, Bd. 3, in: MEW, Bd. 25, S. 828.

51 MEW, Bd. 19, S. 21.

52 Darin besteht ein gravierender Gegensatz zu kommunistischen Vorläufern, die die *Arbeitspflicht* einführen wollten. Vgl. Gerrard Winstanley: Das Gesetz der Freiheit als Entwurf oder Die Wiedereinsetzung wahrer Obrigkeit

(1651), in: Ders.: Gleichheit im Reiche der Freiheit. Sozio-philosophische Pamphlete und Traktate, hg. v. Hermann Klenner, Leipzig 1983, S. 171. – Filippo Buonarroti: Analyse der Lehre Babeufs, der vom regierenden Direktorium geächtet wurde, weil er die Wahrheit sagte (1828), in: Joachim Höppner u. Waltraud Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui. Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Bd. II: Texte, Leipzig 1975, S. 95.

53 MEW, Bd. 19, S. 21. – Die deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 32 ff.

54 »Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit, auf sachlicher Abhängigkeit gegründet, ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.« Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), in: MEW, Bd. 42, S. 91.

55 Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 529 f. – Kurt Jacobs: Destruktivkräfte, in: HKWM, Bd. 2, Hamburg 1995.

Wer nichts besitzt außer seiner Arbeit, muss sie, um nicht zu verhungern, den Eigentümern der Produktionsmittel *verkaufen*.⁴⁶ Der Stoffwechsel mit der Natur wird vom Verwertungs- und Reproduktionsbedürfnis des Kapitals bestimmt. Dabei zählt nicht der Gebrauchswert – der unvermeidlich ist, aber keineswegs treibendes Motiv und Ziel der Produktion, was uns die Werbung auch vorgaukeln mag –, sondern der Wert; es genügt nicht der Wert (Warenwerte werden auch in vorkapitalistischen Produktionsweisen produziert), sondern es geht um den Mehrwert alias Profit, Zins, Grundrente usw.

Ich verzichte auf den ohnehin misslingenden Versuch, das »Kapital« zu resümieren. Der springende Punkt ist, dass die Lohnarbeit *selbst* die Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse produziert und reproduziert, die kapitalistische Produktionsweise ihre Entstehung und Entfaltung *wesentlich* wie *letztlich* (»in letzter Instanz«) der Gier nach und dem Zwang zur Aneignung von unbezahlter Mehrarbeit durch die Kapitalistenklasse verdankt.

Auch ohne theoretische Schulung ist den Arbeitenden klar, dass der Kapitalreichtum die Frucht ihrer Arbeit ist. Da das Lohnarbeitsverhältnis in die juristische Form des Arbeitsvertrags gekleidet ist, nach dem alle geleistete Arbeitszeit entlohnt wird – also die Mehrarbeit als Quelle des Mehrwerts unsichtbar bleibt –, liegt es seitens der Arbeiter nahe, zwecks Sicherung eines angemessenen Anteils am Produkt einen »gerechten« Lohn zu fordern.⁴⁷ Dem setzen Marx und Engels entgegen, »Lohngerechtigkeit« ist, ohne das Problem der (Selbst-)Enteignung der Proletarier lösen zu können, in dieser befangen. »Statt des konservativen Mottos: ›Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!‹ sollte die Arbeiterklasse »auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ›Nieder mit dem Lohnsystem!‹«⁴⁸

Folglich ist für Marx der Schlüssel zur Aufhebung des auf der Arbeit liegenden Fluchs die Beseitigung des Kapitalismus.⁴⁹ Erst im Kommunismus kann die Arbeit Mittel zur *Selbstverwirklichung* des Menschen sein. Sie wird nicht zum Spiel, sie bleibt ein »Reich der Notwendigkeit«, nur dass »der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.«⁵⁰ In der »Kritik des Gothaer Programms« (1875) geht Marx einen Schritt weiter – er begegnet dem Stigma der Arbeit mit der Projektion eines gesellschaftlichen Zustandes, in dem sie »nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis« ist.⁵¹ Dahin kommt es weder durch Agitation noch Arbeitszwang.⁵² Voraussetzung ist, und damit schließt das Alterswerk am Frühwerk an, die Aufhebung der knechtenden Arbeitsteilung und des Gegensatzes zwischen geistiger und körperlicher Arbeit.⁵³

Da Marx Privateigentum, Ausbeutung und Entfremdung der Arbeit als weltgeschichtlich *unvermeidliche* wie *notwendige* Durchgangsstufe fasst,⁵⁴ gibt es bei ihm keine Spur moralisierender Kritik. Er kämpft sein Leben lang gegen gedankenloses oder apologetisches Gerede an, wie es ist, sei nicht zu ändern. Es kann schon nicht so

bleiben wie es ist, weil der Kapitalismus »die Springquellen alles Reichtums untergräbt«:⁵⁵ »Antizipation der Zukunft – wirkliche Antizipation – findet überhaupt in der Produktion des Reichtums nur statt mit Bezug auf den Arbeiter und die Erde. Bei beiden kann durch vorzeitige Überanstrengung und Erschöpfung, durch Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgabe und Einnahme, die Zukunft *realiter* antizipiert und verwüstet werden. Bei beiden geschieht es in der kapitalistischen Produktion.«⁵⁶

Ein Wort auf den Weg

1990 sprühte ein frustrierter Mensch in Halle/Saale an eine Hauswand: »Der Feind den wir am meisten hassen ist der Unverstand der Massen«. Die Enttäuschung war nach der Anschlusswahl am 18. März, dem Tag der 48er Revolution (mehr und schlimmer noch: dem der Pariser Kommune!), verständlich. Was sagt Marx dazu?⁵⁷ »Die materialistische Lehre v. der Veränderung der Umstände u. der Erziehung vergißt, daß die Umstände v. den Menschen verändert u. der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Theile – von denen der eine über ihr erhaben ist – sondieren.«⁵⁸ Das meine ich. Ich danke für die Aufmerksamkeit!

56 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, in: MEW, Bd. 26.3, S. 303.

57 Damit sei noch eine Anregung zu einem weiteren Einstieg mit auf den Weg gegeben. Dessen Stationen könnten sein die Ideologietheorie der 1840er Jahre, der Zusammenhang Basis – Überbau, der »Fetischcharakter der Ware« (so das gleichnamige Stichwort von mir im HKWM, Bd. 4, Hamburg 1999), die Vorstellung von der Verbindung zwischen Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus (Marxismus), Lenins Konzeption der die Massen schulenden, erziehenden, aufklärenden Partei, um schließlich wieder bei dem Graffito anzukommen.

58 Karl Marx: 1) ad Feuerbach, in: MEGAÇ, IV. Abt., Bd. 3, S. 20; vgl. Thesen über Feuerbach (1845), in: MEW, Bd. 3, S. 5 f.

HEIKO HILKER

Für eine Verbesserung der politischen Informations- und Kommunikationskultur

»Wenn ein Bergsteiger den Mount Everest bezwingen will, wird er vorher zur Übung ein paar kleinere Hügel testen, das ist logisch und sieht jeder ein. Wenn plötzlich, da es keinen anderen Ausweg mehr gibt, eine Staatskanzlei besetzt werden muß, dann übt man das ebenfalls vorher, beispielsweise am Büro eines etwas dümmlich dreinblickenden Oberbürgermeisters (>Haben Sie überhaupt einen Termin?<). Das ist genauso logisch und ... Was? Nicht logisch? Wer sagt das? – Ach, die Politiker. Aber was wissen die denn schon ... Was wissen Politiker über die Gefühle von bei minus 20 Grad auf einer Mahnwache ausharrenden Schülern oder über die Lebensansichten eines seinen Mercedes kostenlos zur Verfügung stellenden Taxifahrers? Was ahnen sie von den Beweggründen einiger Studenten, während der Hauptvorlesungszeit durch die Hörsäle zu ziehen, um die Kommilitonen von der Bank weg zur DT64-Demo zu scheuchen, oder vom Trotz einiger Rentnerinnen, die die Musik zwar nicht so toll finden, aber, >da im Osten ja schließlich nicht alles plattgemacht werden kann<, ihre Unterschrift auf die Liste setzen? Nichts! Nichts wußten und wissen Politiker darüber, warum unzählige Menschen plötzlich, nur wegen eines Radioprogramms, sich noch einmal ihrer 89er Tugenden bewußt wurden und für kurze Zeit aus ihrer Lethargie erwachten. Allein schon deshalb ist es angebracht, den Versuch eines Rückblickes aus Hörersicht zu wagen und zu beschreiben, wie aus dem Jugendradio eine >Jugendbewegung< entstand. Und wenn jemand nach der Lektüre der folgenden Seiten immer noch glaubt, daß man, nur auf die Überzeugungskraft des sachlichen Arguments hoffend, in der hiesigen Demokratie etwas erreichen kann, dann hat derjenige entweder noch nie mit Politikern zu tun gehabt, oder er ist selbst – Politiker. Für die allerdings ist dieser Versuch wider die Resignation auch nicht unbedingt gedacht.«¹

Heiko Hilker – Jg. 1966,
für die PDS seit 1994
Abgeordneter des Säch-
sischen Landtags, 04/2004
– 09/2004 Vorsitzender des
Ausschusses für Wissen-
schaft und Hochschule,
Kultur und Medien des
Landtages, seit 1997
Mitglied des MDR-Rund-
funkrates.

1 Andreas Ulrich, Jörg
Wagner (Hrsg.): DT64 – Das
Buch zum Jugendradio
1964 – 1993, S. 166 f.

So schrieben wir, Thomas Müller, Pit Plicka und ich damals vor nunmehr 14 Jahren. Nachzulesen im Buch »DT64 – Das Buch zum Jugendradio«, herausgegeben von Andreas Ulrich und Jörg Wagner, erschienen im Thom-Verlag.

Mit DT64 begann mein Einstieg in die bundesdeutsche Politik. Ich wollte etwas erhalten, einen Sender, der mir viel gab in der Wendezeit. Halt, Orientierung. Und mir ging es nicht als Einzigem so. Eine Millionen Menschen, Jüngere und Ältere, Ostdeutsche und Westdeutsche hörten das Programm. Doch plötzlich wurde ich, damals 25 Jahre alt, als Ewiggestriger bezeichnet. Plötzlich wurde mir vor-

geworfen, dass ich die DDR innerhalb Deutschlands aufrechterhalten wollte.

Wir sammelten Unterschriften, über 300 000. Wir organisierten Diskussionsrunden, mit bis zu 500 Teilnehmern. Wir sprachen mit den Landespolitikern. Wir sprachen mit Bundespolitikern. Wir sprachen auf Pressekonferenzen in Bonn und in Berlin. Prominente Politiker wie auch Künstler unterstützten unseren Aufruf zum Erhalt von DT64. Wir organisierten Demonstrationen, mit 10 000 Teilnehmern – die größten im Jahre 1991. Wir standen bei Mahnwachen, einmal über 6 Wochen, Tag und Nacht, bis zum Neujahrstag.

Ja – wir machten einen Crash-Kurs in der bundesdeutschen Politik. Wir erlebten die bundesdeutsche Politik, merkten, dass wir im Polit-Spiel benutzt wurden, dass wir nicht viel zählten, dass es vielen Politikern nur um die Nachricht ging, in der möglichst sie vorkamen. Das war 1991. Damals gab es noch kein Internet. Damals gab es nicht so viele Radiosender und Radioprogramme wie heute.

Danach engagierte ich mich in der Jugendarbeit. Ich baute mit anderen zusammen ein Jugendmedienzentrum auf. Mit wenig Geld und viel Enthusiasmus. Wir machten Medienarbeit im Schul- und Freizeitbereich, boten Kurse für Radio, Foto, Zeitung, Video und auch Internet an. 15 Stellen hatten wir, unsere Angebote waren gefragt. Doch dann begannen die Kürzungsrunden. Aus den 15 Stellen wurden immer weniger. Als es 1997 nur noch drei waren, stellten wir die Arbeit ein. Der Sinn, der Ansatz unserer Arbeit wurde nie infrage gestellt. Doch wir sollten verstehen: das Geld wurde knapper und so seien Kürzungen unumgänglich. Nun, 10 Jahre später, wird Medienarbeit wieder gefordert und gefördert.

1994 wurde ich von der PDS gefragt, ob ich als Parteiloser für den Landtag kandidieren würde. Ich sagte nicht nein. Eine Fünf-Jahres-ABM mit hohem Sachkostenzuschuss, kostenlosem Büro sowie Mitarbeiterin und der Pflicht der Regierung, mir antworten zu müssen, konnte ich nicht ablehnen. Ich wollte zeigen, dass eine andere Politik möglich ist. Ich hatte das Ziel, Außerparlamentarisches, ja, das Leben ins Parlament zu tragen. Und musste schnell feststellen, dass dies nicht einfach ist und schon an Formfragen wie der Haarfarbe scheitern kann.

Und nun könnte ich erzählen, dass ich glaubte, nur die Parlamentarische Debatte wäre eine Inszenierung und dass ich annahm, in den Ausschüssen wäre Sacharbeit möglich, dass ich annahm, im direkten Gespräch würde das bessere Argument zählen, was ich alles im Hintergrund versuchte, um Sinnvolles umzusetzen, was abgelehnt wurde und dann nur ein, zwei, drei Jahre später doch umgesetzt wurde.

Es wäre eine Geschichte des Beginnens, Entwickelns, Scheiterns und späteren Rechtsbekommens – immer wieder.

Ein Problem Deutschlands sind die politischen Akteure. Sie denken zu klein, zu kleinlich, nicht in Zusammenhängen, sondern fast ausschließlich auf ihr Bild in den Medien fixiert. Fast jeder will seinen Erfolg und nimmt dafür auch den Misserfolg anderer in Kauf. Es geht ja um die Wiederwahl.

Ein Problem Deutschlands ist, wie ein großer Teil der Medien agiert. Sie suchen die schnelle Nachricht, sie suchen den Wider-

spruch, die Konfrontation. »Die Menschenwürde ist unantastbar«, so steht es im Grundgesetz. Doch in der öffentlichen Kommunikation wird sie tagtäglich angetastet. Man lese nur die BILD-Zeitung. Man höre nur auf die Worte der Politiker über politische Konkurrenten.

Ein Problem Deutschlands sind die Lobbyisten, die sich in Politik und Verwaltung festgesetzt haben und ihre eigenen Interessen oder die der Unternehmen verfolgen. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft einen bestimmten Politiker-Typus befördert und sich durch die gesellschaftliche Entwicklung zudem neue Ansprüche an Politik und Politiker entwickelt haben. Schnelle Lösungen sind gefragt.

Politik-verdrossen oder Politiker-verdrossen

Schon 1994 gab es nach einer Shell-Jugendstudie die Diskussion, ob die Jugend politikverdrossen ist. Damals sagte ich, dass Jugendliche Politiker-verdrossen und nicht Politik-verdrossen seien. Dies wurde damals durch das Engagement in einzelnen Politikfragen, in Single-Point-Bewegungen belegt.

Ich kenne viele junge Menschen, die haben sich einmal oder mehrmals engagiert und wurden in ihrem Engagement von Politikern »verschaukelt«. Zugesagte Hilfen wurden nicht gegeben, Informationen waren falsch, das Engagement wurde bewusst in eine falsche Richtung gelenkt (Schulschließung z. B.) Viele Politiker können erklären, warum etwas nicht geht, warum sie nicht handeln können. Dies ist übrigens einer der Gründe, warum die NPD in Sachsen so stark wurde. Denn während die einen redeten und nichts taten, handelten und halfen die anderen ...

Es ist nicht allein die Kommunikations- bzw. Informationskultur, sondern die politische Praxis, die den Ruf der Politiker bestimmt. Es ist die politische Praxis der Politiker, die demotiviert, aber auch motivieren könnte. Doch die Politiker agieren nicht im luftleeren Raum. Sie agieren unter dem »Druck« der Medien. Sie stehen unter dem Einfluss von Lobbyisten. Sie leben in einer Gesellschaft, in der Effektivität und Schnelligkeit in allen Bereichen immer mehr das Maß der Dinge sind.

Die politischen Akteure

Zu Beginn ihrer »Karriere« haben viele Politiker Ziele. Um diese umzusetzen, so glauben sie, müssten sie an die Macht kommen und an der Macht bleiben. Doch sehr schnell geht es dann nur noch um die Machtfrage und nicht darum, die Welt zu verändern oder gar zu verbessern, weil der Machtkampf so viele Kräfte bindet. Die meisten Politiker wollen ihren Machtbereich halten, erweitern. Da kann man sich auch über »Schweinereien« freuen, wenn sie diesem Ziel dienen. Den Politikern geht es oftmals nicht darum, gemeinsam ein Ziel zu erreichen, denn dann müsste man einen Platz im Team übernehmen, der auch Wechselbank oder zweite Mannschaft (Kreistag statt Landtag oder Bundestag) heißen könnte. Es geht darum, Konkurrenten abzuwehren, auch um seinen Lebensstandard halten zu können. Zudem, so merke ich, nimmt die »Qualität des politischen Personals« immer mehr ab. Aus meiner Erfahrung in Sachsen sage ich: Es gibt immer mehr Politiker, die können nicht diskutieren, die kennen nicht einmal die Fakten, die argumentieren rein oberflächlich,

die können ihre Vorschläge nicht begründen, die erkennen Zusammenhänge und ablaufende Prozesse nicht.

Viele Politiker sagen, dass es kaum noch Gestaltungsspielräume gibt, dass man von der Globalisierung wie auch der Wirtschaft eingeschränkt wird. Dies macht für sie vieles einfacher. Sie müssen sich nicht auseinandersetzen: mit ihrer Politik, mit der Politik ihrer Partei. Sie müssen keine Konflikte austragen. Sie müssen sich nicht positionieren, für ihre Ideen kämpfen.

Politik ist für immer mehr Politiker keine Berufung, sondern ein Beruf, den sie allerdings mehr schlecht als recht erlernt haben. Dass dies so ist, hat mit der Struktur von Parteien zu tun. Unterstützt wird der, der wenig aneckt, der, der die Meinung der Mehrheit vertritt, der, der sich oft an der Basis sehen lässt. Für Wahlen aufgestellt wird man zumeist von einem Gremium, in dem die Funktionäre entscheidenden Einfluss haben, Funktionäre, die direkt oder indirekt von der Partei oder Fraktionen bezahlt werden.

Zudem: Die Politik stellt nicht die Wahrheits- oder Kulturfrage, sondern die Macht-, also die Mehrheitsfrage.

Deshalb müsse, so sagen viele, alles darauf ausgerichtet sein, an die Macht zu kommen. Denn wenn man in der Regierung sitzt, könne man gestalten. Wenn man an der Regierung ist, kann man aber auch einiges falsch machen. Kaum einer kann einen mehr daran hindern. Aus der Opposition heraus lässt sich nur das umsetzen, von dem eine Mehrheit überzeugt wurde. Und dies ist selten unvernünftig.

Abgesehen davon, dass an der Macht zu sein noch lange nicht heißt, auch Macht zu haben: Wenn es um einen grundlegenden Wandel, um eine grundlegende Reform der Gesellschaft geht, braucht eine Partei im Parlament die Unterstützung von außen, aus der Gesellschaft heraus.

Die Medien

Das politische System hat seine eigenen Regeln. Das Mediensystem hat seine Regeln. Und die Medien bestimmen immer mehr die Funktionsweise der Politik. Nur ein Beispiel: Es ist kaum möglich, ein medial gegebenes Versprechen nicht zu halten.

Zudem sind die Medien in ihrer Berichterstattung nicht frei. Denn die Freiheit, keine Ware zu sein, haben sie nicht. Sie sollen Renditen erwirtschaften. Telekommunikationsunternehmen, branchenfremde Konzerne wie z. B. Rüstungskonzerne und Investmentfonds kaufen sich ein.

Medien, so hieß es einmal, haben eine »dienende Funktion«. Sie haben der Demokratie zu dienen. Sie sollen die öffentliche Meinungs- und Willensbildung befördern. Doch dies ist immer weniger der Fall. Einige Chefredakteure wollen Politik machen, wollen das Land verändern, wollen ihre politischen Interessen durchsetzen. So Kai Diekmann, der offen davon spricht, dass BILD politische Kampagnen fährt, schon aus diesem Grunde darf Springer nicht Pro7 und Sat.1 bekommen.

Und – die Medien sind oberflächlich, nur selten aufklärerisch. Dies trifft insbesondere auf das Fernsehen zu. Einschalten um abzuschalten lautet die Devise.

Aufklärung verlangt Recherche, Recherche kostet Geld. Wenn Geld knapp ist oder hohe Renditen zu erwirtschaften sind, leidet die Recherche, leidet der Journalismus.

Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk bietet immer weniger und macht sich immer mehr gemein. Sabine Christiansen und Friede Springer, gemeinsam, nebeneinander, auf der Tribüne des Bundestages zur Wahl von Angela Merkel, die BILD-Zeitung lesend, das hätte sich 10 Jahre früher kein Journalist erlauben können. Denn die erste Aufgabe eines Journalisten ist es, sich mit keiner Sache gemein zu machen. Die Politmagazine wurden zeitlich gekürzt. Sie bringen immer öfter »Verbrauchertipps«. Die narrativen Beiträge in den Nachrichtenensendungen nehmen zu. Letztlich geht es um Quote und Marktanteile, nicht um gesellschaftliche Relevanz und Reichweite. Es hat ja seinen Grund, warum die Polit-Talk-Show Christiansen bei der ARD in der Unterhaltung angesiedelt ist. Konflikte werden inszeniert, arrangiert. Es geht um Unterhaltung, also Streit, nicht um Aufklärung. Es hat ja seinen Grund, warum nicht Frank Plasberg mit seinem »Hart aber fair«, sondern Günter Jauch der Nachfolger werden sollte.

Lobbyismus oder Interessenausgleich

Die Lobbyisten, die Unternehmen, bestimmen immer mehr die Politik. Weil sie die Politiker wie auch Medien im Griff haben, zumindest zum Teil. Wie sonst ist es zu erklären, dass in den Regierungen von Unternehmen bezahlte Vertreter arbeiten? Wie sonst ist es zu erklären, dass Politiker mal schnell die Seite hinein in Unternehmen wechseln? Wie sonst ist es zu erklären, dass Zuarbeiten aus Konzernetagen und von Lobbyorganisationen ohne Veränderungen in Gesetzestexte übernommen werden? Wie sonst ist es zu erklären, dass vier von sechs Talk-Show-Gästen bei Sabine Christiansen zwar unterschiedlichen Parteien angehören, aber alle Botschafter der Initiative für neue soziale Marktwirtschaft sind? Wie kann es sein, dass die Lobby-Organisationen es schaffen, von ihr in Auftrag gegebene Berichte über Agenturen bei der ARD platzieren?

Politik, Medien und Lobbyismus in der Gesellschaft

Politik geschieht nicht im luftleeren Raum. Politiker agieren nicht frei für sich schwebend. Wie viele andere Menschen auch suchen sie festen Boden unter den Füßen wie auch ein gewisses Maß an Sicherheit.

Durch welche Schlagworte sind die letzten 15 Jahre mit gekennzeichnet: Privatisierung, Neoliberalismus, Globalisierung, Postkolonialismus, Abbau des Sozialstaates etc. Die kapitalistische Produktionsweise wird als für die menschliche Gesellschaft gegeben vorausgesetzt. Politiker, Journalisten und Lobbyisten sind von der Frage betroffen, wie eine Gesellschaft, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, den Widerspruch bewältigen soll, dass immer weniger Arbeitskräfte immer mehr produzieren. Damit ist fraglich, ob sie einen neuen Platz in der Gesellschaft finden, wenn sie den alten in Frage stellen und unter Umständen aufgeben müssen. Es gibt ein Streben nach Effizienz in jedem Bereich der Gesellschaft als Ganzes. Immer mehr wird auf den Prüfstand kurzzeitiger Effektivität gestellt.

Die Folgen: Verödung, Verhärtung, Verflachung, Verarmung. Das Problem: das Verschwinden des Wesens, eines Wesens mit menschlichem Antlitz. Kritik daran gefährdet die eigene Position, ja, fast die eigene Existenz.

Massenhafte Reaktion: Anpassung.

Die Maßstäbe, die die Politiker für die Gesellschaft einfordern, fallen auf sie zurück. Effektivität wird auch von der Politik verlangt, von den Politikern eingefordert. Doch Demokratie ist manchmal mühsam, dauert. Dies ist manchmal schwer zu vermitteln.

Selbstdarstellung und Vermittlung – Politische Kommunikation

Die Medienarbeit der Politiker erschöpft sich zumeist im Herkömmlichen: Presseerklärungen, Interviews, Hintergrundgespräche. Die erweiterten Möglichkeiten der neuen Medien werden kaum genutzt, neue Formate politischer Vermittlung werden nicht entwickelt. Und dies, obwohl vor allem junge Leute sich über die neuen Medien, über das Internet, über Pod- und Vodcast informieren. Man findet eine Zeitung im Internet. Man bietet ein Abbild, doch man befördert keine Kommunikation, stößt nur selten diskursive Prozesse an. Kurzweilige Formate wie ehrensenf (www.ehrensenf.de), Filme a la South Park, aufklärerische Spots sind selten zu finden. Und dies, obwohl es in den letzten Jahren genügend gute Beispiele gab. Auch die mediale Begleitung eigener Kampagnen über die neuen Medien findet nur selten medienadäquat statt. Die Chancen der neuen Medien, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu gewinnen, werden meist verschenkt, weil man sie zumeist nicht weiter mit Inhalten bedient.

Das aufklärerische sowie subversive Potenzial, dass in allen Medien jeweils steckt, wird nur selten genutzt. Festzustellen ist: Kampagnen werden nur selten als Prozess gesehen und betrieben, bei der eine Stufe der anderen folgt. Aufklärung ist nur selten das Ziel. Zumeist geht es um Verkündung der eigenen Wahrheiten. Doch sprechen nicht Fakten meist eine deutlichere Sprache als all die produzierten Zitate?

Ja, die Wahlentscheidung hängt anscheinend immer mehr von Stimmungen ab. Als, zumal kleine, Partei kann man Stimmungen kaum beeinflussen. Zumal auch große Parteien diesen Stimmungen unterworfen sind. Auch ist es wohl unmöglich, Stimmungen über einen längeren Zeitraum vorherzusagen und eine Wahlstrategie darauf aufzubauen. Es ist die Frage zu beantworten, ob eine Partei mit Ansprüchen nicht auf etwas anderes setzen muss als auf Stimmungen? Wer allein über Stimmungen eine maximale Stimmenzahl erreichen will, läuft Gefahr, sich zu allem und jedem und zudem negativ und abfällig zu äußern. Man versucht um jeden Preis, sich im Detail von anderen Parteien zu unterscheiden. Man versucht permanent, kleine Unterschiede zu kommunizieren. Dies praktizieren derzeit alle Parteien.

Zu fragen ist, ob es nicht eine andere erfolgreiche Strategie geben könnte? Wäre es nicht wichtig, die konkreten politischen Ziele für einen Zeitabschnitt zu bestimmen, zu überlegen, wie diese in konkreten, alternativen Projekten umgesetzt werden können, diese zu kommunizieren und vorhandene Stimmungen dabei zu nutzen. Dies hieße, eine politische Praxis mit ihren Problemen, Fortschritten und Rückschlägen zu kommunizieren.

Politische Kommunikation ist Mittel zum Zweck. Wenn der Zweck ist, die Gesellschaft zu verändern, muss die politische Kommunikation darauf ausgerichtet werden. Dabei sind gesellschaftliche Mehrheiten nicht immer auch gleich Wählermehrheiten. Eine Partei kann einen Mehrwert über die Stimmabgabe hinaus haben. Vor einer Wahl könnte es heißen: Macht uns stärker, dann können wir noch mehr verändern. In der Opposition oder in der Regierung.

Neue Ansätze, neue Regeln

Es gibt ein unterschiedliches Selbstverständnis darüber, was Politikerinnen und Politiker sein sollen. Die einen sehen sich als Lobbyisten einzelner Gruppen. Sie nehmen Partei. Doch wieso müssen sich Politikerinnen und Politiker mit der Sache einzelner Gruppierungen gemein machen? Wohl, um ihren Wähleranteil zu steigern. Was wird, wenn man dann doch gewählt wird und diese Interessen nicht umsetzen kann? Befördert man dann nicht Politikerverdrossenheit? Geht es nicht vielmehr darum, für einen Interessenausgleich in der Gesellschaft zu sorgen? Geht es nicht um einen öffentlich gestalteten sowie in Kriterien und Werten nachvollziehbaren Interessenausgleich? Geht es nicht darum deutlich zu machen, wer aus welchen Interessen heraus welche Ziele verfolgt, wie man aus welcher politischen Abwägung und aufgrund welcher politischen Werte zu seinem eigenen Vorschlag, zu seiner eigenen Entscheidung kommt. Indem wir öffentlich die Interessen deutlich machen, sind wir Aufklärer. Indem wir die Grundlagen unserer Entscheidung offen darlegen und diese Entscheidung auf wiederkehrenden Prinzipien beruht, sind wir klar erkennbar. So sind wir politisch hinterfragbar und bleiben politisch berechenbar.

Kurz: Für uns sollte es kein Interesse Einzelner oder einzelner Gruppen geben, das wir über das der gesamten Gesellschaft stellen. Dieser Ansatz kann auf Dauer von Gewinn sein.

Um dies deutlich zu machen: Wir stehen nicht täglich vor einer politischen Wegscheide. Es geht doch nicht tagtäglich um eine Richtungsentscheidung, um rechts oder links. Wenn jährlich 5 000 sächsische Schülerinnen und Schüler diese Schule ohne Abschluss verlassen, dann sind dies in 10 Jahren 50 000 Jugendliche. Die kosten in Zukunft die Steuerzahler eine Milliarde Euro – egal aus welcher Kasse. Wenn sich in 10 Jahren die Zahl der Jugendlichen im Knast verdoppelt hat, während sich die Zahl der Streetworker halbiert, dann gibt es da einen Zusammenhang.

Da sind Lösungen, nicht nur Erklärungen und Schuldzuweisungen gefragt.

Sicher, die Politik unterliegt eigenen Regeln. Aber auch in der Politik hat man Spielräume. Nicht alles, was möglich ist, muss man auch machen. Die deutsche Presse hat sich Regeln gegeben und den Deutschen Presserat geschaffen, um sich zu kontrollieren. Sicher, manches Mal würde man ihn sich konsequenter wünschen. Doch allein schon die öffentliche Debatte über Verstöße gegen den Presskodex macht immer wieder deutlich, dass es nicht einzige Aufgabe der Medien sein sollte, Profite zu erwirtschaften.

Und die Aufgabe von Politikern ist es nicht nur, maximale Wahlergebnisse zu erreichen. Du sollst nicht falsch Zeugnis ablegen. Was

sprache dagegen, eine solche Regel in einen Politiker-Kodex aufzunehmen. Du sollst den Menschen nicht erklären, warum etwas nicht geht, sondern darstellen, was sie tun können, damit sich etwa ändert. So eine weitere Regel für den Kodex. Du sollst gegebene Versprechen halten.

Sicher, die grundsätzlichen Probleme wären damit nicht gelöst. Die Medien blieben, wie sie sind. Die Lobbyisten säßen weiter in Fraktionen, Parteien, Ministerien. Die gesellschaftlichen Probleme, wie Armut und Ausschluss großer Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe, harrten ihrer Lösung. Doch ein Anfang wäre gemacht. Und den Anfang müssen die Politiker machen. Denn sie sind der Gesetzgeber. Sie gestalten den gesellschaftlichen Rahmen. Sie müssen den ersten Schritt machen.

Die Politiker hätten die Wahl, den Kodex zu unterschreiben und sich dann bei Verstößen auch öffentlich rügen zu lassen. Wäre dies nicht ein Anfang?

»War mehr drin? Sicher! Doch dazu wäre noch mehr Engagement nötig gewesen, vor allem im Frühjahr 1992, als erneut alles auf der Kippe stand, doch viele Leute resignierten, und jede Aktion erforderte höheren Kraftaufwand. Zu fragen ist aber auch, warum wir so wenig aktive Unterstützung von der Prominenz aus Kunst, Kultur und Politik erhielten. Wo waren sie, die sonst wehklagen über den Zerfall der Demokratie, die Resignation der Jugendlichen und ihre zunehmende Gewaltbereitschaft. Mehr als eine Unterschrift wäre sicherlich möglich gewesen. So stehen viele Wenn und Hätte im Raum, insbesondere auch die Rolle von Rockradio B betreffend, zu dessen Machern die Freundeskreise nach wie vor ein gespaltenes Verhältnis haben und die unserer Auffassung nach, auch wenn es menschlich zu verstehen war, falsche Entscheidungen trafen und treffen. Was wir Anfang 1992 schon voraussagten, ist schließlich eingetreten. Rockradio B wird durch Fritz abgelöst, und ob damit die Tradition von DT64 fortgeführt werden kann (wie man uns ja mehrmals versprach), ist wohl sehr unwahrscheinlich. War der Kampf um DT64 ein Lehrstück für die Möglichkeiten in der neuen Demokratie, wie Politiker später eifertig behaupteten? Vorzeigebispiel einer politikinteressierten und engagierten ›neuen‹ Jugend, die sich für ihre Interessen einsetzt, ohne Molotowcocktails zu basteln und bürgernahe Bundeskanzler mit Hühnerprodukten zu bewerfen? O nein, keinesfalls! Eher ein weiterer Schritt zu Resignation und Politikverdrossenheit unter einem Großteil der Jugendlichen. Denn sie mußten live miterleben, wie sich Leute ohne jedes Wissen über die wirklichen Zusammenhänge nur kraft ihres Amtes und getreu der Linie der Partei über berechnete und anerkannte Forderungen hinwegsetzten, mußten lernen, wieder zwischen den Zeilen zu lesen und zwischen Wort und Tat zu unterscheiden. Und so wollen viele von denen, die anfangs voller Enthusiasmus dabei waren, heute von politischem Engagement nichts mehr wissen und werden wohl auch kaum noch mal zu irgendeiner Wahl gehen.«²

ILSE SCHIEL, WOLFGANG SCHIEL

Mensch statt Klasse

Das Schlusskapitel des Bandes »Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick« ist so anregend, dass wir uns einer Meinungsäußerung nicht enthalten können. Dort werden die Ursachen unseres Scheiterns behandelt.¹

Wir glauben, zur Stellungnahme befugt zu sein, weil Ilse von 1950 bis Anfang 1964 und Wolfgang von 1950 bis Mitte 1952 an der Parteihochschule tätig waren. Wir befinden uns im letzten Abschnitt unseres Lebens (Ilse 82 Jahre, Wolfgang 87 Jahre) und verfügen noch über die Fähigkeit zur eigenen kritischen Rückbesinnung. Die Beiträge des Buches sind interessante Tätigkeitsberichte und für ehemalige Studenten und Lehrer ein reiches Material. Das Wertvollste in diesem Buch ist jedoch das Schlusskapitel.

Entgegen der Meinung, mit unserem Scheitern sei die Chance des Neubeginns verpasst worden (S. 261), sind wir der Auffassung, dass wir uns als Folge und Konsequenz der Niederlage von einer langen, schweren Krankheit befreien können, nämlich von der Dogmatisierung der Theorie, dem Verbot, wissenschaftlich frei zu denken, der Entartung, Verkrüppelung und Ahumanisierung der Praxis. Das alles vollzieht sich in dem historischen Moment, da die regierenden kapitalistischen Eliten rechthaberisch und arrogant die Menschheit in die globale Selbsterstörung führen. Die Chance des Neubeginns, der Reaktivierung ist längst nicht verpasst, wir befinden uns mitten darin, wenn wir es klug anstellen. Wir befinden uns in der Phase der Neubesinnung, der Neuaufstellung aller linken und fortschrittlichen Kräfte. (China, Vietnam, die sozialen progressiven Regimes Lateinamerikas und die gesamteuropäische und weltweite Linke, alle Friedenskräfte, Attac, Gewerkschaften u. a.) Einige Überlegungen zu den inhaltlichen Aussagen:

Erstens: Wir stimmen mit den Autoren überein, dass der Kern, die Quelle, der Ausgangspunkt unseres praktischen und theoretischen Scheiterns in dem Leninschen Konstrukt (1903) der Partei neuen Typus liegt. Trotz nationaler Abschwächungen war diese Partei eine undemokratische, diktatorische, ideologisch-totalitäre Kult-Organisation, in der die angebliche Wissenschaftlichkeit und der Weisheit letzter Schluss monopolartig dem Politbüro und dem Generalsekretär zugeteilt waren. Von der Mitgliedschaft wurden Gläubigkeit, Hörigkeit und Gehorsam bis zur Selbstverleugnung gefordert. Die dogmatisierte Theorie stand außerhalb jeder Kritik, sie wurde als unantastbar, für alle orientierend, alles erklärend, in einen heiligen Schrein gestellt. Diese Bedingungen bedeuteten de facto die geistig-

Ilse Schiel – Jg. 1924;
Dr. phil., Dozentin,
Rentnerin

¹ Heinz Wachowitz,
Achim Dippe und Günter
Durak: Worin wir die Ursachen
unseres Scheiterns
sehen, in: Uwe Möller,
Bernd Preußner (Hrsg.):
Die Parteihochschule der
SED – ein kritischer Rück-
blick, GNN-Verlag Schkeu-
ditz 2006, 276 Seiten,
15 €.

intellektuelle Selbstenthauptung der Bewegung. Leider erwies sich die internationale kommunistische Bewegung (mit Ausnahme Rosa Luxemburgs u. a.) als unfähig, diese Leninsche Fehlkonstruktion zu erkennen und kollektiv und für immer aus der Welt zu schaffen.

Zweitens: Aus dem oben gesagten folgt logisch eine zweite Erkenntnis: Mit unserem heutigen Erfahrungsschatz wissen wir, dass die klassenbedingte, sektiererische Enge der internationalen kommunistischen Bewegung leider nicht nur eine Kinderkrankheit war, sondern zu einer tödlichen Krankheit wurde. Das hatte eine theoretische Wurzel: Schon Marx und Engels stießen auf die Frage der Beziehung zwischen dem Allgemeinmenschlichen und dem Klassenmäßigen. Die Erhebung des Klassenmäßigen von Anfang an durch Lenin, bis kurz vor unserem staatspolitischen Ende zum Primat der Politik, zum höchsten Kriterium der Wahrheit, erwies sich als theoretisch falsch und größter Fehler in der Praxis. Als kurz vor dem Ende der Sowjetunion Gorbatschow, Jakowlew u. a. prinzipiell das Allgemeinmenschliche zum immerwährenden Übergeordneten über das Klassenmäßige stellten (und damit Marx folgten), war es für den »realen« Sozialismus bereits zu spät. Auch die Honecker-Führung war unfähig, dieses Problem zu reflektieren. Dahinter verbarg sich nichts anderes, als die Angst der Nomenklatura vor dem Verlust ihrer Macht und ihrer Privilegien. Exemplarisch für diese Haltung war Hagers dümmliche Parole, die DDR hätte einen »Tapetenwechsel« nicht nötig.

Auch wir beide haben einst als Lehrer an der Parteihochschule mit Begeisterung das Klassenmäßige als das Höchste und Allgemeinverbindlichste propagiert. Heute wissen wir: Wer hingegen das Allgemeinmenschliche zum Primat in Doktrin und Politik erhebt, der macht seine verkündete Demokratie erst glaubhaft, dem verbietet es sich beim Aufbau der neuen Gesellschaft, den Bauern die Lebensgrundlagen zu entziehen, Völkerschaften willkürlich umzusiedeln, ein Gulag-System zu errichten und die Geheimpolizei auf die eigene Bevölkerung zu hetzen, um sie total zu überwachen. Der kann auf Schauprozesse und Parteisäuberungen verzichten. Der muss nicht mit Panzern Reformbewegungen niederwalzen. Der hat es nicht nötig, die Medien gleich zu schalten, Wissenschaft, Kunst und Kultur zu gängeln, Liedermacher auszuweisen, Regimekritiker einzusperren und an der Staatsgrenze auf fliehende Bürger des eigenen Landes schießen zu lassen. Der Geschichtsverlauf hat bewiesen, dass das ständige Überordnen der Klassen- über die allgemeinmenschlichen Interessen dem Staatswesen nicht die erforderliche stabile Grundlage, die notwendige allgemeine Unterstützung und Überlebensfähigkeit verleiht. Das Implodieren der so genannten sozialistischen Länder hat das eben Festgestellte bewiesen. Eine Mehrheit war nicht bereit, den »SED-Staat« zu verteidigen. Wir hatten keinen Frühsozialismus, sondern eine kranke, verkrüppelte, ängstliche, von Misstrauen geprägte Funktionärsherrschaft. Die Niederlage bringt uns zum Erkenntnisgewinn, wie Sozialismus nicht funktionieren kann.

Drittens: Das Problem des Primats des Allgemeinmenschlichen gegenüber dem Klassenmäßigen bildet auch die Kernfrage des Gelingens, des Übergangs von der alten zu einer neuen sozialen solidarischen Ordnung. Niemand kann damit rechnen, dass, wie im Ge-

Wolfgang Schiel – Jg. 1919;
Dr. rer. mil., Oberst a. D.
der NVA, Rentner

folge des Zweiten Weltkrieges geschehen, etwa nach einem neuen Krieg, auf den eingenommenen Territorien neue Staatsordnungen installiert, oder dass die neue Macht durch bewaffneten Aufstand oder Putsch errichtet werden könnten. Nach allem, was geschehen ist, kann sich der Übergang zur neuen solidarischen Ordnung nur demokratisch oder überhaupt nicht vollziehen. Dazu braucht die neue, das Erdenleben bewahrende Bewegung die Unterstützung einer großen Mehrheit. Das kann nur im Kampf um die Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte gelingen: Recht auf Arbeit für alle, Recht auf Nahrung, Kleidung, Wohnung, Recht auf Gesundheit, Recht auf allgemeine Bildung, Recht auf sichere, bezahlbare Energieversorgung, auf sicheren, bezahlbaren Verkehr, Recht auf reine Luft, Wasser und Boden, Recht auf innere und äußere Sicherheit durch Verzicht auf imperiale, den Terrorismus fördernde Militäreinsätze im Ausland.

Diese allgemeine humanistische Solidarordnung (ihre Bezeichnung ist zweitrangig) kann nur erreicht und gesichert werden, wenn die Staatsmacht in die Hände der gewählten Vertreter der Solidarordnung übergeht. Bleiben die entscheidenden Kommandostellen der Wirtschaft, der Finanzen, der Umweltpolitik, der Energieversorgung, des Verkehrs, der inneren und äußeren Sicherheit und der Gerichtsbarkeit in den Händen der profitjagenden Finanzeliten, das gilt für die Hauptländer dieser Erde, dann ist die Selbstvernichtung allen Lebens auf unserem Planeten nicht aufzuhalten. Die Rettung menschlichen Lebens, des Lebens überhaupt, nicht die Rettung einer Klasse oder Schicht, ist die kardinale, alles übergreifende allgemeinmenschliche Aufgabe der Politik.

Eine neue Welt ist möglich und zwingend nötig. Sie lässt sich aufbauen, wenn über alle Klassenschranken hinweg, alle nichtsozialistischen, nichtkommunistischen Köpfe und Hände gewonnen werden. Für den Kampf um die Durchsetzung des Allgemeinmenschlichen lassen sich alle gewinnen, kann die breiteste Koalition formiert werden. Alle Kräfte, die eine bessere, das Erdenleben erhaltende Welt für möglich und notwendig halten, müssen ihren Verstand und ihr Herz weit öffnen. Alle politischen Kräfte – ohne Ausnahme – könnten sich in dieses Rettungswerk einreihen, wenn sie ihre Sonderinteressen den allgemeinmenschlichen Interessen anpassen, unterordnen bzw. aufgeben. Ob das gelingt?

Es gelingt unserer Meinung nach dann, wenn zwei entscheidende Hindernisse überwunden werden können:

1. die Unwissenheit der Menschen und
2. das egoistische Profitinteresse der kapitalistischen Finanzeliten.

Wenn Albert Schweitzer scheinbar ganz plausibel erklärt hat: »Das, was der ganzen Schöpfung am besten gelungen ist, ist die Dummheit der Menschen«, so meinen wir, dass die Gattung Mensch, die aus dem Tierreich nicht als kollektiver Selbstmörder hervortrat, lernfähig ist. Der Mensch ist auf das Leben, den Lebensgenuss, auf Arbeit für den Lebensunterhalt und nicht auf die Selbstvernichtung angelegt. Darum wird die Menschheit den Zugang und die Einrichtung einer Menschenordnung finden, die das Leben auf dem Planeten bewahren kann; hoffentlich noch zu Lebzeiten der jetzigen Generationen. Sonst könnten die viel späteren Generationen, dann, aber

zu spät, zu diesen Einsichten erst nach großen kontinentalen Bevölkerungs- und Umweltkatastrophen gezwungen werden, wie

- atmosphärische Erwärmung
- Erschöpfung der Energieresourcen
- Abschmelzen der Pole und Gletscher
- Vernichtung der Wälder
- Versteppung und Verwüstung ganzer Kontinente
- extreme Wetterkatastrophen
- Untergang von Ländern (Malediven) durch steigenden Meeresspiegel
- Verseuchung der Luft, der Böden, des Wassers usw.

Wenn die menschliche Lernfähigkeit schneller und wirksamer wächst als die voranschreitende Zerstörung der planetaren Lebensgrundlagen – dann könnte sich die Menschheit retten. Doch die Lernfähigkeit verläuft nicht als ein für alle gleich schneller und gleich tiefgehender Prozess. Dasjenige menschliche Tätigkeitsfeld, in der der Lernprozess am schnellsten und gründlichsten ablaufen müsste, ist die Politik. Doch dort, wo sich die Politik am Gängelband, in der Zucht von Profitinteressen befindet, leistet sie oft den größten Widerstand, gemäß den allgemeinmenschlichen Bedürfnissen und Interessen zu handeln. Von tausend möglichen sei nur ein Beispiel genannt: Aus Profitinteresse der internationalen Ölmultis darf die Erfindung des Wasserstoffantriebs von der Forschung nicht freigegeben werden, dürfen umweltfreundliche CO₂-freie Fahrzeuge auf den Straßen der Welt noch nicht fahren. Ob die regierenden Finanzeliten infolge des eingetretenen Weltzustandes lernfähig sind, ob sie den Übergang zu einer humanen, lebensrettenden Solidarordnung freiwillig mitgehen, ist höchst fraglich, aber für einzelne Personen und Gruppen nicht ausgeschlossen. Denn jeder kann begreifen, wenn die menschlichen Lebensgrundlagen auf dem Planeten zerstört werden, nützt einer Einzelperson der größte paradisische Reichtum nichts. Anders ausgedrückt: Auf dieser Erde hat sich ein über jedem materiellen Privatbesitz stehender, viel größerer Reichtum aller Menschen, ein einmaliger kollektiver Reichtum – das sind die atmosphärischen, geophysischen, geochemischen, biologischen und sozialen Lebensbedingungen für die Gattungen Mensch, Tier und Pflanze herausgebildet. Damit konnte sich das einmalige Leben vieler Völkerschaften auf allen Kontinenten mit unendlich reichen Kulturen während vieler Jahrtausende entwickeln. Dieser kollektive Reichtum unserer irdischen Lebensbedingungen ist der größte Schatz der Menschheit. Er kann und muss gerettet werden. Egal, ob wir die einzigen vernunftbegabten Lebewesen im Kosmos sind, die dank der Evolution menschliche Lebensbedingungen erhalten haben, oder nicht, unsere Dummheit der Selbstzerstörung unserer planetaren Lebensgrundlagen wäre mit irdischen Maßstäben nicht zu messen. Das Kapital hat, wie Marx und Engels zeigten, ohne die geringste Rücksichtnahme auf Mensch, Natur und Tier jeden Fleck des Erdballs, jeden Atemzug des Menschen, von seiner Wiege bis zur Bahre zum Feld der Profitjagd gemacht. Es kann, wie eine Ratte im Laufrad, niemals allein anhalten, nie allein aufgeben. Es benötigt die Hilfe von außen. Sollten deshalb die kapitalistischen Eliten weiter nach der Devise handeln »nach uns die Sintflut«, sollten sie also

nicht die menschliche Größe aufbringen, an der Rettung von Mensch und Natur mitzuwirken, dann muss sich die lebensbejahende Menschheit vom globusfeindlichen kapitalistischen Profitsystem aus purer Selbsterhaltung befreien, und zwar je früher, desto besser.

Fazit

In Theorie und Praxis der Politik muss jetzt (eigentlich schon immer) der höchstmögliche Standpunkt, die höchste Betrachtungsebene bezogen werden, und das ist nicht das Klasseninteresse, sondern das allgemeinemenschliche Interesse. Von diesem Standpunkt aus sollte, unserer Meinung nach, der zurückgelegte Weg selbstkritisch analysiert und der Weg in die Zukunft mit Ziel, Kräften, Bündnissen, Kampfmethoden und Sprachregelungen bestimmt werden, und zwar ohne die geringste Sektiererei. Im Interesse der Rettung und Erhaltung des menschlichen Lebens können wir uns nicht noch einmal erlauben, einen Irrweg zu gehen. Vom überfälligen Übergang der Politik nach Klasseninteressen zur Politik nach allgemeinemenschlichen Bedürfnissen und Interessen gewöhnen alle: die Menschen als Individuen, Klassen, Parteien, Völkerschaften, Staaten, die Tier- und Pflanzenwelt, der ganze Erdball. Die Parteien könnten die Last der Politikverdrossenheit loswerden, die Linken kämen aus ihrer sektiererischen Enge heraus und gewännen allgemeinen Zuspruch. Die konservativen Rechten verlören den Makel brutaler, menschenverachtender Egoisten und erhielten moralische Akzeptanz. Die Mehrheit der Menschen könnte sich von Lebens- und Existenzangst befreien und Lebensmut und Zukunftszuversicht gewinnen. Dieses Rettungswerk, auf der allgemeinverständlichsten Plattform und in der breitesten Koalition, ist das vordringlichste, größte und lebenswichtigste Menschheitsprojekt. Die politische Führerschaft zu seiner Verwirklichung könnte nur von jenen Kräften übernommen werden, die sich dafür unverzüglich mit der größten Klarheit, mit der überzeugendsten Sachkenntnis und mit der größten Energie und Offenherzigkeit einsetzen.

Entweder wir folgen der Devise von Marx: »Die Erde ist den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen« – oder wir sind als Gattung am Ende.

MARCUS HAWEL

Befindlichkeit im Blick

Versuch, uns und anderen Israel von »außen«
zu erklären¹

Erstarken des Antisemitismus

Seit einigen Jahren gibt es ein offensichtliches Aufleben des Antisemitismus in Europa² – und auch in der islamischen Welt. »Gekoppelt werden dabei neu-alte Erscheinungen des Antisemitismus mit den Kategorien des Antizionismus und der politischen Israelkritik, und dies sowohl von Trägern der antisemitischen Rhetorik als auch von deren Kritikern«,³ schreibt Moshe Zuckermann. Dabei vermengen viele antisemitische »Kritiker« wie auch Kritiker des Antisemitismus oft Dinge, die begrifflich-theoretisch auseinanderzuhalten sind. Die Dinge werden »im ressentimentgeladenen Affekt durcheinandergebracht.«⁴

Der Zionismus apostrophiert den Staat Israel als »Judenstaat«, der mit der Shoah des europäischen Judentums historisch und kausal verkettet ist, denn die Staatsgründung ist zumindest durch den Massenmord an den europäischen Juden beschleunigt worden, wenn nicht überhaupt erst dadurch zustande gekommen. Die Shoah ist gleichsam zur »raison d'être der nationalen jüdischen Heimstätte«⁵ geworden. Aber es gilt dennoch Judentum, Zionismus und Israel begrifflich, praktisch und lebensweltlich zu unterscheiden. Der Antisemitismus in seiner gegenwärtigen Form macht solche Unterscheidungen nicht; er äußert sich »meist im Sinne der Gleichsetzung von Juden, Zionismus und Israelis.«⁶ Zuckermann sagt: »Diese Gleichsetzung ist nicht erst in dem Moment entstanden, als der Zionismus im Nahen Osten auftrat und dort zu einem antiarabischen Moment nicht nur hochstilisiert, sondern auch verdinglicht, fetischisiert und ideologisiert wurde.«⁷ Vielmehr sei der Antisemitismus ein christliches und abendländisches Phänomen.

Warum gilt es, zwischen Judentum, Zionismus und Israel zu unterscheiden? Weil nicht alle Juden Zionisten, nicht alle Zionisten Israelis und nicht alle Israelis Juden sind. Diese Differenzierung ist notwendig, wenn man zu einer fundierten Analyse des Nahost-Konflikts kommen möchte. »Denn man kann Israel sehr wohl kritisieren, ohne gleich gegen Juden zu sein«, schreibt Zuckermann, »(man kann sogar Israels Politik und gesellschaftliche Entwicklung als Jude – gerade als Jude – kritisieren). Man kann ›Juden‹ nicht mögen und den Judenstaat Israel dennoch hoch schätzen (weil man zum Beispiel Araber noch mehr haßt als sie (oder weil man froh darüber ist, daß die Juden ihren eigenen Staat haben, statt in Deutschland zu sein – man kann also auch als Antisemit durchaus ›Zionist‹ sein, etwa weil man sich darüber freut, daß die Juden in Israel in ihrem individuel-

Marcus Hawel – Jg. 1973; Dr. phil., Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft in Hannover; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover; seit 2005 im Vorstand des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Niedersachsen e.V.; zuletzt in UTOPIE kreativ: Normalisierte Außenpolitik. Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und der Restauration des ius ad bellum in Deutschland, Heft 193 (November 2006).

1 Der Text folgt einem Vortrag, den der Autor auf der Bundesjugendkonferenz der Linkspartei am 25. 11. 2006 in Göttingen gehalten hat.

2 Siehe dazu Helga Elm-bacher: Neuer Antisemitismus in Europa – Historisch vergleichende Überlegungen, in: Antisemitismus –

len Leben bedroht werden – M. H.). Man kann auch den Zionismus hinterfragen, ohne gleich antisemitisch und sogar ohne antiisraelisch zu sein; denn es ist eine Sache, die geschichtlich realen Entwicklungsstrukturen des Zionismus zu beäugen, eine ganz andere – nach der Shoah zumal –, das nun mal in der zionistischen Ideologie eingebettete Existenzrecht Israels in Frage zu stellen.«⁸

Um das Existenzrecht Israels geht es hier nicht; es kann nicht und darf nicht zur Disposition stehen. Es geht hier um die Problematik des Zionismus. Zionismus in seinem heutigen Geltungsanspruch als »raison d'être der nationalen jüdischen Heimstätte« zu hinterfragen, scheint geboten zu sein aus einem ganz bestimmten Grund. Zuckermann schreibt: »Der Jude als Individuum ist heute nirgends auf der Welt stärker bedroht in seinem Leben als in dem Land, das ihm die endgültige Sicherheit versprochen hat. Die Frage ist, ob dieses individuelle Moment nicht auch fürs Kollektive gilt: daß nämlich die innere Logik der Politik, wie der Zionismus sie heute betreibt, zu einem regionalen Krieg führen könnte, der nicht nur Damaskus, Amman und Kairo, sondern auch Israel in Schutt und Asche legen würde.«⁹

Nicht jede Zionismuskritik beruht auf dieser Erwägung. Antizionismus geht oft einher mit Antisemitismus. Antizionistische Israelkritik erweist sich oft als verdeckter Antisemitismus. Man darf jedoch nicht grundsätzlich davon ausgehen, daß Israelkritik oder Kritik am Zionismus per se antisemitisch seien.

Deutsche Befindlichkeiten

Es gibt traditionelle, antiimperialistische Linke, die in der Intifada immer noch eine Befreiungsbewegung sehen, die man im Kampf gegen das israelische Besatzungsregime unterstützen müsse.¹⁰ Sie vertreten einen antizionistischen Standpunkt, und manche sind dann mitunter sehr schnell dabei, Israel das Existenzrecht abzuspochen.¹¹ Wer das Existenzrecht in Frage stellt, stellt sich außerhalb des Kreises der ernstzunehmenden Diskussionspartner.

Auf der anderen Seite gibt es den antideutschen Standpunkt einer unbedingten, gleichsam mechanischen Solidarität mit Israel, weil die zionistische Staatsgründung von Israel vor dem Hintergrund des Massenmords an den europäischen Juden zustande gekommen ist. Die Gründung eines palästinensischen Staates begreifen Antideutsche als ein antisemitisches und autoritäres Projekt, sowie überhaupt den Islamismus als Faschismus. Die antideutsche Zeitschrift *Bahamas* bezeichnet die Palästinenser als ein »sich im Vernichtungswahn gerierendes völkisch islamistisches Judenhasserkollektiv«.¹² Antideutsche sagen auch, Israels Militarismus sei ein notwendiger Schutz vor der weltweiten Bedrohung der Juden durch Nation und Kapital, die den Antisemitismus immer wieder hervorrufen.¹³ Es gebe gleichsam einen »ewigen Antisemitismus« und diesen auch in der arabischen Welt, der Israel als das Fremde verteufle.¹⁴

Mit diesen einseitigen Positionen tut man der israelischen Gesellschaft aber keinen Gefallen. Die diametral entgegengesetzten Positionen zwischen Antideutschen und bestimmten Traditionslinken haben Zuckermann zufolge etwas mit »deutschen Befindlichkeiten«¹⁵ zu tun, in die sich – zumal wenn es um den Nahost-Konflikt geht – allzuoft Antisemitisches einschleicht – und auch Philosemitisches,

Antizionismus – Israelkritik, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 2005, S. 50-69; Juliane Wetzel: Der schwierige Umgang mit einem Phänomen – Die EU und der Antisemitismus, in: Ebenda, S. 90-109.

3 Moshe Zuckermann: Editorial, in: Antisemitismus – Antizionismus – Israelkritik, a. a. O., S. 9.

4 Ebenda.

5 Ebenda.

6 Die Logik der Okkupation. Eine Diskussion mit dem israelischen Historiker Moshe Zuckermann, in: iz3w, Nr. 261 und in: sopus 5/2002.

7 Ebenda.

8 Moshe Zuckermann: Editorial, a. a. O., S. 9.

9 Logik der Okkupation, a. a. O.

10 Siehe z. B. Linksruck: Der Terror kommt aus Israel, in: Linksruck, Nr. 221 vom 19. Juli 2006: »Hamas und Hisbollah sind Teil dieses rechtmäßigen palästinensischen Widerstands. Wer Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit im Nahen Osten will, muß den Widerstand der Palästinenser unterstützen.«; vgl. auch: Israel und die palästinensische Befreiungsbewegung. Ursachen des Nahost-Konfliktes und Perspektiven für den Frieden, hrsgg. v. Werner Halbauer, Verein für Geschichte und Zeitgeschichte der Arbeiterbewegung e. V., Frankfurt am Main 2002; siehe auch Margarethe Berger: Palästina im Umbruch. Die palästinensische Befreiungsbewegung nach Arafat, in: Intifada – Zeitschrift für

den arabischen Widerstand, Januar 2005.

11 Vgl. Stellungnahme in eigener Sache, in: Links-ruck, Nr. 128 vom 16. 4. 2002: »Es ist eine historische Tatsache, daß Juden in der Region leben. Wir wollen das nicht rückgängig machen. Aber Israel ist ein Unterdrückerstaat. Deshalb bedeutet Anerkennung Israels zugleich Aufrechterhaltung der permanenten Kriegssituation und damit verbundener Notstandsgesetze, die eine Million israelische Palästinenser zu Bürgern zweiter Klasse herabstufen.«

12 Horst Pankow: »Kinder-mörder«. Noch einmal über Antisemitismus, Zionismus, Deutsche und Palästinenser, in: Bahamas 33/2000.

13 Vgl. Die Möglichkeit des Schlimmsten. Interview mit Gerhard Scheit über Israel-Solidarität, islamistische Rackets und Antisemitismus, in: iz3w, Nr. 263 und in: sopus 9/2002.

14 Vgl. Thomas Käpernick: Keine Stigmatisierung Israels, in: iz3w, Nr. 250 und in: sopus 1/2001.

15 Moshe Zuckermann: Editorial, a. a. O., S. 11.

16 Moshe Zuckermann: Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands, Göttingen 1998, S. 9 f.

17 Zum Begriff des Ticketdenkens siehe Max Horkheimer, Th. W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main 1969.

das man als Invertierung des Antisemitismus begreifen kann. Und beide Standpunkte polarisierten sich in Deutschland in den letzten Jahren zunehmend. Diese Befindlichkeiten verweisen auf eine Ambivalenz des Kollektivgedächtnisses im Umgang mit der Vergangenheit, der der Dialektik von Schuld und Abwehr unterliegt. Die Polarisierung der Standpunkte ist dabei das Resultat einer sekundären Verarbeitung, das heißt Entsorgung oder Verdrängung der Ambivalenz. Im Resultat ergibt sich ein striktes Freund-Feind-Denken, gleichsam eine manichäische Struktur der Wahrnehmung.

Hierzu bemerkt Zuckermann: »Die nur schwer zu fassende ›Vergangenheit‹ (...) öffnet sich (...) immer konträren Interpretationen. Im Gegensatz zu seinem fundamentalen Streben nach klarer Entscheidung sieht sich (...) das gequälte Gedächtnis des Kollektivs dem Bann der Ambivalenz ausgesetzt. Weil es aber die Koexistenz widersprüchlicher Bestandteile seines Gedächtnisses nicht auszuhalten vermag, trifft das Kollektiv eine gleichsam manichäische, ihrem Wesen nach tendenziöse Wahl: Je nach ›Bedürfnis‹, ›neutralisiert‹ es gleichsam die Ambivalenz, indem es die infolge immanenter Widersprüche des Gedächtnisses entstandene kognitive Dissonanz durch ›Auslöschung‹ bestimmter Erinnerungsteile und pointierter ›Hervorhebung‹ anderer auflöst. Hierbei durchlaufen die positiv bewahrten Erinnerungsteile einen langwierigen Prozeß der *vereinfachenden Kodifizierung*. Mit anderen Worten: Da die akkumulative Kristallisierung des Kollektivgedächtnisses (einschließlich seiner historiographischen Manifestationen) als Erzeugnis, zugleich aber auch als *wirkender* Bestandteil einer historisch gewachsenen gesellschaftlichen Praxis fungiert, sortiert, wählt und verdrängt das Gedächtnis ›unliebsame‹ – zuweilen höchst bedeutsame – Teile des Vergangenen aus dem vorherrschenden Bewußtsein des Kollektivs. Es besteht, so besehen, immer eine *notwendige* Diskrepanz zwischen der eigentlichen Vergangenheit des Kollektivs und deren bestimmten Gestaltungen im Kollektivgedächtnis. Dieser Umstand hängt zwar immer mit den wirklichen Geschehnissen dieser Vergangenheit zusammen, mag aber auch die latente, wesentlich ideologische – somit heteronome – Funktion des Selektionsaktes erfüllen und sogar entfalten. Daraus wiederum erklärt sich das Phänomen, daß das im Kollektivgedächtnis registrierte Geschehen nicht in seiner vollen Komplexität bewahrt wird, bis es sich schließlich in komfortabel zugängliche Motive der Bewußtseinsmatrix bzw. in *Kodes* verwandelt hat.«¹⁶

Die vereinsichtigten Solidarisierungsaufforderungen (für Israel und gegen Palästina / gegen Israel und für Palästina) sind solche *Kodes* oder *Tickets*¹⁷. Mit Kodes und Ticketdenken, mit projizierten und petrifizierten, das heißt verdinglichten Befindlichkeiten trägt man zur Lösung des Nahost-Konflikt nichts Konstruktives bei. Dazu muß man sich schon auf die Realität im Nahen Osten einlassen, das heißt eine Realanalyse betreiben. Alles dies setzt die Reflexion dessen voraus, durch welche Befindlichkeiten im Blick unter Umständen von Beginn an die eigene Wahrnehmung beeinflusst ist.

Zuckermann bemerkt diesbezüglich: »Dies ist an sich nicht allzu schwer nachzuvollziehen. Denn wenn Israels *raison d'être* unweigerlich an die Shoah-Erfahrung gekettet ist, dann ist das Verhältnis von Deutschen Israel gegenüber von der durch Deutsche an Juden

verbrochenen Monstrosität zwangsläufig affiziert, und zwar in einer Weise, die zum einen in eine moralisierende Überidentifikation mit ›Juden‹ und ›Israel‹ umschlagen, zum anderen sich aber auch im latenten wie offenen Ressentiment gegen die ›Dauerpräsentation der Schande‹, welche sich durch die schiere Existenz Israels zudem staatspolitisch institutionalisiert hat, verböhnen und verfestigen kann. Tabus und damit einhergehende Denkverbote auf der einen Seite und der Drang nach ›Normalisierung‹ und daraus resultierende Tabubrüche auf der anderen tun ein übriges, um das seit 1945 von vornherein belastete Verhältnis von Deutschen und Juden und *mutatis mutandis* zu Israel vollends in die Abgründe heteronomer Ideologie und ideologischer Instrumentalisierung zu stürzen.«¹⁸ Auch in Israel werde instrumentalisiert; der politischen Klasse kommen, so Zuckermann, antisemitische Ausbrüche in Europa, insbesondere in Deutschland, zu paß, um »von den eigenen repressiven Entscheidungen und Taten ideologisch abzulenken«.¹⁹

Fazit: Weil sich Israel als zionistischer »Judenstaat« versteht und die Gründung mit Auschwitz kausal zusammenhängt, wird der Nahost-Konflikt damit vermengt, obwohl die beiden Dinge getrennt voneinander zu betrachten wären.

»Unbedingte Solidarität« mit wem?

Der Blick von »außen« hat Vorteile für die Sicht, aber auch entscheidende Schwächen. Das »Außen« impliziert, man habe es mit einem neutralen, jedenfalls nicht involvierten Betrachter zu tun. Aber ein solches »Außen« gibt es gar nicht, kann es in Bezug auf den Massenmord an den Juden in zweierlei Hinsicht nicht geben. Zum einen nicht für einen Deutschen, der mithin aus der Gesellschaft der Täter kommt, auch wenn er aus einer anderen, später geborenen Generation stammt. Zum anderen nicht für irgendjemanden, weil Auschwitz die gesamte Zivilisation in Frage stellt und insofern einen universellen Charakter hat. Dennoch hat das »Außen« seine Berechtigung, denn Israel ist einerseits in der Folge von Auschwitz entstanden, andererseits muß man fähig sein, unabhängig von dieser Kausalität auf Israel schauen zu können. Aber mit welcher Befindlichkeit schauen wir von außen und neigen zu Projektionen, die die Klärung eines politischen Problems zumindest erschweren?

In der Wahrnehmungsweise eines Staates von außen neigt man dazu, oberflächlich geschlossene Entitäten als monolithische Blöcke zu konstruieren. Die Widersprüche zwischen handelnden Akteuren (zum Beispiel zwischen der Regierungspartei und der Opposition, zwischen Fundamentalisten und Gemäßigten, zwischen den subalternen Klassen und den herrschenden Eliten, zwischen religiösen und säkularen Gruppen) werden nicht gesehen, sondern zu »Israel«, »Palästina«, »Deutschland«, »USA« usw. zusammengefaßt. Nicht einmal die wichtigste Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft gelingt häufig. Statt dessen eine Inhaftnahme des heterogenen Kollektivs Gesellschaft und seine holzschnittartige Identifizierung als Staat, Pauschalisierungen *des* Juden, *des* Israeli, *des* Zionisten und Gleichsetzungen mit Judentum, Israel und Zionismus. Wie aber setzt sich eine Gesellschaft zusammen, die kollektiv für ein staatliches Handeln in Haft genommen wird? Dazu muß man den Blick diffe-

18 Moshe Zuckermann: Editorial, a. a. O., S. 10 f.

19 Ebenda., S.11.

renzierend auf die Gesellschaft richten. Der Blick von »außen« bedarf differenzierender Werkzeuge und Methodik. Ansonsten läuft er Gefahr, seinen Befindlichkeiten freien Lauf zu lassen und Vorurteile, das heißt Freund-Feind-Dichotomien zu reproduzieren. Das führt zu entpolitisierten, moralischen Ansichten, das heißt zur Entpolitisierung von Konflikten, die nur noch moralisch bewertet werden, mit einem Wort: zu verdinglichten Positionen, die für die reale Politik keine konstruktiven Lösungsansätze zu bieten haben.

Nun zu der von Antideutschen erhobenen Forderung nach einer »unbedingten«, gleichsam mechanischen Solidarität mit Israel. Solidarität mit wem? Von wem ist überhaupt die Rede? Welches Israel ist gemeint? Der differenzierte Blick auf die israelische Gesellschaft offenbart eine zutiefst heterogene Gesellschaft voller innerer Spannungen. Die Heterogenität hängt mit den verschiedenen Einwanderungswellen aus unterschiedlichen Regionen der Welt zusammen. Die israelische Gesellschaft setzt sich zusammen aus aschkenasischen (aus der westlichen Welt, vor allem aus dem osteuropäischen Raum sowie aus der angelsächsischen Welt: aus den USA, Kanada und Australien), sephardischen (aus den romanischen Ländern, vor allem aus Spanien und Italien sowie Südamerika) und orientalischen Juden sowie aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Einwanderern (von denen nach halachischem Gesetz ca. 40 Prozent nicht als Juden gelten, heute aber dazugezählt werden) und Arabern mit israelischer Staatsbürgerschaft (ca. 1,3 Mio.). Unter den Juden der unterschiedlichen Herkunft muß man noch einmal unterscheiden bezüglich des Stellenwertes ihrer Religion: Die Spannbreite bewegt sich zwischen säkularen, traditionellen, nationalreligiösen und orthodoxen bis ultraorthodoxen Juden.²⁰ Das Problem dabei ist nicht die »ethnische« Heterogenität als solche. Die entscheidenden Fragen sind: Welche Interessen und Orientierungen haben die einzelnen Gruppen in der israelischen Gesellschaft sowie am Staat, wie gehen sie miteinander und wie gehen sie mit der Erinnerung an die Shoah um?

20 Das in der angelsächsischen Welt dominierende Reformjudentum spielt in Israel keine Rolle.

Rezeption des Holocaust – Erinnerungsweisen

Die Erinnerung an den Holocaust ist weder in Deutschland noch in Israel monolithisch. Zuckermann konstatiert mindestens fünf bis sieben Holocaust-Diskurse in Israel – sie sind den einzelnen Gruppen zuzuordnen, die in Israel leben und ganz unterschiedliche Interessen haben:

Erstens: Die orientalischen Juden. Die orientalischen Juden waren Einwanderer etwa aus dem Irak, aus Marokko und Ägypten. Zuckermann zufolge bezeugen viele, daß es einen traditionellen islamischen Antisemitismus nicht gegeben hat. »Die meisten der orientalischen Juden betonen, sie hätten die besten Beziehungen zur islamischen Welt gehabt. Sie betrachten sich bis heute als arabische Juden.«²¹ Bestimmte orientalische Juden – nicht alle – fühlen sich der arabischen Welt zugehörig; sie orientieren sich denn auch nicht nach Westen, nicht einmal nach dem modernen Tel Aviv, sondern nach Kairo, jedenfalls hinsichtlich der Radiosender. Sie haben eine arabische Kultur. Viele aber hassen auch die arabische Welt und verbitten sich, als arabische Juden apostrophiert zu werden.

21 Die Logik der Okkupation, a. a. O.

Man muß wissen, so Zuckermann, »daß sich in Israel die Klassen- und die ethnische Frage überlappen, d. h. die unteren sozioökonomischen Klassen sind von orientalischen Juden bevölkert. (...) Viele der nach Israel eingewanderten (orientalischen) Juden haben in Israel eine größere Deklassierung erfahren als in ihren Ursprungsländern.«²²

Ich wiederhole noch einmal, viele orientalische Juden begreifen sich als arabische Juden! – Hier wird wieder relevant, wie wichtig Unterscheidungen sind. Haben wir es mit einem islamischen oder arabischen Antisemitismus oder mit einem Antisemitismus in der arabischen Welt zu tun? Die orientalischen Juden haben anders als die aschkenasischen und sephardischen Juden keine unmittelbare Beziehung zur Shoah; ebenso wenig die ca. 1,3 Millionen Araber mit israelischer Staatsbürgerschaft sowie die aus Rußland Eingewanderten.

Zweitens: Die säkularen zionistischen Juden. Hier geht es zunächst um den *Zionismus vor der Staatsgründung*.

Man muß wissen, daß der Zionismus ursprünglich keine Reaktion auf den Holocaust gewesen ist, sondern seinen Ursprung in Europa Mitte des 19. Jahrhunderts im Kontext des weit verbreiteten, aber noch nicht eliminatorischen Antisemitismus fand. Das Programm der Aufklärung hatte es nicht vermocht, die Integration der Juden in die bürgerliche Gesellschaft zu gewährleisten, ohne daß die Juden ihre Religion hätten verleugnen müssen.

Jacob Katz – in den Jahren 1969-72 Professor für Jüdische Sozialgeschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem – beschreibt in seinem Buch »Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft« den Versuch der jüdischen Emanzipation zwischen 1770-1870 in den europäischen Staaten, die ganz unterschiedliche Erfolge zeitigte und dort am geringsten oder am zögerlichsten vorankam, wo die Identität von Subjekt und Objekt der Befreiung stärker auseinander ging – etwa in den deutschen Ländern. Seit dem Mittelalter fristeten die Juden in Europa am Rande der Gesellschaft, in Ghettos, ein Ausnahmedasein. Zwischen 1770 und 1870, also der Zeit, in der sich der Ständestaat auflöste und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche lockerte und durch die Aufklärung sich ein geringes Maß von religiöser Toleranz verbreitete, wurde versucht, die Juden in die bürgerliche Gesellschaft als gleichberechtigte Staatsbürger zu integrieren. Die Integration wurde allerdings an die Bedingung der kulturellen Anpassung an die Dominanzgesellschaft geknüpft. Die Juden mußten mit anderen Worten zum Christentum konvertieren, wollten sie nicht mehr Bürger zweiter Klasse sein, – was tatsächlich auch viele taten, zum Beispiel Karl Marx, Heinrich Heine und Ludwig Börne. Antijüdische Vorurteile gegenüber konvertierten genauso wie gegenüber nicht-konvertierten Juden lebten ebenso fort wie ein Unbehagen konvertierter Juden, in der bürgerlichen Gesellschaft nicht wirklich integriert und angekommen zu sein. »Die Juden waren Bürger auf Probe. Aussicht auf Verbesserung ihrer Lage war der Köder, den man ihnen vor die Nase hielt, für den Fall, daß sie die Erwartungen erfüllen würden. Den Anpassungsprozeß bezeichnete man passend als bürgerliche Verbesserung, ein Ausdruck, den Christian Wilhelm Dohm in seinem Buch *Über die bürgerliche Verbesserung*

22 Ebenda.

23 Jacob Katz: Aus dem Ghetto in die bürgerliche Gesellschaft. Jüdische Emanzipation 1770-1870, Frankfurt am Main 1986, S. 212.

24 Zuvor waren andere Ausdrücke im Gebrauch, die ihrer Bedeutung nach darauf verweisen, daß es um erzwungene Assimilation, nicht um Befreiung ging, jedenfalls Subjekt und Objekt der Integration nicht zusammenfielen: »Naturalisierung«, »Régénération« (frz.), »Bürgerliche Verbesserung« (dt.). Vgl. ebenda., S. 211.

25 Vgl. ebenda., S. 215 f.

der Juden (1781) geprägt hatte, in dem er eine Reform jüdischer Gewohnheiten, Sitten und vielleicht auch der Religion sowie eine gleichzeitige Verbesserung ihres politischen Status befürwortete.«²³

In den deutschen Ländern war es selbst innerhalb der liberalen Bewegung keineswegs selbstverständlich, den Juden volle Bürgerrechte zuzusprechen. Wenn die Juden ihre Integration voranbringen wollten, mußten sie sich selbst organisieren, um ihrem Anliegen eine Stimme zu geben. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der Ausdruck »Emanzipation« erst 1828 zu einer gebräuchlichen Vokabel für die Bestrebungen nach Integration der Juden wurde.²⁴ Jacob Katz zeigt in seinem Buch auf, daß das Wort »Emanzipation«, das dem Lateinischen *emancipacio* entstammt und die *Freilassung eines Sklaven* bedeutet, Einzug in den politischen Sprachgebrauch erhielt, als irische Katholiken Ende des 18. Jahrhunderts für ihre politische und religiöse Freiheit kämpften und ihr Anliegen »katholische Emanzipation« nannten. Im Jahre 1828 führte der Kampf der irischen Katholiken um Gleichberechtigung gegenüber dem Anglikanismus zum Erfolg. Die Juden in England nahmen sich dies zum Vorbild und forderten nun ihrerseits »jüdische Emanzipation«. Von England aus verbreitete sich die Bezeichnung bis in die deutschen Länder,²⁵ wo der Widerstand trotz aufkommendem Liberalismus' gegen die volle Integration der Juden auf viel stärkere Vorbehalte stieß. Die Lage der Juden verbesserte sich wesentlich erst in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, weil sich die öffentliche Gesinnung zugunsten der Juden gewandelt hatte, wengleich von da an neue antisemitische Bewegungen aufkamen und der Antisemitismus innerhalb weniger Generationen im Massenmord an den Juden kulminierte.

Es waren aber vor diesem Massenmord unter anderem Pogrome in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts, die Ritualmordprozesse in Mitteleuropa, die Dreyfuß-Affaire in Frankreich und antisemitische Grundstimmungen allgemein, die der zionistischen Bewegung als eine Form des *romantischen Nationalismus* schon Wirkmacht verliehen. Weitere Wirkmacht erhielt der Zionismus nach dem Ersten Weltkrieg durch Wilsons Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wodurch eine Welle neuer Nationalstaatsgründungen und eine Entkolonialisierungswelle in Gang kamen. Die zionistische Bewegung konnte nunmehr ihrer Forderung nach einem eigenen jüdischen Staat einigermaßen real entgegensehen.

Warum wurde ein israelischer Staat mitten in einer arabischen Region angesiedelt? Dazu ist zunächst zu sagen, daß Judentum und arabische Kultur in gewisser Hinsicht identisch und nicht-identisch sind. Die jüdische Bevölkerung, jüdische Kultur hatte ihre Heimat bis 600 v. Chr. im Nahen Osten. Im Kampf gegen die Großmacht Babylonien verloren die Juden ihr Königreich und gingen in die babylonische Gefangenschaft; es war der Anfang einer zweieinhalbtausendjährigen Diaspora. In diesem Exil hat sich die jüdische Religion und Kultur verändert, um sich bewahren zu können. Es entstand ein politisches System der Sakralisierung zur Sicherung des Fortlebens der Religion im Exildasein. Es mußte Ersatz geschaffen werden für die verlorenen Attribute staatlicher Macht. »Die Regierung hienieden wurde sublimer, einer überirdischen Macht übertragen, die gegen jeden Angriff gefeit ist. Das nunmehr in Religionsgemeinden

organisierte Volk unterwarf sich mit eiserner Disziplin unsichtbaren Gewalten.«²⁶ Religiöse Alltagsregeln entstanden, die eine explizit jüdische Identität ausmachten und eine Assimilation erschwerten, durch die die jüdische Identität verloren gegangen wäre. »Alles, was nationale Existenz bedingt, wurde der Religion einverleibt. Sprache, Tracht, Speisesitten erhielten göttliche Weihe. Selbst geringfügige Einzelheiten des Alltags, die nichts mit Religion zu tun haben, wurden mit der Glorie des Heiligenscheins umgeben. Der Gott der Juden hatte nun sämtliche Aufgaben eines weltlichen Herrschers auszuüben. Die staatliche Souveränität wurde sakralisiert: Regierung und Gerichtsbarkeit in den Himmel verlegt, dem eine allzu irdische Wirklichkeit zugeschrieben wurde.«²⁷

Die jüdische Religion transformierte sich in der Diaspora gleichsam zu einem Kitt für den Zusammenhalt. Wenn sich heute zionistische Juden in Israel über die religiösen Sitten und Bräuche der orthodoxen Juden aufregen, dann vermutlich auch deshalb, weil aus der Sicht eines zionistischen Juden diese Bräuche und Sitten nicht mehr nötig sind, weil das Exildasein durch die Gründung des Staates Israel negiert, das heißt aufgehoben ist. Eine weitere Absonderung käme einer Verweigerungshaltung und Nicht-Anerkennung der staatlichen Autorität gleich. – Und so ist es auch: Orthodoxe Juden begreifen sich gleichsam immer noch in der Diaspora und sehen die Staatsgründung Israels als eine Blasphemie an, da der Staat gegründet wurde, bevor der Messias erschienen ist.

In der europäischen Diaspora nahm das Judentum den westlichen, christlichen Geist in sich auf und transformierte sich zu einem »aristotelischen System von Gesetzen und Bräuchen«.²⁸ Die Vertreibung aus Asien führte eben auch dazu, daß sich das Judentum von den geistigen Grundlagen Asiens entfernte. »Das Judentum in der christlichen Welt weiß vom asiatischen Kulturkreis, in dem seine Prophetie entstand, kaum noch etwas, es ist eine von der griechischen Philosophie geformte Gesetzesreligion, geistesgeschichtlich ein Teil des christlichen Kulturkreises, an dessen Wiege der sokratische Rationalismus stand.«²⁹

Der Zionismus ist das politische Programm, die über zweieinhalbtausend Jahre fortwährende jüdische Diaspora zu beenden und einen jüdischen Staat zu gründen. Zunächst war der Zionismus eine territorial bestimmte Sehnsucht *ohne* Territorium. Der jüdische Staat sollte erst in der Gegend um Jerusalem herum gegründet werden.

Der Begriff »Zionismus« entstammt dem Wort »Zion«. Mit Zion (gr.-lat.: Sion) ist ursprünglich eine im Alten Testament erwähnte vorisraelische Stadt der Jebusiter bezeichnet, die auf dem südöstlichen Hügel Jerusalems gelegen haben soll.³⁰ Zion war auch der Begriff für die Heiligtümer Jerusalems³¹ und bezog sich auch auf den nordöstlichen Hügel Jerusalems, der von König David und Salomo bebaut wurde, das heißt auf den Palast- und Tempelberg. Später umfaßte Zion die gesamte Stadt Jerusalem. Zion gilt seitdem als die auserwählte Stadt Gottes und seines Volkes – Mittelpunkt des jüdischen Glaubens und des »Gelobten Landes«. – Das Gebiet aber heißt Palästina, die Einwanderung findet auf dem Rücken der Palästinenser statt. Bis zu 800 000 Palästinenser werden in der Folge vertrieben.

26 J. Bartikwa: Das unheilige Land. Sozialgeschichte des Staates Israel, Darmstadt 1970, S. 34.

27 Ebenda.

28 Ebenda., S. 35.

29 Ebenda.

30 Vgl. Altes Testament, 2. Samuel 5,7.

31 Vgl. Jesaja 10,12.

Aber noch 1925 wurde auf dem 14. Zionistenkongreß in Wien das programmatische Ziel »Palästina als Zweinationalitätenstaat« erklärt, »in dem beide Völker ohne Vorherrschaft des einen und ohne Unterdrückung des anderen, in voller Gleichberechtigung zum Wohle des Landes arbeiten.«³²

32 Jüdisches Lexikon, Stichwort: »Araberfrage in Palästina«.

Im weiteren richtet sich der Blick auf *Zionismus als israelische Staatsideologie*.

Mit dem Holocaust wurde der Zionismus zu einer Massenbewegung von ganz besonderer Tragkraft. Das Zustandekommen der Staatsgründung am 14. Mai 1948 verdankt Israel einem Augenblick von Reue und Scham. Sechs Millionen Juden, darunter eineinhalb Millionen Kinder, sind dem antisemitischen Rassenwahn der Nationalsozialisten und zum Teil unter Duldung, passiver Hinnahme oder sogar Kollaboration westlicher Staaten zum Opfer gefallen.

Mit der Rückkehr des israelischen Staates in den Nahen Osten wird dieser von der arabischen Welt als ein westlicher Staat, gleichsam als ein Fremdkörper, das heißt als ein Vermächtnis der Kolonialmächte empfunden. Israel wird mit der christlich-westlichen Welt identifiziert. »Die Juden, die an der Nahtstelle von Europa, Asien und Afrika einen Staat erhielten, erscheinen in den Augen der asiatischen Völker als Agenten und Platzhalter der christlichen Welt.«³³ Die Feindseligkeit, die sich in drei Kriegen der arabischen Welt gegen Israel ausdrückte (1948, 1956 und 1967), ist demnach nicht einfach mit »arabischem Antisemitismus« zu erklären, wenn das Judentum in der arabischen Welt dem christlichen Kulturkreis zugeordnet wird; es wäre vielmehr eine antiwestliche und antichristliche Haltung.

33 J. Bartikwa, a. a. O., S. 38.

Israel wurde ursprünglich als sozialistischer Staat gegründet. Davon war schnell nichts mehr zu spüren. Im Kalten Krieg wurden die Gewerkschaften zerschlagen, und es erfolgte eine Orientierung zum Westen; der Staat wurde schnell kapitalistisch, das heißt eine Klassengesellschaft, die zugleich »ethnisch« heterogen überlappt ist. Die politischen Eliten rekrutierten sich aus osteuropäischen Einwanderern, die intellektuellen Eliten aus Deutschland und Frankreich stammenden Juden. Orientalische Juden kamen aus dem Jemen, Marokko und dem Irak; sie gehören bis heute keiner Elite an und bilden in Israel die Unterschicht. Ethnizität überlappt sich hier mit der Klassenzugehörigkeit.

Die Herkunft der jüdischen Einwanderer und ihr »diasporischer Habitus« waren für den Zionismus bis zum Zeitpunkt der Einwanderung der entscheidende Bezugspunkt und gleich danach eine Herausforderung: »Für den Zionismus galt es, das diasporische Dasein, das Exilleben der Juden zu negieren. Komplementär dazu sollte ›der neue Jude‹ geschaffen werden. Er sollte wehrfähig und produktiv im Sinne eines neuen Bauerntums werden, er sollte eine aufrechte Haltung an den Tag legen können und eben nicht der Gejagte, Geplagte, sich in der Zirkulationsphäre seinen Lebensunterhalt Verdienende und vor allem nicht mehr der Wehrlose sein.«³⁴

34 Vielerlei Holocaust? Teil II einer Diskussion mit dem israelischen Historiker Moshe Zuckermann, in: iz3w, Nr. 262 und in: sopus 7/2002.

Vom Exiljuden wurde erwartet, daß er seinen »Exil-Habitus« und sein »Opferdasein« ablegt, wenn er nach Israel kommt und die israelische Staatsbürgerschaft annimmt. Es gab in den 1950er Jahren die Tabuisierung des Holocausts eben auch in Israel – nicht nur in

Deutschland. Man machte Hebräisch zur offiziellen Sprache – nicht etwa Jiddisch, die Sprache des aschkenasischen Exils. »In keinem Land wurde Jiddisch (...) so verfolgt wie in der vorstaatlichen jüdischen Gemeinschaft in Palästina und im Israel der frühen Jahre nach der Staatsgründung.«³⁵

Die geschundenen Überlebenden aus den Vernichtungslagern hat man zwar aufgenommen, aber von ihnen wurde erwartet, daß sie ihre seelischen und körperlichen Blessuren nicht zeigen – also auch kein Jiddisch sprechen. So etwas entsprach nicht dem Bild des vom Zionismus proklamierten »neuen Juden«. »Und so blieben die Opfer immer nur ein Argument für Kriege, wurden aber nie Gegenstand einer Reflexion über diesen Zustand, der Menschen zu ohnmächtigen Opfern von Gewalt und Repression macht.«³⁶

Der Zionismus hat, Zuckermann zufolge, den Holocaust in ein Narrativ eingebunden: »Hier kulminieren zweitausend Jahre Verfolgungs- und Opfergeschichte im Holocaust, was durch den Zionismus mit der Gründung des israelischen Staates beantwortet wird. Die Staatsgründung ist somit – ich verwende jetzt die aus dem hebräischen übersetzte Wendung – »die Erlösung«, die Wiedererrichtung des jüdischen Volkes aus seiner Katastrophe.«³⁷

Drittens: Die orthodoxen Juden. Das Problem ergibt sich für den israelischen Staat aber nun insofern, als es große Gruppen von Juden gibt, die sich dem zionistischen Selbstverständnis des Staates verweigern. Die orthodoxen und ultraorthodoxen Juden halten das Diasporische *innerhalb* Israels aufrecht.

»Für die orthodoxen Juden oder bestimmte ultraorthodoxe Strömungen bedeutet der Holocaust (...) etwas ganz anderes (als für die zionistischen Juden – M. H.): Sie gehen von der klassischen Frage aus, wie Gott eine solche Katastrophe zulassen konnte und haben folgende Erklärung gefunden: Gott hat das jüdische Volk für zweierlei bestraft. Erstens dafür, daß es den Weg des halachischen, mithin authentischen Judentums verlassen hat und den Weg der jüdischen Aufklärung gegangen ist. Zweitens dafür, daß es den Staat Israel als eine Neugründung des alten Königreichs Israel errichtet hat, bevor der jüdische Messias angekommen ist. Der politische Zionismus und die Errichtung des Staates Israel waren demnach die schlimmstmögliche Hybris gegen Gottes Willen.«³⁸

Mit anderen Worten: Für den orthodoxen Juden ist der Zionismus der Grund des Holocaust, während für den zionistischen Juden der Holocaust der Grund ist für die israelische Staatsgründung. Beide Diskurse sind miteinander inkompatibel, werden aber in Israel ausgetragen. Es wird deshalb schwierig, von »einem« Israel zu sprechen, wenn man »allgemein« ohne weitere Differenzierung von Israel spricht. Von welchem der vielen Israels wird also gesprochen, wenn sich mit ihm »unbedingt« solidarisiert wird?

Wenn man nun in die israelische Gesellschaft schaut und differenziert – also klar ist, daß man besser nicht in einer abstrakten Weise von »dem Israel« sprechen sollte –, dann haben wir es mit unterschiedlichen Diskursen in der Erinnerung an den Holocaust, im Umgang mit der Religion, mit der zionistischen Staatsideologie und mit dem Nahostkonflikt, das heißt mit den Palästinensern zu tun. Man kann nun Kritik betreiben, indem man die jeweiligen Standpunkte

35 Moshe Zuckermann: Psychoanalyse und Politik. Ein Beitrag zur Analyse der israelischen politischen Kultur (unveröffentlichtes Manuskript).

36 Vielerlei Holocaust?, a. a. O.

37 Ebenda.

38 Ebenda. – Folglich verweigern sie dem Staate Israel seine Autorität. Die orthodoxen Juden beziehen sich statt dessen auf das Halakkah, das Gesetzessystem des traditionellen Judaismus; es wurde vom 9. bis 18. Jahrhundert praktiziert und wird bis heute vom orthodoxen Judentum aufrechterhalten; es basiert maßgeblich auf dem Babylonischen Talmud.

auf Interessen zurückführt und als »notwendig falsches Bewußtsein« angeht.

Geschichte wird immer instrumentalisiert. Das kann nicht die Frage sein, mit der wir uns auseinandersetzen. Die Frage ist: Wie wird instrumentalisiert, das heißt, was ist die Absicht der Instrumentalisierung? Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob der Holocaust vernichtet wird, um zu schlußfolgern, daß es niemals wieder Opfer geben darf – oder zur Schaffung neuer Opfer. Zuckermann schreibt: »Für eine emanzipatorische Perspektive bedeutet Erinnerung für mich folgendes: Ich will erst einmal dem Gedenkverständnis eines Walter Benjamin das Wort reden, also die Vergangenheit als katastrophische Vergangenheit begreifen und die Gründe für diese Katastrophe reflektieren sowie an die in dieser Vergangenheit untergegangenen Menschen erinnern. Aber nur wenn diese Erinnerung sich politisch in die emanzipative Richtung eines ›Nie mehr wieder soll dies passieren!‹ wendet, wenn sie sich für die Schaffung gesellschaftlicher, politischer, kultureller und ökonomischer Strukturen stark macht, die das Opfersein überflüssig machen – nur dann gedenkt man der Katastrophe im Stände ihres Katastrophischen. Für mich bedeutet Erinnerung also auch immer eine Ausrichtung auf Gegenwart und Zukunft. Erinnerung nur um der Erinnerung willen hat immer schon den affirmativen Charakter des Regressiven und des Reaktionären.«³⁹

39 Ebenda.

Der Nahost-Konflikt

Die Nahostproblematik weist eine komplizierte »konkret-reale, politisch-militärisch wirkmächtige Konstellation«⁴⁰ auf (Grundmatrix): »Israel betreibt seit Jahrzehnten ein Okkupationsregime und unterdrückt die Palästinenser, verhindert (...) deren nationale Selbstbestimmung.«⁴¹

40 Moshe Zuckermann: Editorial, a. a. O., S. 9.

41 Ebenda.

»Mögen also die einen das geschichtliche Problem darin erblicken, daß die arabische Welt sich nie mit der Gründung eines zionistischen Staates in ihrer Region abzufinden vermochte, die anderen wieder darin, daß die Staatsgründung unweigerlich mit bestimmten kolonialen Tendenzen, vor allem aber mit der Katastrophe des palästinensischen Kollektivs im prästaatlichen Palästina einhergehen mußte – fest steht allemal, daß die konkreten Auswirkungen dieser geschichtlichen Prädisposition den Dauerzustand von Repression und perennierender Leiderfahrung zeitigten, bei dem Israel macht-, gewalt- und herrschaftspolitisch objektiv die Rolle des Unterdrückers zukommt.«⁴²

42 Ebenda., S. 10.

Niemand sei gezwungen, sich mit Israel/Palästina auseinanderzusetzen. Aber wer es tut, so Zuckermann, »ist berechtigt, diese historisch unabweisbare Realität zu verurteilen. Wer es nicht tut, muß sich Rechenschaft darüber ablegen, von welchen heteronomen Motivationen er angetrieben wird.«⁴³ Man kann sich mit Israel solidarisieren, auch wenn man zunächst feststellt, daß Israel ein historisches Unrecht an den Palästinensern begangen hat. Dieses historische Unrecht resultierte aus der Shoah, was dem ganzen eine besondere Tragweite gibt – aber es bleibt dennoch ein Unrecht, dessen Auswirkungen bis heute sehr lebhaft und tödlich zu spüren sind – und die nicht einfach mit »arabischem Antisemitismus« abzufertigen sind.

43 Ebenda.

Es darf allerdings nicht daraus geschlußfolgert werden, das Unrecht müsse beseitigt werden, indem die Staatsgründung rückgängig gemacht wird. Aber in diplomatischen Verhandlungen gebietet sich für Israel und die westliche Welt eine Position der Nachgiebigkeit. Für die andere Seite (die Palästinenser) muß klar sein, und das ist mehrheitlich klar, daß das Existenzrecht Israels nicht zur Disposition steht; es ist eine unhintergehbare Prämisse für jede mögliche Lösung des Konflikts.

Lösungsansätze für den Nahost-Konflikt

Die Gründe, warum es bislang nicht zu einer Lösung gekommen ist, sind kompliziert – mit einseitigen Schuldzuweisungen kommt man nicht weiter. Für Zuckermann betreibt Israel ganz objektiv eine »brutale Okkupation«, und mit »objektiv« verweist er zugleich auf real Gegebenes und auf eine heteronome Struktur des Handelns, die sich zum einen – psychoanalytisch gesprochen – aus einer »Wiederkehr des Verdrängten«, zum anderen aber auch aus der Wechselwirkung von Aktion und Reaktion, das heißt aus Bedrohung und Vergeltung ergibt, in der immer wieder unschuldige Menschen zu neuen Opfern gemacht werden. Solange diese Kette aus Bedrohung und Vergeltung nicht unterbrochen wird, werden immer wieder neue Opfer geschaffen.

Die Bedrohung durch den islamistischen Fundamentalismus wird bei einer solchen Bewertung nicht aus dem Auge verloren: »In der aktuellen Situation muß man sich selbstverständlich mit dem Haß auf und mit der Gewalt gegen Israel auseinandersetzen. Man muß sich fragen, wie die Leute zu einem solchen notwendig falschen Bewußtsein kommen und zur Zerstörung Israels auffordern.«⁴⁴ Eine Zerstörung Israels »würde – und das dürfte auch diesen Hardlinern klar sein – nichts anderes bedeuten, als daß der gesamte Nahe Osten in Schutt und Asche gelegt wird. Wir reden hier ja von einem bis zum Hals bewaffneten Land. Es ist der Aufschrei der Geknechteten und Erniedrigten und der Beleidigten, die zu nichts anderem fähig sind, als ›die Zerstörung des Landes Israels‹ rauszukotzen. Rache ist für sie ein Lustgewinn – auch wenn im Gegenzug Ramallah, Nablus oder Jenin in Schutt und Asche gelegt werden.«⁴⁵

Und: »Wenn man im Flüchtlingslager 14-jährige sieht, die bereit sind, ihre aufblühende pubertäre Energie mittels eines Sprengsatzes umzusetzen, dann ist das doch nicht von Natur aus oder von einer Kultur aus gegeben. Leute werden in den Tod getrieben, indem sie auf den Tod getrimmt werden.«⁴⁶ Menschen werden weder als Fundamentalisten noch mit ausgeprägtem Realitätssinn geboren. Realitätssinn ist eine Frage der Erziehung und des Aufwachsens, der Sozialisierung in gesellschaftlichen Verhältnissen.

Haben Fundamentalisten keinen Realitätssinn mehr,⁴⁷ so ist doch die große Mehrheit der Palästinenser bisher nicht dem Fundamentalismus anheim gefallen – auch wenn jüngst bei demokratischen Wahlen eine fundamentalistische Partei gewonnen hat. Die Hamas ist eine islamistische Partei. »Sie pfleg(t) eine Ideologie, die sie (bisher) als fundamentale Gegner jedes Kompromisses mit Israel ausweist, und kultivier(t) dieses Image ganz bewußt. Das hindert sie aber nicht daran, pragmatisch und machtorientiert zu agieren, wenn

44 Die Logik der Okkupation, a. a. O.

45 Ebenda.

46 Ebenda.

47 Vgl. Lorenz Graitt: Massen, Mörder, Märtyrer. Zur Sozialpsychologie von Selbstmordattentaten, in: iz3w, Nr. 293 und in: sopus 6/2006.

48 Alexander Flores: Eine schwache One-Man-Show. Hintergründe der jüngsten inner-palästinensischen Auseinandersetzungen, in: iz3w, Nr. 280 und in: sopus 11/2004.

49 Jochen Müller: Wird sich die Hamas mäßigen? Sie wird es müssen!, in: iz3w, Nr. 292 und in: sopus 4/2006.

50 Anderer Ansicht ist Ilka Schröder von der Washingtoner Georgetown University. Sie meint, daß die Hamas sich nicht mäßigen können wird. – Vgl. Ilka Schröder: Wird sich die Hamas mäßigen? Sie wird es nicht wollen!, in: iz3w, Nr. 292 und in: sopus 4/2002. – Aber wenn sich die Hamas nicht mäßigen will, wird sie es dennoch müssen – oder die Regierungsgewalt spätestens mit den nächsten Wahlen verlieren; es sei denn, sie wäre auch nicht gewillt, sich an demokratische Regeln zu halten. In diesem Fall dürfte aber ein innerpalästinensischer Bürgerkrieg nicht ganz unwahrscheinlich sein.

51 Vgl. Uri Avnery: Ein stark riechender Fisch. Außenministerin Rice und die »neuen Horizonte« in Palästina, in: Freitag, Nr. 9 v. 2. März 2007: »Seitdem die Hamas an der Macht ist, haben ihre Führer verstanden, daß sie flexibler werden müssen, denn die palästinensische Bevölkerung sehnt sich nach einem Ende der Besatzung und einem Leben in Frieden. Daher hat sich die Organisation Schritt für Schritt einer Anerkennung Israels angenähert. Ihre religiöse Doktrin erlaubt ihnen nicht, dies öffentlich zu deklarieren (jüdische Fundamentalisten lassen

(ihr) das passend erscheint.«⁴⁸ Ihr bewaffneter Kampf schließt Selbstmordattentate ausdrücklich mit ein. Aufgrund ihrer Sozialarbeit – und nicht zuletzt wegen Korruption und Unfähigkeit der Fatah – aber wuchs in den letzten Jahren ihre Zustimmung in der palästinensischen Bevölkerung, obwohl es dort einen breiten Konsens gegen Selbstmordattentate gibt.

Mehr noch: Die Ergebnisse von zwei Meinungsumfragen von Al-Jazeera und einem palästinensischen Institut unmittelbar nach dem Wahlsieg der Hamas sowie Ende Februar 2006 verdeutlichen, daß die Hamas nicht wegen, sondern trotz ihres islamistischen Fundamentalismus und ihrer Radikalfeindschaft zu Israel gewählt wurde. »Demnach erwarten 94 Prozent der Palästinenser von der Hamas, daß sie die wirtschaftliche Situation verbessert und die Arbeitslosenquote senkt. 90 Prozent wollen die Korruption wirksam bekämpft sehen, 85 Prozent erwarten die Bekämpfung der Gesetzlosigkeit, das Einsammeln illegaler Waffen sowie Reformen innerhalb der PA. >Außenpolitisch< würden immerhin 51 Prozent den Staat Israel anerkennen, 54 Prozent plädieren für ein gewaltsames Vorgehen gegen Gruppen, welche die Waffenruhe brechen und 62 Prozent dafür, daß die Raketenangriffe gestoppt werden. 70 Prozent wollen, daß der Friedensprozeß mit Israel wieder aufgenommen wird, 75 Prozent, daß die Hamas ihr Ziel aufgibt, Israel zu vernichten, und 80 Prozent plädieren dafür, die Waffenruhe weiter einzuhalten.«⁴⁹ Das sind sehr eindeutige Zahlen, die klar die Behauptung der *Bahamas* widerlegen, bei den Palästinensern handle es sich um ein »sich im Vernichtungswahn gerierendes völkisch islamistisches Judenhasserkollektiv«.

Nach Ansicht des Leiters des Büros von MEMRI (The Middle East Media Research Institute), Jochen Müller, wird sich die Hamas mäßigen müssen, will sie die Regierungsgewalt nicht wieder verlieren, weil die Mehrheit der Palästinenser in ihren Erwartungen enttäuscht wird.⁵⁰ Die übergroße Mehrheit der Palästinenser hat genauso wie andere Bevölkerungen auch einen Realitätssinn; sie wollen sicher nicht, daß ihre Städte und Häuser zerstört und ihre Familien getötet werden (wenn auch in diesen Reihen das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird, dann ist das von anderer Qualität, als bei einem Antisemiten in Europa, der sein Hab und Gut nicht zu verlieren hat und um sein Leben nicht bangen muß). Die Frage ist also, ob sich die Hamas mäßigen wird, nachdem sie zur Regierungspartei geworden ist.

Im Jahre 1988 wurde Israel von den Palästinensern anerkannt. Die Hamas allerdings ignorierte bisher diese bereits geleistete Anerkennung. Aus diesem Grund – und weil sie seit ihrem Wahlsieg im März 2006 auch als Regierung von der Gewalt nicht abläßt – kam es zu einem internationalen Finanzboykott gegen die Autonomiebehörde, an dem sich auch die Arabische Liga beteiligte. Imail Hanija verzichtete auf das Amt des Ministerpräsidenten und war zu Neuwahlen bereit. Es zeichnet sich ab, daß einiges in Bewegung kommen könnte, nachdem eine Einigung zwischen Hamas und Fatah in Mekka erzielt wurde, die den innerpalästinensischen »Bruderkrieg« beendete. Zwar ist nicht unbedingt eine direkte Anerkennung Israels seitens der Hamas zu erwarten, aber eine indirekte ist bereits erfolgt,⁵¹ je-

denfalls kann man es so deuten, daß die Arabische Liga beschlossen hat, die Finanzhilfen für Palästina wieder fließen zu lassen und Hamas bereit ist, auf einer Friedenskonferenz auch mit Israel zu verhandeln.⁵² Darüber hinaus wurde im Abkommen von Mekka seitens der Hamas versichert, sie werde sämtliche von der PLO unterzeichneten Abkommen mit Israel zwar nicht anerkennen, aber respektieren. In der Praxis dürfte der Unterschied zwischen Anerkennung und Respektierung nicht allzu groß sein und auf dasselbe hinauslaufen. Die Koalitionäre der Hamas beherrschen plötzlich eine diplomatische Sprache, die sie gegenüber ihrem eigenen Lager das Gesicht wahren läßt und zugleich positive Anknüpfungspunkte für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit Israel bietet. Bildet sich mithin hier eine gemäßigte Fraktion in der Hamas heraus, die manch einer nicht für möglich gehalten hat?

Mit der Anerkennung Israels im Jahre 1988 hatten die Palästinenser 75 Prozent ihres ursprünglichen Heimatlandes aufgegeben. »Die Mindestforderungen der Palästinenser (waren): Wir wollen die anderen 25 Prozent haben, also 98 Prozent der besetzten Gebiete, so wurde es in Camp David ausgehandelt. Und für das, was wir aufgegeben haben, bekommen wir Ersatz im Kernland Israel. Alle Siedlungen werden abgebaut und die nicht abgebauten gehen in die Hoheit der Palästinenser über. Jerusalem wird im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung zur Hauptstadt beider Staaten. Es muß eine zumindest symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts geben, was de facto heißt, daß man zwischen 250 000 und 400 000 Palästinenser im Zuge der Vereinigung von Familien ins Kernland von Israel zurückkehren läßt. Die anderen werden im neuen palästinensischen Staat oder in den Ländern, in denen sie sich heute befinden, repatriert.«⁵³

Für Zuckermann wäre das nur eine Zwischenlösung; er ist der Ansicht, »daß Israel und der palästinensische Staat langfristig nur in konföderativen Strukturen existenzfähig sind (...). Israel, Palästina und (seines Erachtens – M. H.) auch Jordanien müssen zusammenkommen, um die Kernprobleme des infrastrukturellen Aufbaus der palästinensischen Gesellschaft lösen zu können.«⁵⁴ Israel und Palästina sind ineinander verschränkt; es existiert zum Beispiel eine Arbeits-Interdependenz, die vor allem die palästinensische Mittelschicht betrifft.

Auch aus anderer Warte sei einem »multiethnischen«, konföderativen Staat das Wort geredet: Lebt es sich denn wirklich besser, wenn man sich nicht mehr von den Eliten eines *anderen*, sondern nur von den *eigenen* Eliten fortan beherrschen läßt? Weisen denn nicht etwa dieselben subalternen Klassen der israelischen und palästinensischen Gesellschaft größere Gemeinsamkeiten auf als die national zusammengefaßten Klassen eines Landes? Müßten nicht überall die subalternen Klassen zueinander über nationale Grenzen hinweg größere Solidarität empfinden als gegenüber den nationalen Ausbeutern? Steht in diesem Sinne nicht für jede subalterne Klasse der Hauptfeind im eigenen Land? Der Staat mit national homogener Bevölkerung ist jedenfalls immer eine Fiktion geblieben.⁵⁵

Vernünftig wäre es, wenn sich Israelis und Palästinenser auf lange Sicht in einem »multiethnischen«, säkularen Staat zusammenfinden, gleichberechtigt, und ihr Staatsangehörigkeitsprinzip nach dem mo-

auch nicht von dem Wort: ›Deinen Nachfahren gebe ich dieses Land!‹), aber sie hat dies sehr wohl indirekt getan. Ein kleiner Schritt, aber eine große Revolution. Hamas hat sich zu einem palästinensischen Staat in den Grenze von 1967 bekannt – wohlgermerkt: nicht anstelle, sondern an der Seite Israels.«

52 Vgl. Financial Times Deutschland (online) v. 13. November 2006.

53 Logik der Okkupation, a. a. O.

54 Ebenda.

55 Vgl. Jürgen Habermas: Die Moderne als unvollendetes Projekt, Frankfurt am Main 1994, S. 165.

dernen *ius soli* ausrichten. Dies ist zunächst noch utopisch, geht nur über den Zwischenschritt der Gründung eines souveränen palästinensischen Nationalstaates. Eine Föderation wäre für die Palästinenser völlig unannehmbar, solange sie nicht als gleichberechtigte Partner anerkannt werden.

Inwieweit ein souveräner palästinensischer Staat das Problem des Fundamentalismus in seiner Gesellschaft in den Griff bekommt, wird man erst beurteilen können, wenn es einen souveränen palästinensischen Staat gibt. Aber vieles spricht dafür, daß der Fundamentalismus marginalisiert werden kann. Fundamentalismus ist kein wesentliches Problem einer Religion; er bedient sich lediglich der Religion als Legitimationsideologie. Aber nicht mal die Religion ist erforderlich; Fundamentalismus kann sich auch anderer, nichtreligiöser Geisteshaltungen bedienen und sie als Legitimationsideologien mißbrauchen. »Fundamentalismus kann nur dort erblühen, wo die Hegemonie die Leute deklassiert. Von daher ist er nur zu bekämpfen, indem man die Infrastruktur stellt, die ihn objektiv überflüssig macht.«⁵⁶ Demzufolge sind Jihad und Hamas »eine Geburt der Art und Weise, wie die Israelis den Palästinensern die Errichtung ihrer eigenen Gesellschaft ermöglichen«.

Eine Lösung im Nahen Osten kann es nicht geben, wenn den Palästinensern ihr eigener Staat verweigert wird, »und ein palästinensischer Staat mit einer Hauptstadt Ostjerusalem würde die israelische Existenz mitnichten in Frage stellen. Dagegen würde eine solche pragmatische Auflösung des Konflikts endlich Raum geben für die hüben wie drüben schwelende innergesellschaftliche Kritik, würde den Blick weg von Staatsgebieten hin auf die gesellschaftliche Verfaßtheit richten helfen. Nur auf diesem Gebiet kann den religiösen und nationalistischen Eiferern auf beiden Seiten wirkungsvoll entgegengetreten werden.«⁵⁷

Aber mit der Gründung eines palästinensischen Staates wäre die Voraussetzung für das Verschwinden des Fundamentalismus von der politischen Bühne noch nicht erbracht, wenn dieser Staat nicht zugleich mit Unterstützung im ökonomischen Sinne überlebensfähig gemacht würde. So verhindert man, daß in einem Staat, dem die ökonomische Basis fehlt und der zwangsläufig in Krisen stürzt, die Menschen auf diese fundamentalistischen Ideologien zurückgreifen.

Der Stärkere muß nachgeben und beginnen, etwas anzubieten. Diese Aufgabe kommt Israel zu. So auch die Ansicht des israelischen Reserveoffiziers Dan Tamir von Yesh-Gvul (Es gibt eine Grenze), einer Organisation israelischer Soldaten, die den Kriegsdienst in den besetzten palästinensischen Gebieten verweigern.⁵⁸ Dan Tamir ist im Sommer 2001 wegen seiner Verweigerung zu 26 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er sagt: »Als Mensch bin ich nicht bereit, Gewalt gegen unschuldige Menschen auszuüben. Zudem weiß ich, daß ich in diesem Konflikt zur stärkeren Seite gehöre. Und weil ich zur stärkeren Seite gehöre, mußte ich als erster aufhören.«⁵⁹

Seit 1982 gab es drei größere Wellen von Kriegsdienstverweigerungen in Israel. Im Krieg gegen den Libanon 1982-1984 waren es einige Hunderte. Die zweite Welle fiel in die Phase der ersten Intifada (1987-1993). Im September 2000 folgte schließlich die dritte Welle von Massenverweigerungen, die bis heute anhält und auf über

56 Logik der Okkupation, a. a. O.

57 Ebenda.

58 Yesh-Gvul gehört zur israelischen Friedensbewegung, um die es seit einigen Jahren sehr still geworden ist. Zuckermann stellt eine »Ohnmachtslethargie« fest. »Die etablierte kritische Intelligenz ist zum großen Teil verstummt, bzw. überwintert in bemerkenswerter Unreflektiertheit die sich um sie herum zutragende Katastrophe. Nur der Aufschrei einer kleinen Minorität von israelkritischen Linken ertönt in regelmäßiger Insistenz, wird aber vom Umfeld mit um so größerem Unverständnis (im besten Falle) und mit unverhohlener Feindseligkeit (im weit häufigeren) quittiert.« Moshe Zuckermann: Von israelischer Melancholie (unveröffentlichtes Manuskript).

59 Es gibt eine Grenze, Interview mit Dan Tamir, in: Prin vom 1.9.2002, ins Deutsche übersetzt von Gregor Kritidis, in: sopus 9/2002.

1 100 Kriegsdienstverweigerer angeschwollen ist – darunter Soldaten bis zum Rang eines Majors und Oberstleutnants. Offiziell wird dieses Phänomen, Dan Tamir zufolge, in Israel verschwiegen, oder die Verweigerer werden als Verrückte, Feiglinge, Fanatiker, Linke, Extremisten und Kommunisten denunziert.

Warum ist es dem israelischen Staat bisher nicht möglich gewesen, als der Stärkere in diesem Konflikt nachzugeben? Warum reagieren israelische Regierung und Militär mit so unnachgiebiger Härte? Zuckermann hat diesbezüglich einen Erklärungsansatz, der sich psychoanalytischer Begrifflichkeiten bedient. Er wendet die Kategorie der Verdrängung des Unbewußten, der Rationalisierung und der »Wiederkehr des Verdrängten« auf die politische Kultur Israels an und kommt zu dem Ergebnis, daß den herrschenden Eliten im Kontext des staatlichen Zionismus zweierlei Schuldgefühle zueigen sind. »Zum einen das Gefühl einer mit der auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragenen Staatsgründung einhergehenden Schuld; zum anderen das Gefühl einer eher vor- oder gar unbewußten Schuld, die mit der kulturellen bzw. psychologischen Negation des Diaspora-Juden im allgemeinen und der Shoah-Überlebenden im besonderen zusammenhängt.«⁶⁰

Zuckermann schreibt, es bedurfte mehrerer Jahrzehnte politischer Aufklärungsarbeit, »ehe die palästinensische Erfahrung und Wahrnehmung der zionistischen Staatsgründung als Katastrophe (*nakbah*) des palästinensischen Volkes einen ersten bescheidenen Eingang in Israels politischen Diskurs finden konnte. Über Jahre wurden die zentralen Ideologeme des zionistischen Narrativs – die Araber hätten sich dem UN-Teilungsplan von 1947 verweigert; es gebe kein palästinensisches Volk; die Palästinenser wären bloß auf die Vernichtung des zionistischen Staates aus etc. – unentwegt perpetuiert, ohne dabei auch nur die Erwägung zuzulassen, daß trotz des möglichen, wie immer auslegbaren Wahrheitskerns dieser Ideologeme es sich *real* auch um die historische Katastrophe und das leidvolle Exil des anderen Kollektivs, um die unsägliche Zerstörung ganzer Lebenswelten und den Ruin einzelmenschlicher Lebensschicksale handle.«⁶¹ Die palästinensische Leidensgeschichte sei »nahezu völlig aus der gängigen israelischen Alltagserfahrung, mehr noch aus der Sphäre des offiziellen Diskurses ausgeblendet«. Nun müsse man nicht unbedingt, wenn von gegenseitigen Feinderklärungen die Rede ist, allzu viel Verständnis für seine Feinde haben, »so scheint es, als handle es sich hier (aber) um etwas übers Feindbild, über die normale Konfliktretorik weit Hinausgehendes: um die totale Dämonisierung dessen, an dem man sich fundamental schuldig gemacht hat, mithin um die Abwendung der eigenen kaum erträglichen Schuld und ihre Projektion auf die Quelle des Schuldgefühls, die Opfer.«⁶² Das Verdrängte kehrt wieder im Symptom der Brutalität und Härte gegen die Palästinenser.

Trifft der oben erwähnte Zusammenhang von der »Wiederkehr des Verdrängten« zu, dann müßte die israelische Gesellschaft damit beginnen, das stetig Verdrängte und Wiederkehrende, das heißt ihre eigene schuldhaftige Verstrickung in der Öffentlichkeit aufzuarbeiten.

Dan Tamir sagt: »Die Verletzung der Menschenrechte muß aufhören.«⁶³ Israel müsse ein demokratischer Staat werden. »Es muß die

60 Moshe Zuckermann: Psychoanalyse und Politik, a. a. O.

61 Ebenda.

62 Ebenda.

63 Es gibt eine Grenze, a. a. O.

64 Ebenda.

Logik aufgegeben werden, einen *jüdischen* (Hervorhebung – M. H.) Staat zu errichten. In den Grenzen von 1967 gibt es ein System der Apartheid für die Nichtjuden, das aufgehoben werden muß.«⁶⁴ Nach Tamirs Ansicht haben sich sowohl der Zionismus als auch der Panarabismus längst überholt; sie sind nicht mehr zeitgemäß. Er sagt: »Was wir jetzt brauchen, ist eine neue Logik, nicht auf der Basis ›Zionismus gegen Panarabismus‹, nicht auf der Basis der nationalen oder religiösen Teilung der israelischen Gesellschaft. Im Gegenteil, wir brauchen eine Logik des friedlichen Zusammenlebens aller Bewohner Israels – Moslems, Christen, Juden, aller, die hebräisch oder arabisch sprechen, eine Logik der Koexistenz aller dieser Gemeinschaften, langfristig zusammen in einem Gemeinwesen. Früher oder später wird mehr und mehr Menschen bewußt werden, daß die Teilung und Trennung in national ›reine‹ Gruppen Konflikte und Kriege mit sich bringt.«⁶⁵

65 Ebenda.

G8 – Alternativgipfel 2007

Vom 5. – 7. Juni 2007 findet in Rostock der G8-Alternativgipfel statt.

Er bildet einen wichtigen Teil der Proteste gegen den G8-Gipfel.

Der G8-Alternativgipfel in Rostock soll zivilgesellschaftlichen Gruppen ein Forum für die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politik der G8 bieten. Dabei ist das Spektrum der Initiatoren so breit wie noch nie.

Das Bündnis reicht von Misereor und EED über Oxfam bis hin zu Attac und IL.

Damit könnte der Grundstein für eine enge Kooperation des G8- und globalisierungskritischen Lagers in der Zukunft gelegt werden.

Auf acht großen Podien werden Referenten und Referentinnen Themen wie Krieg und Globalisierung, Klimagerechtigkeit, Flucht und Migration, Ökonomisierung der Bildung, prekäre Arbeit und wachsende Armut bearbeiten und die breite Kritik an dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis verdeutlichen, das die G8 repräsentiert.

Das weitere Programm wird durch selbst organisierte Workshops gestaltet die noch bis Ende April angemeldet werden können.

Ein Anmeldeformular und alle weiteren relevanten Infos rund um den G-8-Alternativgipfel finden sich unter www.g8-alternative-summit.org

WOLFRAM ADOLPHI

Ohne UN-Charta?

Anmerkungen zu Marcus Hawels
»Befindlichkeit im Blick«

Marcus Hawel hat mit seinem Artikel »Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von ›außen‹ zu erklären«¹ eine mutige und anregende Anstrengung unternommen, einen Weg zu bahnen zum Verständnis des Nahost-Konfliktes, der nicht nur »in sich selbst« zu den langwierigsten und kompliziertesten der jüngsten Geschichte und Gegenwart gehört, sondern auch – und zwar in ungemein hohem Maße – durch von »außen« kommende oder dort wirkende Instrumentalisierungen widersprüchlichster Art aufgeladen ist.

Mein Interesse an Hawels Darstellung wuchs mit jeder Zeile, und zwar aus mehreren Gründen.

Erstens wegen der konsequenten Konzentration auf den »Befindlichkeits«-Diskurs. »Das im Kollektivgedächtnis registrierte Geschehen« – so zitiert Hawel aus den für seinen Aufsatz auch an anderer Stelle maßgebenden Auffassungen des Soziologen, Historikers und Philosophen Moshe Zuckermann – werde »nicht in seiner vollen Komplexität bewahrt«, sondern verwandele sich »in komfortabel zugängliche Motive der Bewußtseinsmatrix bzw. in *Kodes*«. Und um solche *Kodes* – fährt Hawel in eigener Diktion fort – handele es sich offensichtlich bei den »vereinseitigten Solidarisierungsaufforderungen (für Israel und gegen Palästina/gegen Israel und für Palästina)«. Womit klar sei, daß »mit Kodes (...), mit projizierten und petrifizierten, das heißt verdinglichten Befindlichkeiten« zur Lösung des Nahost-Konfliktes »nichts Konstruktives« beigetragen werden könne. Dazu müsse man »sich schon auf die Realität im Nahen Osten einlassen«, aber das wiederum setze »die Reflexion dessen voraus, durch welche Befindlichkeiten im Blick unter Umständen von Beginn an die eigene Wahrnehmung beeinflusst ist.«² Das ist ein wichtiger und interessanter Denkansatz. Mit ihm ist in treffender Weise eine der Klippen markiert, die der von »außen« Urteilende, im »Außen« Position Beziehende umschiffen muß, wenn er nicht Öl ins Feuer gießen, sondern Konfliktlösung befördern will.

Zweitens wuchs mein Interesse durch das Gefühl, dank der Streitbarkeit des Autors in einen »jungen« Diskurs hineingezogen zu werden – und das nicht nur, weil der Text einem Vortrag folgt, den Hawel auf einer *Jugend*konferenz gehalten hat (der Bundesjugendkonferenz der Linkspartei). »Junger« Diskurs als Diskurs der nächsten Generation – ich gehöre zu der der Mittfünfziger, Hawel zu der der Mittdreißiger – macht sich fest zum einen an generationstypischen Inhalten, wie er im vorliegenden Falle etwa durch die Debatte mit den »Antideutschen« geprägt ist, zum anderen aber auch daran,

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., Dipl.-Staatswissenschaftler, wiss. Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (Fraktion DIE LINKE.) und Redakteur bei UTOPIE kreativ; in der Zeitschrift zuletzt: Kaderpartei. Skizze für ein HKWM-Stichwort, Heft 193 (November 2006). Im Zusammenhang mit dem hier diskutierten Thema sei auch verwiesen auf den Aufsatz: Wohlfeile Keule und geistige Selbstverstümmelung. Zwei neue Bücher mit »linkem« Antiamerikanismusvorwurf, Heft 165/166 (Juli/August 2004).

1 Siehe im vorliegenden Heft von »UTOPIE kreativ« die Seiten Marcus Hawel: Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären, in: UTOPIE kreativ, Heft 199 (Mai 2007).

2 Ebenda, S. 432.

3 Da ich kein Nahost-Spezialist bin, sondern allgemein von der Geschichte und Theorie der internationalen Beziehungen herkomme, habe auch ich keine spezielle Literaturliste parat. Verweisen möchte ich aber insbesondere auf zwei Arbeiten, und zwar von den aus der DDR stammenden Israel-Spezialisten Angelika Timm und Johannes Glasneck. Sie sind insofern heraushebenswert, als sich in ihnen auf ganz besondere Weise das Verhältnis sowohl der alten BRD als auch der DDR als auch des vereinten Deutschland zu Israel spiegelt. Zudem vermitteln sie eine große Fülle weiterer Literaturhinweise. Es sind dies also: Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, 2. Aufl., Bonn 1994, 380 S.; und: Angelika Timm: Deutschland und Israel. Last der Vergangenheit – Herausforderung an die Zukunft, in: Heike Catrin Bala, Christian Scholz (Hrsg.): »Deutsch-jüdisches Verhältnis«? Fragen, Betrachtungen, Analysen, Essen 1997, 160 S. – In diesem Sammelband siehe im Zusammenhang mit Marcus Hawels Aufsatz u. a. auch: Detlev Claussen: Veränderte Vergangenheit. Über das Verschwinden von Auschwitz; und: Frank Stern: Philosemitismus in Deutschland. Die kulturelle Ambivalenz der Bilder von Juden.

4 Vgl. Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel, a. a. O., S. 152.

5 Vgl. Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 40 f.

6 Zur Vielschichtigkeit der

daß Zusammenhänge, die aus der Sicht der Älteren längst bedacht, erörtert und angeeignet scheinen, *natürlich* immer wieder aufs Neue bedacht und erörtert und angeeignet werden müssen. Darum ist es aus der Sicht des Älteren auf den ersten Blick zwar befremdend, auf den zweiten aber auch wieder ganz normal, daß die Literatur- und Quellenbasis recht schmal gehalten ist.³ Der Reiz der Lektüre erwächst dann daraus, zu entdecken, wo sich alte und neue Erkenntnis dennoch treffen – oder eben nicht. Beides vermag neue Produktivität zu erzeugen.

So wuchs *drittens* mein Interesse durch die Tatsache, daß Marcus Hawel in seinen Betrachtungen ganz ohne einen Verweis auf die UN-Charta auskommt. Es fehlt damit etwas, das, so glaube ich, für viele Angehörige meiner (DDR-)Generation ein Essential jeder Nahost-Betrachtung war und ist.

Dieser Satz, einmal aufgeschrieben, birgt in sich jede Menge Widersprüchliches. Denn natürlich steht die Heranziehung der UN-Charta nicht automatisch für eine höhere, bessere Qualität der Israel-Betrachtung oder gar der Israel-Politik. Die DDR selbst ist dafür ein mahndendes Beispiel. Sie hat – zum Beispiel – die berühmte UN-Resolution 242 vom 22. November 1967, mit der Israel nach dem »Sechs-Tage-Krieg« vom Juni 1967 aufgefordert wurde, seine Truppen aus den während des Krieges besetzten Gebieten zurückzuziehen, den Kriegszustand zu beenden, die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten des Nahen Ostens zu respektieren und anzuerkennen und eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen,⁴ immer und vehement unterstützt, aber zugleich nie einen Weg gefunden, aus dem Zustand des »gestörten Verhältnisses« und der »Nichtbeziehungen«⁵ mit Israel herauszufinden. Der Bezug auf die UN-Positionen wurde in diesem Falle also direkt zu einem Instrument der »vereinseitigten Solidarisierung« (Hawel) mit den Palästinensern und somit zum Hindernis für einen konstruktiven Konfliktlösungsansatz insgesamt.⁶

Aber die Vereinseitigungen in der Position eines Staates ändern nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit, sich auf die UN-Charta zu beziehen und sie immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen. Es bleibt als ein Fakt: Die Resolution 242 vom 22. November 1967 ist auch heute, 40 Jahre später, noch nicht erfüllt, und die Kriege, die den Nahen Osten immer wieder erschüttern, haben mit dieser Nichterfüllung zu tun. Einer, der darauf immer wieder und mit nicht erlahmender Intensität hinweist, ist der israelische Friedensaktivist und Publizist Uri Avnery. Im Sommer 2006 schrieb er zu den Hintergründen des damals tobenden Libanon-Krieges: »Dieser Krieg hat keinen Namen. Sogar nach 33 Kampftagen hat sich noch kein nahe liegender Name finden lassen. Die Medien nennen ihn bisher schlicht II. Libanon-Krieg. Auf diese Weise wird der Krieg im Libanon abgetrennt von dem, der parallel dazu im Gazastreifen geführt und nach dem Waffenstillstand im Norden unablässig weitergetrieben wird. Haben diese Kriege einen gemeinsamen Nenner? Sind sie vielleicht sogar ein und derselbe Krieg? Die Antwort ist mit Sicherheit Ja. Der eigentliche Name dieses Krieges ist: der Krieg für die Aufrechterhaltung der Siedlungen. Der Krieg gegen das palästinensische Volk wird betrieben, um die Siedlungsblöcke halten und weite

Teile der Westbank annektieren zu können.«⁷ Das ist die Fortsetzung der Annexion der Westbank, die schon 1967 von der UNO verurteilt wurde.

Aber zurück zum Aufsatz von Marcus Hawel. Dort ist der Blick ausdrücklich auf »Befindlichkeit« gerichtet – kann der Blick auf die UN-Charta und die auf ihr gefundenen Beschlüsse unter dieser Voraussetzung also vielleicht doch vernachlässigt werden? Es *könnte* so sein, wenn es sich bei der UN-Charta nur um ein Dokument unter vielen handelte. Aber das ist diese Charta ja eben nicht: ein Dokument unter vielen. Sie ist vielmehr die wichtigste, umfassendste Vereinbarung, die Staaten je zur Friedenssicherung und zur Verhinderung von Gewalt in den internationalen Beziehungen miteinander getroffen haben. Und außerordentlich bedeutsam ist nicht nur der Text, wie er am 26. Juni 1945 beschlossen wurde, sondern außerordentlich bedeutsam ist auch – und hier ergibt sich ein direkter Anschluß zu den »Befindlichkeiten« – seine Entstehungsgeschichte.

Diese Entstehungsgeschichte ist geprägt von den Vorgängen im Zweiten Weltkrieg, die alles bis dahin in Kriegen Erlebte weit in den Schatten stellten. Schon in den »Vor-Kriegen« Italiens in Abessinien sowie Deutschlands und Italiens in Spanien schien die neue Grausamkeit auf, die die Vernichtung der Zivilbevölkerung systematisch einschloß. Japan exekutierte genau diese Art der Kriegführung in China schon in Shanghai 1932, dann vom Sommer 1937 an auf breiter Front mit millionenfachem Morden. Exemplarisch dafür steht das Nanking-Massaker vom Dezember 1937 mit 250 000 Toten. Es folgten die Vernichtungsfeldzüge der Deutschen in Europa.

Es war die Erfahrung all dessen, die auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und der UdSSR (19. bis 30. 10. 1943) zu einer »von Präsident Roosevelt, Premierminister Churchill und Premier Stalin« unterzeichneten »Erklärung über Grausamkeiten« führte, in der es hieß: »Das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben von vielen Seiten Beweismaterial über Grausamkeiten, Massaker und kaltblütige Massenexekutionen erhalten, die von den Hitlerstreitkräften in vielen der Länder begangen worden sind (...). Die Brutalitäten der Naziherrschaft sind nichts Neues, und alle Völker oder Länder in ihrer Gewalt haben unter der schlimmsten Form der Terrorregierung gelitten. Neu ist aber, daß viele dieser Länder jetzt von den vorrückenden Heeren der befreienden Mächte wiedergewonnen werden und daß in ihrer Verzweiflung die zurückweichenden Hitleriten und Hunnen ihre unarmherzigen Grausamkeiten verdoppeln. Das wird jetzt mit besonderer Deutlichkeit durch ungeheure Verbrechen auf dem Gebiete der Sowjetunion, das von den Hitleriten befreit wird, und auf französischem und italienischem Gebiete bewiesen.«⁸

Schon zwei Jahre zuvor, in ihrer »Atlantik-Charta« vom 14. August 1941, hatten die USA und Großbritannien einige jener Grundprinzipien formuliert, die später die UN-Charta tragen sollten: »das Recht aller Völker, selbst die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen«; die Hoffnung, »daß nach der endgültigen Zerschlagung der Nazityrannei ein Frieden geschlossen wird, der allen Ländern die Möglichkeit gibt, in Sicherheit innerhalb ihrer Grenzen zu leben«; den Glauben, »daß alle Staaten der Welt aus realistischen

Gründe für das »gestörte Verhältnis« und die »einseitige Solidarisierung« siehe den Aufsatz von Angelika Timm »Deutschland und Israel. Last der Vergangenheit – Herausforderung an die Zukunft« in Gänze. Einleitend verweist die Autorin dort auf die »einzigartige Möglichkeit«, die sich für die Erforschung der Israel-Politik der DDR aus den »umfangreichen Nachlässen von DDR-Institutionen, Ministerien und Parteien« ergibt, postuliert aber zugleich, daß »nicht alle Antworten (...) den papierernen Aktenbergen zu entnehmen (sind); einzelne Fragmente lassen wohl das Gesamtbild erahnen, erst durch ihr Zusammenfügen und die Einbeziehung weiterer – ursächlich nicht mit Israel und jüdischer Problematik zusammenhängender – Faktoren wird ein gültiges Abbild der Wirklichkeit entstehen. Dabei wird durchschaubar zu machen sein, wo die Ursachen für einseitige proarabische und antiisraelische Politik des ostdeutschen Staates lagen, wie und warum politische Entscheidungen getroffen wurden, und wieso in der DDR und bei ihren Bürgern Fehlsichten, Irrtümer und Zerrbilder zustande kamen, die durch innergesellschaftliche – auch oppositionelle – Kräfte kaum Korrekturen erfahren. Pauschalisierende Be- oder Verurteilungen sind wenig hilfreich. Das komplizierte Verhältnis der DDR zu Israel bedarf vielmehr konkreter Untersuchungen und einer differenzierten Wertung. Vielleicht kann aufgearbeitete Erfahrung hilfreich sein, ähnlichen politischen oder geistigen Verirrungen in der Zukunft zu begegnen.« Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 40 f. 7 Uri Avnery: Das

155. Opfer, in: Das Blättchen, Berlin, Nr. 18/2006 v. 4. Sept. 2006.

8 Zitiert nach: Handbuch der Verträge 1871-1964, hrsgg. von Helmuth Stoecker unter Mitarbeit von Adolf Rüger, Berlin (DDR) 1968, S. 329.

9 Zitiert nach: Ebenda, S. 319.

10 Zitiert nach: Ebenda, S. 359 f.

11 Angelika Timm: Deutschland und Israel, a. a. O., S. 35.

12 Nur ein paar wenige Zitate zur Erinnerung: Über die Grundzüge des »Generalplanes Ost« referierte der »Reichsführer SS« Heinrich Himmler am 16. September 1942 vor SS- und Polizeiführern in der Feldkommandostelle Hegewald unter anderem mit den Worten: »Die Gesamtlinie ist absolut die: Wir haben diesem Volk

wie aus ideellen Gründen dazu gelangen müssen, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten«, und daß Staaten »entwaffnet« werden müssen, »die mit Angriffen jenseits ihrer Grenzen drohen oder drohen können«.⁹

Über die Konferenzen von Kairo (22. bis 26. 11. 1943), Teheran (28. 11. bis 1. 12. 1943) und Jalta (4. bis 11. 2. 1945) wurde die UN-Charta schließlich zu jenem Dokument entwickelt, das am 26. Juni 1945 unterzeichnet wurde und zum obersten Ziel aller Mitglieder der UNO erklärt, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu ergreifen, um Bedrohungen des Friedens vorzubeugen und zu beseitigen und Angriffshandlungen oder andere Friedensbrüche zu unterdrücken sowie durch friedliche Mittel und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechtes die Schlichtung oder Regelung internationaler Streitigkeiten oder von Situationen, die zu einem Bruch des Friedens führen könnten, herbeizuführen.« Und sie legt fest: »Alle Mitglieder der Organisation enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltandrohung, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.«¹⁰

Was hat das alles mit dem Nahost-Konflikt und mit Israel zu tun? Dieser Konflikt in seinen vielfältigen Dimensionen und Verästelungen ist doch – wie das Beispiel der Politik der DDR geradezu exemplarisch zeigt – ein Musterbeispiel dafür, daß eine friedliche Lösung nicht dadurch herbeigeführt werden kann, daß man die UN-Charta hochhält und sonst gar nichts. Aber er ist zugleich ein Musterbeispiel auch für die Untauglichkeit der gegenteiligen Auffassung: Auch ohne die UN-Charta geht nichts in Richtung Friedenssicherung, und es bringt auch keine Lösung, wenn man die UN-Charta durch »besondere Verantwortung«, »besondere Verhältnisse« oder »besondere Beziehungen« ersetzt oder das eine gegen das andere ausspielt.

Das gerade ist ja das Besondere an der UN-Charta: daß sie aus einer *universellen* Erfahrung mit Tyrannei und Grausamkeit heraus *universelle* Prinzipien aufgerichtet hat.

Nun ist, kommen wir auf das Verhältnis Deutschlands zu Israel zurück, völlig unbestritten, daß dieses Verhältnis ein besonderes, ein einzigartiges ist. »Diese Spezifik«, schreibt Angelika Timm, »hat ihre Ursachen in deutscher Politik, in dem von Deutschen (Hervorhebungen i. O.) verantworteten und industriemäßig durchgeführten Massenmord am europäischen Judentum.« Nach Auschwitz »liegt die Shoah als Schatten über der offiziellen Politik.«¹¹ Und die »Nichtbeziehungen« der DDR zu Israel haben eine Menge damit zu tun, daß die DDR es nicht vermocht hat – aus welchen inneren und internationalen Gründen auch immer –, die – zweifellos unerhört komplizierte – Verbindung herzustellen zwischen der UN-Charta auf der einen und dem besonderen Verhältnis Deutschlands zu Israel auf der anderen Seite.

Diese komplizierte Verbindung indes ist auch heute noch nicht so geknüpft, daß daraus die Kraft erwüchse, Entscheidendes zur Lösung des Nahost-Konfliktes beizutragen.

Es muß daher, glaube ich, die Frage erlaubt sein, ob mit der Benennung und historisch unzweifelhaften Herleitung eines besonde-

ren Verhältnisses schon das Nötige getan ist. Und hier – noch einmal – will ich auf den Erfahrungshintergrund zurückkommen, der zur Entstehung der *universell* gültigen UN-Charta geführt hat. Es wurde das Recht zur Androhung oder Anwendung von Gewalt durch einen einzelnen Staat oder eine Staatengruppe *universell* ausgeschlossen und *nicht* danach gefragt, ob *besondere* historische Erfahrungen einen Ausnahmegrund bilden.

Wäre das *nicht* so gehandhabt worden, hätte seit 1945 zweifellos eine Fülle von anderen Sondertatbeständen geltend gemacht werden können. Es sei hier von diesen, die – wie weiter oben bereits angedeutet – auch das chinesisch-japanische oder das koreanisch-japanische Verhältnis betreffen könnten, nur einer herausgehoben: der Vernichtungskrieg der Deutschen gegen die slawischen Völker. Die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und schließlich die Sowjetunion mußten auf ganz besondere Weise erfahren, was das bedeutet: Vernichtungskrieg. Und nicht nur der millionenfache Mord an der Zivilbevölkerung und die Auslöschung der Intelligenz waren Programm, sondern auch die dauerhafte, auf Generationen hin angelegte Unterjochung der Überlebenden.¹²

Aber all dies schuf – zum Glück für die Nachkriegsentwicklung – *keine* Sonderrechte für die Sowjetunion oder andere vom Vernichtungskrieg betroffene Staaten.

Nun mag man einwenden, daß die Sowjetunion in ihren Beziehungen zu den von ihr befreiten Staaten durchaus ein *Sonderregime* errichtete. Dies aber hat nichts mit der UN-Charta selbst zu tun, sondern mit dem Umgang mit ihr, und die Kritik an diesem Umgang darf selbstverständlich bei der Sowjetunion nicht stehen bleiben, sondern muß die USA und das westliche Bündnis ebenso einschließen. Mit dem Kalten Krieg zwischen den Blöcken wurde die UN-Charta unentwegt in Frage gestellt – und diente doch zugleich immer wieder auch als ein Instrument der gegenseitigen Zügelung und des Interessenausgleichs. Auch der Zusammenbruch des Realsozialismus im Jahre 1989 hatte für die UN-Charta eine doppelte, widersprüchliche Wirkung: Zum einen gewann sie an Geltungskraft, denn die bis dahin zum sowjetischen Dominium gehörenden Staaten erlangten ihre volle Souveränität, ehemalige Sowjetrepubliken wurden selbständig, und auch in Jugoslawien und der Tschechoslowakei bildeten sich aus föderalen Republiken neue selbständige Staaten – und zum anderen degenerierte sie immer mehr zum Instrument der Politik der »einigen verbliebenen Weltmacht«, der USA.

In diesem Spannungsfeld befindet sich die UN-Charta heute noch, und der Nahe Osten ist zu einem der entscheidenden Brennpunkte dafür geworden, ob sie überhaupt noch eine Chance hat in einer Welt, in der die USA mit dem »Krieg gegen den Terror« etwas in Gang gesetzt haben, mit dem die UN-Charta unentwegt verletzt und in Frage gestellt wird.

Der Staat Israel ist wie kaum ein anderer Staat dieser Welt ein Kind der UNO. Die UN-Resolution 181 (II) vom 29. November 1947 schuf die völkerrechtlichen Grundlagen für die Gründung und internationale Anerkennung des Staates. Und sie schuf auch – was immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden muß – die Grundlagen für die Schaffung eines unabhängigen Staates der Palästinenser.¹³

keine Kultur zu bringen. Ich kann Ihnen wörtlich nur das wiederholen, was der Führer wünscht. Es genügt, 1. wenn die Kinder in der Schule die Verkehrszeichen lernen, damit sie uns nicht in die Autos laufen, 2. wenn sie das kleine Einmaleins bis 25 lernen, damit sie so weit zählen können und 3. wenn sie noch ihren Namen schreiben können; mehr ist nicht nötig.« Alfred Rosenberg, »Reichsminister für die besetzten Ostgebiete«, formulierte im September 1941 Richtlinien für die »Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten«, in denen es hieß: »Die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, die sich mit der Verwaltung eines durch eine fremde Kriegsmacht besetzten Landes befassen, gelten nicht, da die UdSSR als aufgelöst zu betrachten ist.« Und: »Mit der durch die Niederrückung der UdSSR erfolgten Auflösung dieses Staates gibt es in den Ostgebieten kein staatliches Gebilde und daher streng genommen auch keine Staatsangehörigkeit mehr für die Landesbewohner.« – Zitiert nach: Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945, hrsgg. und eingeleitet von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge, Berlin (DDR) 1975, S. 339 u. 313.

13 Zur Hintertreibung der Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates insbesondere durch Großbritannien und zur vom Arabischen Hochkomitee in Palästina mit der Ablehnung dieser Resolution vergeb-

nen »historischen Chance, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu verwirklichen«, siehe: Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel, a. a. O., S. 55 f.

14 Uri Avnery: Lasst die Nazis, wo sie hingehören, in: Freitag, Berlin, Nr. 11/2007 v. 16. März 2007.

Die Grundlagen für ein gleichberechtigtes Neben- und Miteinander des Staates Israel mit einem souveränen palästinensischen Staat bietet die UN-Charta auch heute – wenn sie denn wieder in ihre *universelle* Gültigkeit eingesetzt wird. Uri Avnery schrieb Mitte März: »War es nicht das Motiv der zionistischen Bewegung, die einst Israel gründete, die religiös-ethnische Diaspora in eine moderne Nation zu verwandeln? Wollen wir Israelis kein normales Volk sein, mit allen Rechten und Pflichten eines normalen Volkes? Das bedeutet auch: Man soll uns mit den gleichen moralischen Maßstäben messen wie andere Völker.«¹⁴

Dies zu tun und sich *zugleich* des besonderen Verhältnisses zu Israel bewußt zu sein – das ist die Aufgabe der Deutschen. Die UN-Charta ist – wenn sie denn in ihrem ganzen Reichtum wahr- und aufgenommen wird – wie ein kostbares Geschenk, ohne das die Lösung dieser Aufgabe nicht gelingen kann.

PETER ULLRICH

Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden.

Ein Bilanzierungsversuch

Bei seinen Verhören durch die Stasi wird der Kommunist Hans Schrecker als »Drecksjude« bezeichnet (Otto 1993, S. 114). Die DDR verweigert jüdischen NS-Opfern die Restitution ihres Eigentums mit der Begründung, man wolle nicht »zionistische Großbesitzer« entschädigen (Timm 1993, S. 69). Anfang der 50er Jahre verlässt ein Großteil der Mitglieder jüdischer Gemeinden die DDR, mehrere Gemeindevorsitzende fliehen aus Angst vor Verfolgung (ebenda). Israel wird in den 60er Jahren von Walter Ulbricht als »gegen die Rechte des arabischen Volkes gerichtete (...) Speerspitze« des Imperialismus bezeichnet. (Keßler 1995, S. 150). Im Oktober 1988 erhält der Präsident des Jüdischen Weltkongresses Edgar Bronfman von Erich Honecker den »Großen Stern der Völkerfreundschaft« in Gold (Meining 2002, S. 466 f.). Im gleichen Jahr erkennt die DDR den virtuellen Staat Palästina an, den die PLO in Algier gegründet hat und empfängt Arafat dreimal mit allen Ehren. 1990 stehen die DDR und Israel, nach über 40 Jahren fast ohne offizielle Kontakte, kurz vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, 1990 bittet die letzte DDR-Volkskammer die Jüdinnen und Juden in aller Welt um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik (Keßler 1995, S. 147).

So vielfältig und widersprüchlich zeichnet sich das Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden, zum Zionismus und zu Israel. Mittlerweile ist auch dies ein recht gut ausgeleuchtetes Terrain.¹ Das Verhältnis zu den Palästinenserinnen und Palästinensern und der PLO hingegen macht den deutlich kleineren Teil der Literatur aus.²

Die KPD – antisemitisch und antizionistisch vorbelastet?

Voraussetzung der Positionen zu Juden, Antisemitismus, Zionismus müssen zunächst in der leninistisch-stalinistischen Vorgeschichte, also den Positionen der KPD gesucht werden³, denn aus deren Führungsriege rekrutierte sich schließlich die spätere DDR-Spitze. Die traditionelle marxistischen Positionierung, also eine gewisse Blindheit für das Problem des Antisemitismus der lediglich als mittelalterliches Relikt betrachtet wird und eine klar assimilationistische und somit antizionistische Vorstellung von der Lösung der »Judenfrage«, finden sich auch hier, jedoch mit einigen der spezifisch deutschen Situation geschuldeten Färbungen. Die KPD verurteilte den Antisemitismus häufig in ihren Schriften *und* vertrat eine antizionistische Position, was für sie beispielsweise die Ausschreitungen in Palästina im Jahre 1929 als antiimperialistischen nationalen Befreiungskampf erscheinen ließ.⁴ Die Forschung zeigt jedoch auch, dass die KPD in puncto Antisemitismus mehr

Peter Ullrich – Jg. 1976, Soziologe, Kulturwissenschaftler, Promotion zum Thema »Der Nahostkonflikt und die Linke in Großbritannien und der Bundesrepublik«, Arbeitsgebiete: Rezeption des Nahostkonflikts, soziale Bewegungen, Globalisierungskritik, Diskursanalyse, Überwachung. jüngste Veröffentlichung: Europa. Transnationale Normierung und nationales Beharren, Berlin: Dietz (zus. mit T. Kachel). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Wissenschaftlich Arbeiten mit freier Software, Heft 193 (November 2006) Kontakt: ullrich(-)uni-leipzig.de

1 Es gibt neben unzähligen Aufsätzen mehrere umfangreiche Untersuchungen. Timm (1997) widmet sich vorrangig dem Verhältnis der DDR zum Staat Israel, Mertens (1997) und Offenberg (1998) untersu-

chen die jüdischen Gemeinden und ihre Behandlung durch Partei und Staat; für den Zeitraum bis 1967 tut dies auch Keßler (1995). Hartewig (2000) zeichnet die Biographien jüdischer Kommunisten in der DDR nach. Wolffsohn (1995) und Meining (2002) untersuchen das Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden, zu Israel und zu den PalästinenserInnen im Ganzen. Haury (2002) widmet sich dem Zusammenhang von Antisemitismus, Antizionismus und Nationalismus in der DDR-Ideologie. Ausgewählte Aspekte behandeln die Sammelbände Bergmann/Erb/Lichtblau (1995) und Keßler (1993 a).

2 Die genannten Werke behandeln diese Beziehung vorrangig als einen Faktor und Kontext der Beziehungen DDR-Israel. Eigenständige Untersuchungen zum Thema gibt es nicht, einen Überblick versucht Polkehn (1999).

3 Ausführlich untersuchten das Thema Keßler (1994 a, S. 40-65), Haury (2002, Kap. 5) und Kistenmacher (2005, o. J.).

4 Anders die internationale, besonders die westliche Sozialdemokratie, die in den Auseinandersetzungen wiederum ausschließlich die »Effendis«, also das absterbende Feudalsystem, am Werk sah und demzufolge eher die jüdische Seite unterstützte.

5 Siehe dazu vor allem Kistenmacher (2005, o. J.)

6 Auch muss die Authentizität der viel zitierten Quelle hinterfragt werden – es war der sozialdemokratische Vorwärts, der sich bietende Möglichkeiten zur

als nur unsensibel war. Auch sie hoffte, wie schon Generationen von Marxisten vor ihr, auf das revolutionäre Potenzial des antisemitischen und extrem nationalistischen Mobs und kam diesem auch gelegentlich mit Karikaturen von hakennasigen jüdischen Kapitalisten entgegen. Den Hintergrund dafür bildet ihre Vorstellung vom Charakter des Faschismus, derzufolge hinter diesem das Kapital stand. Dies ließ die KPD jedoch auch annehmen, dass der Antisemitismus der Nazis nur vorgeschoben sei und nichtjüdische wie jüdische Kapitalisten ein Interesse an seiner Durchsetzung hätten.⁵

Besonders in die Kritik gerieten die beiden nationalbolschewistischen Phasen während der Ruhrbesetzung 1923 (»Schlageterkurs«) und ab 1930. Die Kommunistinnen und Kommunisten versuchten damals offensiv Rechte für sich zu gewinnen. Berühmt-berüchtigt wurde die Rede der Vorsitzenden Ruth Fischer vor nationalistischen Studierenden in der sie fragt: »Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren? Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie. Aber meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?«⁶.

An dieser Stelle tritt nur zu deutlich die fatale Ignoranz der *KPD* gegenüber dem Antisemitismus zutage. Trotzdem ist Vorsicht geboten, wenn, wie Kistenmacher (2005, o. J.) dies versucht, die *KPD* zu einem Haufen von Antisemiten gestempelt werden soll. Kistenmacher (2005) argumentiert dabei sehr schwach. Nicht nur macht er der *KPD* posthum Argumentationsvorschläge. So hätte sie beispielsweise die Zivilisations- und Fortschrittsmission des Zionismus loben können – ein Vorschlag, mit dem die *KPD* die Einseitigkeiten der Sozialdemokratie unter anderen Vorzeichen wiederholt hätte. Obwohl die angeführten kommunistischen Antisemitismen, die Ignoranz gegenüber den Jüdinnen und Juden und der nationalbolschewistische Kurs schon für sich sprechen, erweckt Kistenmachers Darstellung einen übereindeutigen Eindruck, der durch die Belege aber nicht gedeckt ist. Alles was gegen seine Position der durch und durch antisemitisch-antizionistischen *KPD* spricht, verniedlicht Kistenmacher, wenn er es auch in der Regel nicht verschweigt. Dazu gehört neben der parteiinternen Kritik an antisemitischen Auswüchsen die Tatsache, dass der inkriminierte Antizionismus in der *KPD* quantitativ nur eine marginale Rolle gespielt hat und auch, dass sein Hauptmotor nicht antijüdische Vorurteile gewesen sein müssen, sondern eben die universalistische kommunistische Hoffnung auf die Lösung aller Probleme durch die Revolution, die schon immer die marxistische Feindschaft gegenüber dem Zionismus fundierte. Besonders Keßler (1994 a, S. 59 ff.) weist auf die sich jeweils regende innerparteiliche Kritik an diesen Auswüchsen hin und auch darauf, dass die Parteipresse immer wieder gegen Antisemitismus polemisierte. Doch der Zionismus wurde ganz traditionell bekämpft (was seine Gegner heiligte), zur Lösung des Antisemitismus auf Assimilation gesetzt.

Erst Ende der 30er Jahre wird der *KPD* das ganze Ausmaß des Terrors der Nazis gegen die Juden deutlich. Erst hier erkannten sie, dass der Antisemitismus nicht nur vorgeschoben, sondern tatsächlich wesentlicher Bestandteil der NS-Ideologie und -Praxis war. Doch da war die Ar-

beiterinnen- und Arbeiterbewegung längst zerschlagen, ein Teil ihrer Basis zu den Nazis übergelaufen und die NSDAP saß fest im Sattel.

Das chiliastische Vertrauen in die orthodoxe Theorie der kommenden Revolution und die Mission des Proletariats hatten bis zuletzt verhindert, dass sich KPD und SPD verbündeten. Die KPD machte sogar Zugeständnisse an den faschistischen Mob – in der festen Überzeugung, die Nazis würden sehr schnell von der in nächster Zukunft erwarteten Revolution hinweggefegt. Es war jedoch vor allem die traditionelle Blindheit des mittlerweile um den Leninismus und Stalinismus »angereicherten« Marxismus und nicht eine tiefe Judenfeindschaft, die diese Positionen in der KPD bedingten. Festzuhalten bleibt, dass sich in der KPD der Weimarer Republik schon ideologische Grundstrukturen finden lassen, die auch in der Politik der DDR wiederkehrten, wenngleich in dieser zusätzlich noch die Folgen des nationalsozialistischen Judenmordes eine wichtige Rolle spielten.

DDR-Antisemitismus?

Es stehen sich in der Diskussion um das Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden sowie zum Staat Israel letztlich zwei grundlegende Positionen gegenüber, welche streiten, ob es einen genuinen Antisemitismus der SED-Diktatur gab, der ein entscheidendes Moment der DDR und der sie legitimierenden Ideologie darstelle oder eben nicht. Der ersten Ansicht sind beispielsweise – wenn auch mit divergierenden Begründungen – Thomas Haury, Michael Wolffsohn, Lothar Mertens, Ulrike Offenberg und eingeschränkt Peter Maser, im Übrigen vorrangig Autoren aus dem Westen Deutschlands (nur Peter Maser ist ausgewanderter Ex-DDR-Bürger). Die Gegenposition geht von antisemitischen oder antisemitisch gefärbten *Auswüchsen* in der Geschichte der DDR aus, ohne diese zu einem bestimmenden oder grundlegenden Moment zu erklären und wird vor allem von ostdeutschen Autorinnen und Autoren vertreten, die noch in der DDR sozialisiert wurden (Mario Keßler, Wilfriede Otto). Der Zusammenhang zwischen Herkunft und der Einschätzung dieser Fragen ist bemerkenswert. Letztlich geht es in der Debatte darum, ob und wie die DDR ihrem eigenen Anspruch (oder auch: Gründungs-)»Mythos«, so beispielsweise Wolffsohn 1995, S. 384, Hartewig 2000, S. 614), nämlich das »bessere Deutschland« zu repräsentieren, wirklich entsprach. Zwischen allen Autoren, die sich intensiver mit dieser Frage befassten, besteht nämlich durchaus Einigkeit darin, dass dem nicht ohne Weiteres so ist, ja, dass es sich insbesondere beim Verhältnis der DDR zu den Jüdinnen und Juden und zum Staat Israel um eines der dunklen Kapitel der DDR-Geschichte handele.

Dabei hatten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gerade viele der zurückkehrenden Jüdinnen und Juden die SBZ/DDR zu ihrer Heimat gewählt, weil sie im sozialistischen Teil Deutschlands die klarere Abkehr von NS-System erwarteten.⁷ Als problematisch für diese Menschen erwies sich jedoch nicht nur der in der Bevölkerung noch weit verbreitete Antisemitismus⁸, der in der SBZ/DDR in der Regel konsequent verfolgt wurde, sondern auch bald die sich selbst als eindeutig antifaschistisch verstehende SED. Herzog (1999) listet fünf schwerwiegende Vorwürfe auf, die typischerweise aufgeführt werden, wenn es um das Versagen des SED-Antifaschismus vor den Jüdinnen und Juden ging; zu diesen nun im Einzelnen.⁹

Diffamierung der KPD sicher nicht ausließ.

7 »In den Zeiten des Kalten Krieges schien vielen jüdischen Kommunisten aus Deutschland die DDR der einzige Ort, an dem sie glaubten, leben zu können. Insbesondere Künstler, Schriftsteller und einige Intellektuelle kamen.« (Hartewig 2000, S. 616)

8 Beispiele bei Groehler (1993), Otto (1993, S. 114), Timm (1997, S. 99 ff.).

9 An dieser Stelle wird nur die Typologie von Herzog übernommen, die jeweiligen inhaltlichen Füllungen basieren aber auf den verschiedenen angegebenen ausführlicheren Untersuchungen.

1) *Verweigerte Restitution*

Die SED-Führung weigerte sich entgegen den Bemühungen einzelner Funktionäre und einer kurzfristig in Thüringen praktizierten Sonderregelung (Timm 1997, S. 60) ab Ende der vierziger Jahre strikt, eine Restitution jüdischen »arisierten« Eigentums vorzunehmen. Dies muss einerseits im Zuge der allgemein angestrebten Verstaatlichungskampagnen von Eigentum in der DDR verstanden werden, traf andererseits aber die Jüdinnen und Juden gesondert, und das auch, weil schon wieder stereotype Begründungen mit klarer Nähe zum Antisemitismus Verwendung fanden. Die Ablehnung von Restitution mit der Begründung, dass die »zionistischen Großbesitzer« (vgl. Timm 1993, S. 69) ohnehin enteignet worden wären, ist in mehrfacher Hinsicht fatal. Nicht nur, dass Jüdinnen/Juden und Zionistinnen/Zionisten in eins gesetzt werden, nein, auch das antisemitische Motiv des immer reichen, kapitalistischen Juden wird wieder bedient. Einen der Hintergründe für diese historische Fehlleistung bildet das Verständnis der kommunistischen Bewegung von Antisemitismus und Nationalsozialismus, wie es oben erläutert wurde.

2) *»Rassisch Verfolgte« als »Opfer zweiter Klasse«*

Gleichzeitig zeichnete die DDR ein sehr spezifisches Bild des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, in dem fast ausschließlich kommunistische Antifaschistinnen und Antifaschisten eine Rolle spielten. Dabei wurde auch deren Rolle als Verfolgte des NS gegenüber der anderer Verfolgter aufgewertet. Kommunistische Antifaschistinnen und Antifaschisten bekamen den Status »Kämpfer gegen den Faschismus« zugewiesen, während so genannte rassisch Verfolgte den zweitklassigen Status von bloßen »Opfern des Faschismus« und »Opfern der Nürnberger Gesetzgebung« erhielten. Ganz eindeutig kamen alle anerkannten Opfergruppen in den Genuss von Vergünstigungen, die sie angesichts ihres Leidensweges gegenüber der Normalbevölkerung besser stellten, doch der Opferstatus der »rassisch Verfolgten« musste von diesen zunächst erkämpft werden und beinhaltete beispielsweise nicht die Ehrenpension der »Kämpfer« (Keßler 1995, S. 37 ff., Timm 1997, Kap. 2). Zudem wurde mit der Auflösung der VVN im Januar 1953 auch die Organisation, die noch am ehesten die Interessen vieler jüdischer NS-Opfer wahrnahm, beseitigt (Timm 1997, S. 123.)

3) *(Nicht-)Aufarbeitung des NS und der Shoah*

Einen der Hintergründe dieser Ungleichbehandlung mag das Verständnis der SED von der Shoah bilden. Der nationalsozialistische Judenmord wurde in der DDR nie seinem Stellenwert entsprechend gewürdigt.¹⁰ Er wurde natürlich nicht geleugnet oder verschwiegen, aber war nach der herrschenden Auffassung nicht zentral für das Verständnis des NS, dessen *imperialistischer* Charakter durch die Dimitroffsche Faschismusdefinition vorrangig betont wurde. Expansive Kapitalinteressen wurden also sehr hoch bewertet, ideologische Momente wie der (Vernichtungs-)Antisemitismus jedoch bestenfalls als Beiwerk oder Verschleierungstaktik gesehen. Das im Zuge der Blockkonfrontation sehr schlechte Verhältnis zum Staat Israel wird diese gewisse Ignoranz gegenüber dem Leiden der Jüdinnen und Juden zusätzlich verstärkt haben.

10 Ausführlich schildern Groehler (1993) und Mertens (1995) die NS-Aufarbeitung in der DDR.

Die DDR glaubte sich zudem auf der Siegerseite der Geschichte, wurden doch in der DDR nach eigener Auffassung mit der Abschaffung des Kapitalismus auch die Ursachen des Faschismus beseitigt. Zudem wurde in der DDR von Beginn an ein übereindeutiges Bild der NS-Nachfolgestaaten gemalt, in dem Westdeutschland als faschistisch und der Osten als antifaschistisch galt (Schwanitz 1993, S. 144, vgl. Lepsius 1988, Hartwig 2000, S. 614). Dass auch die Mehrheit der Ostdeutschen noch wenige Jahre zuvor begeisterte NS-Anhänger gewesen sein müssen, wurde hingegen recht bald verschwiegen. Während in der direkten Nachkriegszeit noch verschiedene kommunistische Politiker die große Schuld der (meisten) Deutschen anerkannten¹¹, änderte sich dies im Zuge der Stabilisierungsbemühungen der SMAD/SED-Diktatur. Schon Ende der vierziger Jahre wurde der klare antifaschistische Kurs zugunsten eines national-patriotischen aufgeweicht (Keßler 1995, S. 148). In diesem Kontext ist die ab da mögliche Aufnahme von so genannten »nominellen PGs« in die SED und die Gründung der NDPD u. a. als Auffangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder zu sehen (Groehler 1993, S. 83 f.).¹² Die Versuche, auf nationaler Basis Zustimmung zum sozialistischen System zu erzeugen, bedeuteten also auch die notwendige Leugnung der Verstrickung der breiten deutschen Bevölkerungsschichten in den NS. Dies erfolgte, indem die Bevölkerung als verführt und der Nationalsozialismus als Werk einiger weniger Vertreter der Großbourgeoisie dargestellt wurden (vgl. auch Schatzker 1994).

4) Die Jahre 1952/53

Das wohl dunkelste Kapitel der Benachteiligung von Jüdinnen und Juden in der DDR, die sich zu offenem Antisemitismus auswuchs, bilden die Säuberungswellen der frühen 50er Jahre, besonders der Jahre 1952/53.

Den Hintergrund bildet eine neue Terrorwelle im gesamten stalinisierten Ostblock, die erst mit dem Tod Stalins 1953 ihr Ende fand. Antizionismus und Antisemitismus wurden am Beginn der 50er Jahre zu »prägnanten Komponenten Stalinscher Politik« (Timm 1997, S. 111) und sollten helfen, die Unzufriedenheit der Bevölkerungen der Volkdemokratien auf jüdische Kommunistinnen und Kommunisten zu lenken. In den osteuropäischen Ländern fanden dementsprechend Schauprozesse gegen kommunistische Funktionäre statt. Besonders der Prozess gegen Rudolf Slánský? in der ČSSR (1952), in welchem 11 der 14 Angeklagten Juden waren, verbarg seine antisemitische Stoßrichtung nicht. Zionismus wurde in diesem Prozess neben Kosmopolitismus, Trotzismus und Titoismus zu einem der wichtigsten Anklagepunkte, er galt als »Agentur des amerikanischen Imperialismus« (vgl. Timm 1997, S. 114).

Das ideologische Klima dieser Zeit ist heute nur schwer vorstellbar. Die volksdemokratischen Führungen schürten, was Haury (2002, S. 403) »Agentenhysterie« nannte. Jede Abweichung von der Parteilinie, jeder von Moskau unabhängige Weg (Jugoslawien) wurde als konterrevolutionär in übelster Weise diffamiert. In der DDR wurden alle Parteimitglieder in mehreren Wellen von Parteikontrollkommissionen überprüft, wobei jüdische Herkunft zunächst gesondert vermerkt wurde, was später vielen von ihnen zum Verhängnis wurde. Insbeson-

11 So konstatiert beispielsweise Walter Ulbricht 1945 das Versagen der »deutschen Arbeiterklasse« und des »schaffenden Volkes« (in Keßler 1995, S. 34).

12 Nach Meinung (2002) saßen in der damaligen Volkskammer 50 ehemalige PGs und 12 in der Regierung.

dere diejenigen, die während des NS in der Westemigration waren, also während der Terrorwellen in den 30er Jahren nicht im Einflussbereich Stalins, galten als verdächtig und sollten weitgehend ihres Einflusses beraubt werden. Sie waren mehrheitlich Juden (Hartewig 2000, S. 2).

Paul Merker, der schon 1950 kaltgestellte prominente (nichtjüdische) Westremigrant und bis dahin hohe Parteifunktionär, sollte die Hauptfigur eines für die DDR geplanten Schauprozesses werden.¹³ Vorgeworfen wurde ihm unter anderem, dass er mit der Forderung nach »Entschädigung des den jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens« »die Verschiebung von deutschem Volksvermögen« betreibe (Keßler 1995a, S. 37). Ihm wurde also gerade auch sein seit der Exilzeit in Mexiko bestehender unermüdlicher Einsatz für die Wiedergutmachung an den Jüdinnen und Juden zum Verhängnis. In der vom ZK der SED 1952 veröffentlichten Broschüre zu den »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörerzentrum Slánský?« wird ein eindeutig antisemitisches Bedeutungsgeflecht aufgebaut. Neben Tiraden über die »Agententätigkeit« und die »Hetze« des Zionismus findet sich mehrfach Kritik an »jüdischen Kapitalisten«. Im Rahmen der Kampagne, in welcher die Bedeutungsdifferenzen der Konzepte »jüdisch« und »zionistisch« verschwimmen und beide zutiefst negativ konnotiert werden, verlieren viele hohe jüdische Funktionäre ihre Posten, werden die Wohnungen von Jüdinnen und Juden durchsucht, und die Betroffenen langen Verhören unterzogen. Es kommt zu Verhaftungen und einer Fluchtwelle, um sich diesen zu entziehen; mehrere hundert Jüdinnen und Juden verlassen in dieser Zeit die DDR (Offenberg 1998, S. 84-90). Erschütternd lesen sich die Berichte über die Denunziationen, Selbstbezeichnungen, Kotau und fingierten Verstrickungen der Funktionäre mit »dem Imperialismus«. Erst Stalins Tod beendet diese stark antisemitische Terrorphase, doch ihre Bewertung spaltet noch heute die Gemüter.¹⁴

13 Ausführlich widmen sich dem Fall Merker Kießling (1993), Keßler (1995, S. 85-98) und Meining (2002, Kap. 2).

14 Die KPD der frühen Bundesrepublik, die sich in allen grundlegenden Fragen an der SED orientierte bzw. von dieser Weisungen bekam (Staritz 1995, S. 213), ist ein interessanter Sonderfall, da sie die antisemitisch-antizionistischen Kampagnen nicht in der Weise mittrug, wie diese in der DDR vorstatten gingen. Auch der Feldzug gegen den »Kosmopolitismus« findet sich in ihren Publikationen so nicht (Staritz 1995).

5) *Antiisraelismus*

Auch die Politik der SED Israel gegenüber sieht sich dem Vorwurf des Antisemitismus ausgesetzt. Dabei folgte die SED 1947/1948, wie zumeist auch später, ganz der Moskauer Linie und äußerte sich positiv über die Gründung Israels, das, mal ganz abgesehen von den noch frischen Bildern der Gaskammern als moralische Rechtfertigung, kurzzeitig nicht so sehr wie die es umgebenden arabischen Staaten als rückständig angesehen wurde. Das Verhältnis der Ostblockstaaten zu Israel kühlte jedoch schnell ab, als sich Israel immer eindeutiger dem Westen zuwendete und die Hoffnung auf seine Integration in das sozialistische Lager aufgegeben werden musste.

Gerade für die Zeit nach 1953 wird das Verhältnis der DDR zu Israel als hoch problematisch angesehen. Die DDR weigerte sich bis in die 80er Jahre hinein, ernsthaft mit Israel zu verhandeln oder mit anderen jüdischen Organisationen mehr als nur geringfügige Restitution für jüdische NS-Opfer zu gewähren. Gleichzeitig frönte die DDR einem militanten Antizionismus, der seinen Höhepunkt während des Sechs-Tage-Krieges 1967 und während der israelischen Invasion im Libanon im Jahre 1982 erreichte. Anders als in Polen, wo die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung aus dem Land gedrängt wurde, führte diese Israelfeindschaft jedoch nicht zu einer erneuten Diskriminierung der in der DDR lebenden Jüdinnen und Juden.

Schwanitz (1993) macht eine Entwicklung des SED-offiziellen Bildes auf den Staat Israel aus, die von einem differenzierten linken Bild zu Beginn (bis 1954), über ein »linksextremes« (bis 1961) schließlich zu einem kompletten Trugbild führt. Das differenzierte Bild beispielsweise enthielt noch die Erkenntnis, dass Israel auch eine Folge der Shoah darstellte, was jedoch – abgesehen von den späten vierziger Jahren in der DDR meist komplett ausgeblendet wurde (Timm 1997a).

Die meiste Zeit bestimmte der Ost-West-Konflikt das Bild, sowie die Deutschlandpolitik, also der Versuch der DDR, durch Anbiederung an die arabischen Staaten (Schwanitz 1993, Polkehn 1999) die Hallstein-Doktrin aufzubrechen. Israel wurde dabei zur Speerspitze des Imperialismus und war beliebtes Objekt der Hetze ostdeutscher Medien (Timm 1993, S. 72). Meining (2002, S. 305) bezeichnet die DDR als das israelfeindlichste Land im Ostblock. Dies erweist sich beispielsweise in der tendenziösen Berichterstattung. So wurde das Massaker von Sabra und Shatila, das mit Duldung Israels von christlichen Milizen in einem palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon verübt wurde, im *Neuen Deutschland* direkt der israelischen Armee unterstellt (Timm 1993). Mit einer an antisemitische Stereotype erinnernden Sprache wurde im ND während des Sechs-Tage-Krieges berichtet, die israelischen Machthaber seien von der »Tollwut der Aggressivität« gepackt (Meining 2002, S. 305). Auch ehemalige Parteigenossen wirkten interessanterweise an dieser Art der Berichterstattung als wichtige Pressefunktionäre mit (ebenda).

Die überbordende Militanz, mit der gerade Israel als besonders feindliches Land betrachtet wurde, ging erst in den 80er Jahren zu Ende, als die DDR bestrebt war, ihre internationalen (Handels-)Beziehungen zu verbessern.

6) Die DDR und die jüdischen Gemeinden

Nicht Gegenstand von Herzogs (1999) Aufzählung neuralgischer Punkte des Verhältnisses der DDR zu den Jüdinnen und Juden, aber durchaus der kritischen Forschung ist die Lage der jüdischen Gemeinden. Anders als in Polen waren die jüdischen Bürger der DDR nach der Terrorwelle 1952/53 keinen Repressionen ausgesetzt, die über das Maß hinaus gingen, das alle DDR-Bürger betraf. Trotzdem gilt auch das Verhältnis der DDR zu ihren jüdischen Bürgern als nicht unproblematisch. Die Kritik bezieht sich auf das vor allem instrumentelle Verhältnis des Staates zu ihnen und den jüdischen Gemeinden. Sie hatten, wie insbesondere Mertens (1997) herausarbeitet, als Feigenblatt für die antizionistische Politik der SED herzuhalten, beispielsweise durch demonstrativ israelfeindliche Erklärungen jüdischer DDR-Bürger.¹⁵ Allerdings entstand denen, die sich dieser Strategie entzogen, keinerlei Nachteil, worauf Keßler (1995, S. 151) hinweist. Offenberg (1998) kritisiert, dass die DDR Jüdinnen und Juden nur als religiöse Gruppe anerkannte, nicht jedoch als nationale oder kulturell eigenständige Minderheit und, dass die jüdischen Gemeinden sich dem nicht widersetzen, sondern den offiziellen Kurs meist widerspruchslos mittrugen. Das dahinter stehende Konzept bezeichnet Hartewig (2000, S. 11) als »rote Assimilation«. Auf der Habenseite kann die DDR verbuchen, dass die jüdischen Gemeinden nicht unerheblich finanziell unterstützt wurden (Timm 1993).

15 Hier wird wieder deutlich, dass die stets geforderte klare Unterscheidung zwischen Jüdinnen und Juden auf der einen Seite, sowie Israel und dem Zionismus auf der anderen, trotzdem nicht durchgehalten wurde, dass sich eben Jüdinnen und Juden zu Israel äußern sollten.

16 Ausführlich in Timm (1997, Kap. 11), Mertens (1997, bes. Kap. VI, VII, VIII, X und XI), Meining (2002, S. 351-367).

Das komplizierte Verhältnis der DDR zu Jüdinnen und Juden sowie zum Staat Israel änderte sich noch einmal ab Mitte der 80er Jahre.¹⁶ Die Kontakte zu Israel sollen nach Vorstellungen der SED-Führung normalisiert werden. Es kommt zu einem Drei-Stufen-Plan zur Herstellung diplomatischer Beziehungen, vorsichtig wird die Möglichkeit der wirtschaftlichen Kooperation ausgelotet. Die DDR-Führung prüft – dies war der bisherige Hinderungsgrund für Israel, die Beziehungen zur DDR zu normalisieren – die Möglichkeit von Wiedergutmachungszahlungen. Auch auf der symbolischen Ebene kommt es zu Bewegungen. So wird endlich die lange abgelehnte Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Angriff genommen. Und auch nach innen wird Jüdisches aufgewertet. Die DDR bemüht sich um die Errichtung eines »Centrum Judaicum« und gestaltet 1988 ein pompöses Gedenken an die Opfer der »Reichspogromnacht«, zu dem auch viele israelische und andere jüdische Würdenträger aus aller Welt eingeladen werden.

Den Hintergrund dieser Wandlungen bilden zum Teil Entwicklungen, die für den ganzen Ostblock gelten, der seit Beginn der Perestrojka seine Beziehungen zu Israel überdachte (Timm 1997, S. 293 ff.). Wichtigster Grund ist aber die wirtschaftliche Situation der DDR (vgl. v. a. Meining 2002, S. 468-503). Diese strebte die Meistbegünstigungsklausel für den US-Handel an, scheiterte aber, da die USA dies seit jeher an Wiedergutmachungen für die Opfer der Shoah knüpften, was die DDR bis zuletzt nicht leistete. Ein weiteres Movens mag in dem Wunsch Erich Honeckers gelegen haben, einmal im Weißen Haus in New York empfangen zu werden. Die DDR-Führung glaubte, beide Ziele durch Verbesserung ihrer Beziehungen zu jüdischen Organisationen zu erreichen. Dies zeigt, wie sehr pragmatische Erwägungen durchaus die Potenz besaßen, ideologische Positionen zu modifizieren.¹⁷ Entscheidenden Durchbrüchen kam jedoch die politische Wende und damit das Ende der DDR zuvor. Erst unter den Regierungen Hans Modrow und Lothar de Maiziere erkannte die DDR ihre Mitverantwortung für jüdisches Leid als Nachfolgesellschaft des NS an, erklärte sich zu tatsächlicher Wiedergutmachung bereit und distanzierte sich in einem Volkskammerbeschluss von dem jahrelang praktizierten Antizionismus (Timm 1997, S. 333-359).

17 Bzw. nach Meining (2002) und Wolffsohn (1995) die in der SED-Führung herrschenden antisemitischen Vorstellungen von der »Macht der Juden«.

Die DDR und Palästina

Wie schon erwähnt, spielt in der Forschung die Beziehung der DDR und der SED zu den Palästinenserinnen und Palästinensern und ihren Organisationen nur eine untergeordnete Rolle, bzw. interessiert nur als wichtiger Kontext der Beziehungen der DDR zu Israel¹⁸ (Polkehn 1999, S. 32), eigenständige Untersuchungen fehlen.

18 So z. B. in Timm (1997), Wolffsohn (1995), Meining (2002).

Polkehn (1999) weist in seinem Versuch eines Überblicks, in den neben den erwähnten auf Israel bezogenen Studien auch eigene Erfahrungen und ein begrenztes Quellenstudium eingingen, drei grundlegende Prämissen der DDR-Außenpolitik in dieser Hinsicht aus. Erstens, folgte die DDR fast immer der Moskauer Linie. Zweitens war ihre Außenpolitik stets Mittel der Auseinandersetzung mit dem anderen deutschen Staat, was bis in die 70er Jahre hinein vor allem der Kampf gegen die Hallstein-Doktrin war. Und drittens verstand sie sich als antifaschistisch und internationalistisch, was Polkehn auch ernst nimmt und nicht wie andere als Gründungsmythos abtut.

Die DDR sah die Palästinafrage lange Zeit nur als Flüchtlingsproblem, ihre Nahostpolitik war vor allem auf die eigene Anerkennung ausgerichtet. Die DDR-Medien verhielten sich, so Polkehn (ebenda, S. 33), auch in der Zeit der größten Hetze gegen Israel weniger pro-palästinensisch als eben vielmehr aggressiv anti-israelisch. Doch es kommt noch in den 60er Jahren zu ersten vorsichtigen Kontakten zur PLO. Richtige Beziehungen bilden sich in der Zeit zwischen 1970 und 1973 heraus, die PLO akkreditiert 1970 einen Vertreter in Ostberlin und Arafat besucht 1971 zum ersten Mal die DDR.

Im Verhältnis zu den Palästinenserinnen und Palästinensern förderte die DDR immer die »realistischen Standpunkte«; sie versucht sogar mäßigend gegen allzu nationalistische, terroristische und antiisraelische Standpunkte vorzugehen. »Nationalistische Konzeptionen der palästinensischen Widerstandsorganisationen, die eine Liquidierung des Staates Israel beinhalten, werden nicht unterstützt«, so der Maßnahmeplan des Politbüros (Timm 1997, S. 277), die Anschläge auf die israelische Nationalmannschaft von München werden klar verurteilt. Im Zuge der Intensivierung der Beziehungen (1973 werden sie offiziell) kommt es aber auch zur Zusammenarbeit im »nichtzivilen Bereich«, die jedoch gegenüber der humanitären Unterstützung nur einen kleinen Teil ausmacht (Timm 1997, S. 545). Die DDR gehört zudem zu den Ländern, die 1988 den Staat Palästina anerkennen und die PLO kann 1989 sogar eine offizielle Botschaft in Ostberlin eröffnen. Es gibt hervorragende Beziehungen zwischen PLO-Chef Arafat und dem DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker. Die Versuche der DDR in den 80er Jahren, sich Israel und den amerikanischen jüdischen Organisationen anzunähern, führen jedoch nicht zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zur PLO. Noch im Oktober 1989 erhält Yassir Arafat den großen Stern der Völkerfreundschaft, wie knapp ein Jahr zuvor der Präsident des jüdischen Weltkongresses E. Bronfman.

Sozialismus, Jüdinnen, Juden – ein Verhängnis?

Es ist bezeichnend, dass die Diskussion um DDR und Jüdinnen/Juden, Zionismus Antisemitismus und Antizionismus dominiert wird von dem besonders dunklen Kapitel der frühen 50er Jahre. Auch wenn sich der SED-Staat später deutlich anders zeigte und eine spezifische Repression gegen Juden der Vergangenheit angehörte, führt jedoch diese Zeit vor Augen, was also auch im Sozialismus möglich ist bzw. war. Doch wie ist dieser Ausbruch von Antisemitismus zu verstehen? Und worin gründet die besondere kommunistische Israelfeindschaft?

Angelika Timm bezeichnet den Antisemitismus aus der SED als »strategischen Antisemitismus« (Timm 1997, S. 125); Keßler (1995, S. 86) spricht vom »Zweckantisemitismus Stalins«. Sie betonen seine Rolle innerhalb der parteiinternen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sich die aus Moskau zurückgekehrte Ulbricht-Gruppe gegen innerparteiliche Konkurrenten insbesondere der Westemigration durchsetzte und sich dazu u. a. des Antisemitismus bediente. Für diese Sicht spricht, dass auf dem Höhepunkt der Säuberungen 1953 gleichzeitig auch mehrere Urteile wegen antisemitischer Äußerungen ergingen und dass die meisten Jüdinnen und Juden, die nichts mit der Partei- oder Staatsführung zu tun hatten, wohl auch keinen Repressionen ausgesetzt waren (Timm 1997, S. 125). Ohnehin basierte die herrschaftssichernde sta-

linistische Terrorwelle auf verschiedenartigen Verschwörungstheorien und Repression gegen unterschiedliche Gruppen. In diesem Sinne sieht denn auch Otto (1993) den Antisemitismus vorrangig als SU-Import. Diese Sicht ist sicher nicht ganz falsch, greift aber doch zu kurz.

Eine interessante Interpretation, die ein tieferes Verständnis des linken Antisemitismus und zeitweise weltbildhaften Antizionismus ermöglicht, legte der Soziologe Thomas Haury mit seiner 2002 erschienenen Dissertation vor. Haury zeigt, dass das Weltbild des Marxismus-Leninismus – welches keinesfalls mit *dem* Marxismus oder allen Spielarten des Marxismus gleichzusetzen ist, sondern die herrschende erstarrte Doktrin der staatssozialistischen Länder bezeichnet (vgl. Elbe o. J.) – strukturelle (nicht inhaltliche) Gemeinsamkeiten mit dem antisemitischen Weltbild aufweist.

Der moderne Antisemitismus, so Haury (2002, S. 105 ff.), sei eine Semantik, die sich unabhängig vom konkreten Inhalt durch drei Strukturmerkmale auszeichne: Personifizierung, Manichäismus und Konstruktion identitärer Kollektive (vgl. Holz 2005, S. 12 f., 23 ff.). Juden gelten dem Antisemitismus als Personifizierung der modernen Gesellschaft, insbesondere ihrer ungeliebten und unverstandenen Seiten. Manichäisch trennt der Antisemitismus zudem zwischen »den Juden« einerseits, die für alles Böse verantwortlich zeichnen und dem als gut konstruierten Gegenstück, beispielsweise dem »Volk«. Im Gegensatz zum Rassismus wird das jüdische »Andere« nicht als unterlegenes (letztlich abgespaltenes eigenes) konstruiert, sondern als überlegen, woraus auch die Vernichtungsperspektive rührt. Wenn der Antisemitismus auch an den jahrhundertealten (christlichen) Antijudaismus anknüpft, so gewinnt er doch seit seiner Herausbildung als moderner Antisemitismus im 19. Jahrhundert noch ein entscheidendes Strukturmoment in seiner Funktion bei der Schaffung als homogen imaginierten nationaler Kollektive. Gerade im Fall der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert ist der von Beginn an virulente Antisemitismus (neben der besonderen »Erb-Feindschaft« zu Frankreich) offensichtlich, worauf Haury mit Nachdruck hinweist. Die Juden stellen quasi das »ideale« Gegenbild für den Nationalismus und Patriotismus dar, da sie nicht nur ein Feindbild im Innern abgeben können, sondern durch die Spezifik der jüdischen Existenz quasi als *Gegenprinzip* zur Nation an sich fungieren.

Wie Haury zeigt, bestehen schon im Leninschen Weltbild diese Strukturelemente, auch wenn dieser sich eindeutig nie antisemitisch äußert, sondern ein klarer Gegner des Antisemitismus ist. Aber er ist, besonders nach 1917, also im Bürgerkrieg, grenzenlos in seinem manichäischen Hass gegen die Feinde des Kommunismus, ja sogar nur Abweichler von seiner Position, die er immer hart bekämpft – und das alles auf Basis seiner orthodoxen Theorie mit universellem Geltungsanspruch. In der DDR-Ideologie der 50er Jahre spitzt sich dies noch einmal zu. Die zwei als in unüberwindlichem Gegensatz zueinander stehend konstruierten Lager sind der »Imperialismus« auf der einen Seite und die »friedlichen Völker« auf der anderen. Auf die deutsche Situation heruntergebrochen standen sich die sozialistische DDR und die »faschistische BRD« gegenüber. In diesem Bild war, besonders in der heißen Phase des Kalten Krieges Anfang der 50er Jahre, keinerlei Platz für Zwischentöne (Strukturtyp 1: Manichäismus).¹⁹

19 Dies ist zu unterscheiden von der späteren Phase der angestrebten »friedlichen Koexistenz«.

Auch die Personalisierung (Strukturtyp 2) der gesellschaftlichen Verhältnisse fand Anfang der 50er Jahre in der Anti-Kosmopolitismus-Kampagne ihren Höhepunkt, sowohl in der Deutung des NS als Werk einiger Vertreter der Finanzoligarchie als auch der Darstellung des neuen Feindes als »Clique« von »Wallstreet-Kapitalisten«, in der Rede von der »okkulten Herrschaft« der »Dollarkönige« (Zitate aus Haury 2002, S. 351). Zugleich wurde in der Terrorwelle ein innerer Feind konstruiert, vertreten durch die »Agenten«, »Saboteure«, »Parasiten« und »Volksfeinde«.²⁰ Dazu trat nun ab Ende der vierziger Jahre ein »extremer Nationalismus« (Strukturtyp 3: Konstruktion identitärer Kollektive, vgl. Haury 2004), der zum Teil auf der kommunistischen Ideologie basierte, die ihren Antinationalismus ohnehin lange abgelegt hatte, und zum Teil auf der strategischen Herausforderung der Legitimation der SED-Herrschaft, da mit ihren sozialistischen Programmpunkten alleine nicht die erhoffte Zustimmung zu erzielen war.

»Haurys Arbeit legt nahe, dass die Schaltstelle einer dem Antisemitismus affinen Strukturweiterung des Marxismus-Leninismus dort liegt, wo realpolitisch die »Nation« zum Problem, bzw. der Kommunismus zur Staatsideologie wird.« (Maubach 2003) und damit seinen Universalismus – verstanden als Bewegung für ein gutes Leben für alle Menschen – zugunsten eines nationalen, herrschaftsstabilisierenden Partikularismus aufgibt. Ganz klar widerspricht der Antisemitismus dem Inhalt linker Weltbilder, auch dem der SED, und doch wurde er in dieser Situation manifest, wo sich ein mani-chäisch-verschwörungstheoretischer ML-Abklatsch des Marxismus mit der Notwendigkeit der nationalen Legitimierung und Integration konfrontiert sah. Keineswegs ist dies jedoch als deterministische Beziehung misszuverstehen, daher Maubachs Wortwahl (»Affinität«). Bewusst und unbewusst an den weitverbreiteten Bevölkerungsantisemitismus anzuschließen, war zunächst nur eine Potenz, die sich in der Konfliktsituation manifestierte. Zu der *strukturellen* Anschlussfähigkeit kommt als konkrete *inhaltliche Voraussetzung* noch das Erbe der bisherigen »Kommunistischen Judenpolitik«: die traditionelle Ignoranz gegenüber dem Antisemitismus und der ideologisch begründete Antizionismus. Das Phänomen des sekundären Antisemitismus, des Antisemitismus nach und wegen Auschwitz, hat zusätzlich als Katalysator fungiert, da die Verbrechen der NS-Volksgemeinschaft die Vorstellung einer deutschen Nation nachhaltig desavouiert hatten, weswegen die DDR im Akt der nationalen Neukonstituierung also auch kein Interesse an einer kritischen Aufarbeitung des eigenen Versagens bzw. der eigenen Verbrechen haben konnte. Dies zeigt sich insbesondere in der Haltung gegenüber den jüdischen NS-Opfern und in der Entschädigungsfrage.

Zudem ist noch einmal zu betonen, dass es sich bei diesem stellenweise auftretenden Antisemitismus wohl meist nicht um subjektiv empfundene, bewusste Abneigung gegen Jüdinnen und Juden ging oder den Glauben an eine jüdische Weltverschwörung, sondern eben um die potenziell zu einer so gearteten Aktualisierung drängenden strukturellen Anschlusspunkte, die einen linken Antisemitismus zum Ausbruch bringen können und das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus zu Jüdinnen und Juden so kompliziert machen. Es war der mit fast mesianischem Eifer verfochtene Glaube an die Revolution, ihre alle nationalen, religiösen, aber auch alle Klassenpartikularismen aufhebende

20 Erschreckend ist auch die Nähe zum NS-Vokabular, was bis zum Kampf gegen die »Entartung [sic] der Tanzmusik« ging (Haury 2002, S. 384).

Wirkung, die auf Basis der den Jüdinnen und Juden zugeschriebenen Sonderrolle und der damit verbundenen Vorurteile, den kommunistischen Antizionismus bedingte, der sich zum manifesten Antisemitismus auswachsen konnte.

Ein analytisches Kernproblem ist dabei der linke Universalismus, bzw. das Aufgeben desselben. Die sozialdemokratische Abwendung vom marxistischen Klassenkampf-Universalismus hin zu *nationaler* Politik am Beginn des 20. Jahrhunderts führte zu einer Offenheit gegenüber einem kolonialistisch begründeten Zionismus, der wiederum antiarabische Elemente enthielt. Die kommunistische Abwendung von Klassenkampf-Universalismus während seiner jeweiligen nationalen Implementierung führte zu vorübergehendem manifesten Antisemitismus. Doch auch damit ist das Problem noch nicht ausreichend geklärt. Denn die Darstellung des *blind spot* Antisemitismus der marxistischen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung auch in ihren nicht antisemitischen Phasen zeigt, dass auch die spezifische Füllung des Universalismusbegriffs zentral ist. Der marxistische und klar *internationalistische* Sozialismus war zwar nicht antijüdisch, aber auch eben schon blind. Hier zeigt sich, dass sein um Klassenkampf zentriertes Weltbild nur vorgab, auch die Jüdinnen und Juden sowie ihre partikuläre Verfolgung mit zu erfassen (deutlich im Glauben, dass der Antisemitismus ein verschwindendes Relikt darstelle und der Zionismus, der schließlich auch vielen Jüdinnen und Juden das Leben rettete, wenn auch auf Kosten der arabischen Bevölkerung Palästinas, nur eine bourgeoise Ablenkung vom Sozialismus bedeute). Auschwitz, aber auch der Stalinismus haben gezeigt, wie sehr diese Annahme fehl schlug. Da dieses Erbe der sozialistisch-kommunistischen Geschichte auch heute noch seine deutlichen Spuren in Teilen der Linken hinterlassen hat, ist weiter zu fragen, welches Universalismus eine linke Politik bedarf, die ein glückliches Leben für alle Menschen, den Kampf gegen Unterdrückung aller Gruppen zum Inhalt haben will.²¹ Ein Klassenkampfuniversalismus (Simplizismus?) ohne zumindest eine Anreicherung um einen Menschenrechtsuniversalismus hat die notwendigen Voraussetzungen offensichtlich nicht, vielmehr hat er sein Versagen auch bei jüdischem partikularem Leid unter Beweis gestellt.

Noch eine Bemerkung zum Abschluss. Ein großer Teil der das Verhältnis von Sozialismus/Kommunismus und Judentum kritisierenden Literatur wirft dem Kommunismus seinen Assimilationismus vor.²² Die Kritik trifft aber nur, weil tatsächlich Assimilation als Forderung vorrangig an Jüdinnen und Juden getragen wurde und eben nur *dem Anspruch nach* universales Bestreben nach Auflösung nationaler und religiöser Partikularismen war, die in der Praxis so oft nicht eingelöst wurden. Genau in dieser Ungleichbehandlung liegt das Problem, nicht in der universalistischen, antinational-internationalistischen Idee, die Kapferer (2004, S. 302 ff.) »Erlösungs- oder Auflösungsantisemitismus« nennt, weil sie die Juden nicht um jeden Preis als ›Volk‹ anerkennen und erhalten will.

Literatur

- Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.) 1995: Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York: Campus.
 Elbe, Ingo o. J.: Zwischen Marx, Marxismus und Marxismen. Lesarten der Marxschen Theorie, www.oekonomiekritik.de/ElbeLesarten.htm [12. 12. 2005]

21 Nicht zufällig ist hier sicher die Parallele zum Versagen der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung beim Thema Frauenrechte.

22 Dies betrifft an erster Stelle Edmund Silberner (1962, 1983), aber auch beispielsweise Louis Rapoport (1992).

- Groehler, Olaf 1993: Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR (1947-1953), in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., S.79-85.
- Hartewig, Karin 2000: Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln, Weimar, Berlin: Böhlau.
- Haur, Thomas 2002: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburger Edition.
- Herzog, Andreas 1999: War die DDR antisemitisch? Kritische Anmerkungen zu den Studien einiger Historiker, in: Schuppener, Georg (Hrsg.): Jüdische Intellektuelle in der DDR. Politische Strukturen und Biographien. (Hochschule Ost. Leipziger Beiträge zu Hochschule und Wissenschaft 1-2/1999), S. 62-74. [<http://ludens.elte.hu/~aherzog/archiv/text06.htm>].
- Holz, Klaus 2005: Die Gegenwart des Antisemitismus, Hamburg: Hamburger Edition.
- Kapferer, Norbert: Das Feindbild ›Zionismus‹ in der marxistisch-leninistischen Ideologie. Eine kommunistische Variante des Antisemitismus, in: Satjukow, Silke; Gries, Rainer (Hrsg.): Un-sere Feinde. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus, Leipzig, S. 299-319.
- Keßler, Mario 1993 a: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Zur Problematik des Themas, in: Ders. (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., S. 9-17.
- Keßler, Mario 1994a: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Mainz: Decaton.
- Keßler, Mario 1995: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967 (Zeithistorische Studien, Bd. 6), Berlin: Akademie Verlag.
- Kießling, Wolfgang 1993: Paul Merker und der ›Sozialismus der dummen Kerls‹, in: Mario Keßler (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., S.87-94.
- Kistenmacher, Olaf 2005: »Antizionismus« in der KPD der 1920er Jahre, Context XXI, Heft 3-4, S. 32-34.
- Kistenmacher, Olaf o. J.: Vom »Judenkapital« zur »jüdisch-faschistischen Legion in Jerusalem«. Zur Entwicklung des »Antizionismus« in der Kommunistischen Partei Deutschlands der Weimarer Republik, 1925-1933, Vortrags-Manuskript, www.isf-freiburg.org/isf/beitraege/pdf/kistenmacher-antisemitismus.kpd.pdf [19. 7. 2006].
- Lepsius, M. Rainer 1988: Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«, in: Haller, Max; Hoffmann-Nowotny, Hans-Jürgen; Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Kultur und Gesellschaft (24. deutscher Soziologentag), Frankfurt: 247-264.Campus, S. 247-264.
- Maser, Peter 1995: Juden und jüdische Gemeinden in der Innenpolitik der DDR, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe, a. a. O., S. 339-368.
- Maubach, Franka: Rezension von: Haur, Thomas: Antisemitismus von Links, H-Soz-U-Kult, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=2144> [19. 7. 2006].
- Meining, Stefan 2002: Kommunistische Judenpolitik. Die DDR, die Juden und Israel. Mit einem Vorwort von Michael Wolffsohn, Hamburg: LIT.
- Mertens, Lothar 1995: Die SED und die NS-Vergangenheit, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe, a. a. O., S. 194-211.
- Mertens, Lothar 1997: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945-1990, Hildesheim, Zürich, New York: Olms.
- Offenberg, Ulrike 1998: »Seid vorsichtig gegen die Machthaber«. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945-1990, Berlin 1998.
- Otto, Wilfriede 1993: Antizionismus – übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, in: Mario Keßler (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus, a. a. O., S.95-119 (mit Dokumentenanhang zum Fall Schrecker).
- Polkehn, Klaus (1999): Die DDR und Palästina, (Aus Politik und Zeitgeschichte) B 38/99, S. 32-39.
- Rapoport, Louis 1992: Hammer, Sichel, Davidstern: Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin: Christoph Links Verlag.
- Schatzker, Chaim 1994: Juden, Judentum und der Staat Israel in den Geschichtsbüchern der DDR, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schwanitz, Wolfgang 1993: »Israel ja, Zionismus nein«: Zum Israel-Bild in SED-Akten über Arabien (1948-1968), in: Keßler, Mario (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus, a. a. O., S.129-164. (mit Dokumentenanhang).
- Silberner, Edmund 1962: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin: Colloquium Verlag.
- Silberner, Edmund 1983: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Staritz, Dietrich 1995: Von der »Schande der Judenpogrome« zur »zionistischen Diversionarbeit«. Judenverfolgung und Antisemitismus in der Wahrnehmung der KPD, in: Bergmann, Werner; Erb, Rainer; Lichtblau, Albert (Hrsg.): Schwieriges Erbe, a. a. O., S. 212-235.
- Timm, Angelika 1993: Die DDR, die Schoah und der offizielle Antizionismus, in: Mario Keßler, (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus, a. a. O., S. 65-77.
- Timm, Angelika 1997: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn.
- Timm, Angelika 1997a: Wie antisemitisch war die DDR? Über das Verhältnis der SED zum Zionismus und zum Staat Israel diskutieren Angelika Timm und Jürgen Elsässer. (Jungle World) 39.
- Wolffsohn, Michael 1995: Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost- und West. Tatsachen und Legenden, München: Edition Ferenczy bei Bruckmann.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Neulich verhämlichte der *Spiegel* Hans Meyer, den Trainer des 1. FC Nürnberg. Es war der übliche und darum mit den Jahren so langweilige Verschnitt aus Wahrheit, Halbwahrheit sowie Pfiffig- und Dämlichkeit (»Ossi für alle«).

Weiß der Teufel, woraus der *Spiegel* und seine Mitarbeiter heutzutage noch ihr Selbstbewußtsein beziehen; allein die übertariflichen Leistungen können es doch auch nicht sein ... Sei es wie es sei: Auch *Spiegel*-Artikel sind natürlich nicht frei von verschiedenerlei Informationen. Für mich zum Beispiel war der bemerkenswerteste Satz: »Meyer ist der einzige Trainer in der Bundesliga, der seit Jahren jenseits offizieller Pressetermine nicht mit ›Bild‹ spricht.« Da werden wir mal ganz altmodisch und sagen: Hut, ab!

Vielleicht habe ich irgendwann etwas nicht mitbekommen, übersehen oder überlesen: Mir fällt auf Anhieb kein prominenter Bundestagsabgeordneter oder Parteispitzenpolitiker ein, der sich jemals zu einem derartigen Schritt entschlossen hätte. Zwar können wir von der Annahme ausgehen, daß beispielsweise die Freude darüber, von *Bild* interviewt zu werden oder Platz für einen Artikel eingeräumt zu bekommen, unterschiedlich ausgeprägt sein dürfte (jedenfalls hoffen wir das ...); aber wenn es darauf ankommt, raten Generalsekretäre, Bundesgeschäftsführer oder Wahlkampfleiter nie davon ab, sich mit diesem Blatte einzulassen.

Im Dezember 2005 hatte Gerhard Henschel (*Gossenreport – Betriebsgeheimnisse der Bild-Zeitung*, 2. Aufl. 2006, Edition Tiamat) in der taz unter anderem geschrieben: »Am schmutzigsten geworden war es, bis auf Weiteres, im April 2005, als der Papst, man staune, eine *Bild*-Delegation im Vatikan empfangen und ihr Anführer, der

täglich zahllose ›Bumskontakte‹ vermittelt, dem Heiligen Vater ein Exemplar der ›Volksbibel‹ von Bild überreicht und scheinheilig erklärt hatte: ›Mit über zwölf Millionen Lesern täglich ist uns auch die Verbreitung der christlichen Glaubensbotschaft ein ernstes Anliegen.‹ Ein denkwürdiges Ereignis: Der Stellvertreter Gottes auf Erden hat dem Herausgeber und Chefredakteur der Bild-Zeitung eine Audienz gewährt – einer Kreatur, in deren täglicher Telefonsex-Kontaktbörse unersättliche Lustluder, dicke Girls, total versauerte Strohwitwen und naturgeile Nymphen tabulosen Männern extrem perversen Spontansex im Auto versprechen ...«

Das Anschreiben gegen *Bild* ist nicht nur mühselig, sondern vermutlich auch zwecklos. Denn – so Henschel in seinem natürlich nicht unaktuell gewordenen Artikel: Die »höchsten Staatsorgane« saßen »mit Herrn Diekmann und seinem Redaktionsstab fröhlich zu Tische«; »Kai Diekmann ist ein Zögling des Altbundeskanzlers Dr. Helmut Kohl, und auch Gerhard Schröder hat eingestanden, dass er zum Regieren im Grunde nur *Bild* und *BamS* und ›Glotze‹ brauche. Vor *Bild* kuschelt der gesamte Bundestag ...«

Rudern wir in ruhigere Gewässer. Das *Neue Deutschland* hatte im Berichtszeitraum ein Skandalchen: Ein Bundestagsabgeordneter hatte moniert, daß ein Standpunkt Lafontaines, geäußert in einer Sitzung, im Blatte verfälscht worden, aber eine Richtigstellung seitens des MdB nicht abgedruckt worden sei; woraufhin der zum Kampfmittel »bezahlte Anzeige« griff und darin Pressefreiheit einforderte. (War die PDS nicht erst neulich – aus juristischen Gründen – zum Verein erklärt worden ...?) Seien wir doch ehrlich miteinander: Nichts ist uns lieber als Klatsch! Aber was dieses sozusagen innerpe-de-es-sige öffentlich ausgetragene Scharmützelchen presseinteressant machte, war ein Kommentar des ND-Chefredakteurs in dieser Angelegenheit. Der Text nämlich ließ an dialektischer Raffinesse und demagogischem Geschick nichts zu wünschen übrig. Und zwar in einem Maße, daß man – bei genügend Böswilligkeit – fast wähen konnte, ein einstiger Oberdemagoge des Organs sei reaktiviert worden (Name der Redaktion bekannt; die Redaktion).

Grundtenor des Kommentars: Erstens drucke man ja nicht alles, und zweitens bestimme immer noch die Redaktion; auf das Eigentliche wurde nicht eingegangen: die im Blatt verfälscht (oder eben unverfälscht) dargestellt sein sollende Wiedergabe einer Position von Lafontaine spielte darin keine Rolle. Das alles war insofern bemerkenswert, als damit wieder einmal deutlich wurde, daß bestimmte politische Konstellationen oder Strukturen fast immer zu bestimmten Argumentationsmustern führen. Und zwar unabhängig vom jeweiligen Autor.

Übrigens bekam der Kommentar etliche Tage später noch ein kleines Gschmäckle: Der Chefredakteur nämlich hatte – das wird in dieser Zeitung seit mehr als fünfzehn Jahren in regelmäßigen Abständen getan – beteuert, seine Zeitung sei keine PDS-Zeitung. Dazu paßte dann wie die Faust aufs Auge die Meldung: Lothar Bisky ab sofort Herausgeber des *Neuen Deutschland*. Das dürfte (unter anderem) bedeuten, daß wir weiterhin regelmäßig hören oder lesen werden: Das *Neue Deutschland* ist keine PDS-Zeitung. Eigentlich schade, irgendwie.

Herbert Gruhl:
Unter den Karawanen der Blinden.
Schlüsseltex-te, Interviews und
Reden (1976-1993), Peter Lang
Wissenschaftsverlag 2005,
(39,80 €)

Hanspeter Padrutt spricht davon, Herbert Gruhl wäre der Vater der Umweltbewegung in Deutschland. Dieser Gedanke ist nicht abwegig, soweit er auf Westdeutschland bezogen wird. Er ist der erste prominente Umweltpolitiker im deutschen Parlament. Sein Bestseller von 1975 »Ein Planet wird geplündert« verkauft sich über 400 000 Mal. Er plädiert dort für eine planetare ökologische Wende. Wir müssen von den Grenzen unserer Erde ausgehen und von daher unser Handeln bestimmen. Der Schwerpunkt seiner Kritik am bisherigen Wirtschaftssystem liegt auf den begrenzten Ressourcen, die in einer Wachstumsorgie geschichtlich beispiellosen Ausmaßes verschwendet werden. Jetzt gab Volker Kempf gesammelte Schlüsseltex-te, Interviews und Reden des Philosophen und Umweltpolitikers heraus, die einen guten Überblick über sein Wirken ermöglichen – ein verdienstvolles Unterfangen. Leider ist der Band nicht ganz preiswert, doch der Weg zur Bibliothek lohnt.

Von 1975 bis 1977 war Herbert Gruhl Vorsitzender des Bundes für Umwelt- und Naturschutz. Bis 1978 für die CDU im Bundestag, gründet er die »Grüne Aktion Zukunft« und bestreitet zwei Jahre später zusammen mit Petra Kelly die Spitzenkandidatur für die junge grüne Partei. Mit 3,2 Prozent wird ein erster Achtungserfolg erreicht. Schon 1981 verläßt er aber die Grünen wieder. Aus den jetzt dokumentierten Texten kann man ersehen, daß ein zentraler Kritikpunkt an der Partei war, daß sie die Konsequenzen einer Gesellschaft ohne Wirtschaftswachstum nicht in ihre Programmatik und in ihr Handeln aufnahm. Er gründet die ÖDP, die er 1989 ebenfalls verläßt. Sodann konzentriert er sich auf sein letztes Werk: »Himmelfahrt ins Nichts«. Für seine Verdienste im Natur- und Umweltschutz erhielt er 1991 das Bundesverdienstkreuz von Monika Griefahn überreicht. Die CDU hielt er für industriegläubig, den langjährigen Partei-

chef Kohl für ökologisch ignorant und unsensibel.

Er argumentiert, wenn ein Rohstoff bei gleichbleibendem Verbrauch 1000 Jahre reicht, dann ist er bei 3 Prozent Wachstumsrate nur noch für 171 Jahre verfügbar. Steigt dieser global jährlich um 6 Prozent, dann schrumpft die Spanne der Verfügbarkeit auf 71 Jahre – ein Menschleben. Ein Blick darauf, daß in den nächsten Jahren etwa die Nachfrage von Erdöl unter das lieferbare Angebot fallen wird, zeigt, wie aktuell seine Argumentation ist. Er spricht sich gegen die Nutzung der unberechenbaren Atomenergie aus und warnt vor den Folgen der Klimakatastrophe.

Schon frühere Kulturen gingen unter oder die Gesellschaften mußten auswandern, weil sie die ökologischen Belastungsgrenzen ihrer Region überschritten hatten. Beim Untergang der Mayakulturen auf der Halbinsel Yucatan spielte neben Klimaveränderungen die zu hohe Bevölkerungsdichte und Reichtumsansammlung bei kleinen Machteliten eine wesentliche Rolle. Wenn jährlich 90 Millionen Menschen auf dem Erdball dazukommen, dann sollte man ernst nehmen, daß sich daraus Konsequenzen ergeben. Darauf wies Gruhl hin. Die landwirtschaftliche Nutzfläche nimmt stetig ab und die Bevölkerungsdichte ist Ursache Nummer eins, daß wir täglich 300-400 Tier- und Pflanzenarten verlieren, besonders im artenreichsten Refugium, den Regenwäldern. Böseartig wird ihm in diesem Kontext auch unfaire Argumentation gegen ausländische Bürger vorgeworfen. Dabei verteidigte er das deutsche Asylrecht noch, als die meisten Parteien darauf hinarbeiteten, es abzuschaffen.

In den letzten Texten von Herbert Gruhl vor seinem Tod 1993 sieht man, daß er die jetzige Zivilisation für unrettbar verloren hielt. Das komplexe Zusammenwirken von Klimaveränderungen und der Erosion von Ökosystemen spricht dafür – er könnte recht behalten. Es zeichnet sich ab, die Gesellschaften unterschätzen die nichtlinearen Wirkungen, viele Zerstörungsaspekte fallen nicht unmittelbar auf. Etwa, die viel zu späte Entdeckung des antarktischen Ozonlochs, die offizielle Wissenschaft erzählte damals noch, die Werte sind alle in Ordnung, könnte ein deutlicher Warnhinweis sein. Der Klimawandel ist bestenfalls abzubremsen, aber nicht mehr aufzuhalten.

Der Schock für die Gesellschaften wird kommen, den Gruhl auf uns zukommen sah. Gewiß unterschätzt er die abfedernden Möglichkeiten einer vollständigen solaren Energie- und ökologischer Effizienzsprünge. Der aktuelle Band zeigt auch bei den späten Texten, etwa im Gegensatz zu seinem letzten Buch, daß er gesellschaftliche Veränderung trotzdem für sinnvoll gehalten hat. Was aber, wenn er recht behält und die Zivilisation in einen Zerfallsprozeß übergeht? Es stellt sich die Frage, wie kann man die schlimmsten sozialen Verwerfungen mildern und verhindern, daß neuartige totalitäre Gesellschaftsformen entstehen können. Wir würden mit der Frage konfrontiert, wie wir damit umgehen wollen, wenn Stück um Stück die bisherige Lebensordnung wegbriecht. 40 Prozent der Nahrungsmittel der Menschheit werden in Trockengebieten angebaut. Im Zusammenspiel mit anderen Faktoren, wird das Opferraten geben, die einem das Herz stillstehen lassen. Die Botschaft Herbert Gruhls weiterzudenken, das wäre eine spannende, aber unbequeme Aufgabe.

MARKO FERST

Alexander Rüstow:
Freiheit und Herrschaft – eine
Kritik der Zivilisation, hrsg. von
Hellmut HC Rüstow, LIT Verlag
Münster, Hamburg, London 2005,
564 S. (25,90 €)

Alexander Rüstow (1885-1963) gehört als einer der Begründer des Ordo-Liberalismus zu den geistigen Vätern der Sozialen Marktwirtschaft. Er hinterließ ein umfangreiches Werk sozialwissenschaftlichen Inhalts. Besonders hervorzuheben ist sein dreibändiges Hauptwerk *Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik* (1950-57 und 2003). Bei dem hier vorliegenden Kompendium handelt es sich um eine im Text gestraffte und in den Anmerkungen deutlich gekürzte einbändige Neuausgabe dieses Werkes, welche sich an der von Dankwart A. Rüstow im Jahr 1980 für die USA besorgten Ausgabe orientiert. Mit frischem Blick, uni-

versalem Wissen, unkonventionellen Ideen und einem unverkrampften Stil wendet sich der Autor an seine Leser. Wortreich und überaus beziehungsweise werden hier Megatrends und Entwicklungsprobleme der Menschheit, sofern sie thematisch zum Spannungsfeld von Freiheit und Herrschaft gehören, unter die Lupe genommen, analysiert, begrifflich entmystifiziert und facettenreich interpretiert. Wo es möglich scheint, werden Lösungsansätze aufgezeigt, immer streng dem Grundsatz folgend, daß es für ein echtes Problem meistens Lösungen gibt, selten aber *die* Lösung. Rüstow knüpft mit seinem Werk an die Geschichtsphilosophie und Fortschrittsauffassung der Aufklärung an. Die Zukunft gilt für ihn als offen. Ihre Gestaltung ist Sache der Menschen selbst. Ausgehend hiervon erschließt sich ihm die gesamte europäische Geschichte als ein Kampf um Freiheit und Herrschaft, der sich politologisch, kultur- und sozialphilosophisch, wirtschaftswissenschaftlich und sogar religionsgeschichtlich rekonstruieren läßt.

Das Werk entstand während der Emigration des Autors in den Jahren 1933 bis 1945. Es gehört damit zum gleichen Literaturgenre wie Adornos *Dialektik der Aufklärung*, Hannah Arendts *Elemente totalitärer Herrschaft* und Poppers *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*. Während diese Bücher heute jedoch als sozialwissenschaftliche Klassiker gelten, blieb Rüstows Werk vergleichsweise unbekannt. Dies mag an dessen interdisziplinärem Zuschnitt liegen, möglicherweise aber auch am opulenten Umfang und hohen Anspruch des Werkes. Nicht zuletzt sind es einige unpopuläre Forderungen, wie beispielsweise die maximale Besteuerung großer Erbschaften, die ihm die Unterstützung einflußreicher Kreise versagt haben dürften. Derartige Aussagen sind jedoch selten. Im Ganzen gesehen handelt es sich bei diesem Buch eher um ein *theoretisches* Werk. Rüstow orientiert sich dabei an Hegel, indem er diesen mit dem Satz zitiert: »Die theoretische Arbeit ... bringt mehr zustande in der Welt als die praktische; ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus.« (Brief an Niethammer vom 28. 10. 1808) – Angewandt wird dies auf die Geschichte, die Rüstow als »die Verlängerung nach rückwärts der von uns nach vorwärts gewollten Richtung« (S. 16)

auffaßt. Es geht ihm vor allem darum, diejenige geschichtliche Linie herauszuarbeiten, deren Fortsetzung die gewollte und erstrebte Zukunftsrichtung ergibt. Dies impliziert entsprechende Wertungen. Rüstow bekennt sich hierzu mit aller Deutlichkeit, indem er »Freiheit«, »Menschlichkeit« und »Frieden« bejaht, »Herrschaft«, »Barbarei« und »Gewalt« aber vehement verneint. Daß er mit diesen Normen bereits in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik überall auf Widerspruch stieß, ist leicht nachvollziehbar. Wie es heute wäre, darüber läßt sich nur spekulieren.

Rüstows Argumentation paßt recht gut in eine bürgerliche Weltbetrachtung. So sieht er z. B. in Karl Marx vor allem einen »Utopisten« und »Propheten« und in dessen historischem Werk vor allem das Produkt eines »kommunistischen Chiliasmus« (S. 430). Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit seinen Thesen erübrigt sich damit. Positiver bewertet Rüstow Marx' Leistung auf den Gebieten Soziologie und Ökonomie. Als Begründer der historischen Soziologie stellt er ihn »mindestens ebenbürtig neben Comte als Begründer der systematischen Soziologie« (S. 432). Als Wirtschaftswissenschaftler billigt er ihm sogar »die mit Abstand bedeutendste wissenschaftliche Leistung zu ..., die einem deutschen Nationalökonom in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelungen ist« (S. 435). Im übrigen, so Rüstow, »war Marx von der Beschränkung des Blickfeldes auf rein innerwirtschaftliche Vorgänge frei, er übte vielmehr durchaus die universalgeschichtliche Einfügung dieser Vorgänge in die Gesamtheit der sozialen Lebenserscheinungen...« (S. 437). Mit dieser Feststellung korrigiert Rüstow sein Urteil über den Historiker Marx ein Stück weit. Dies erhärtet den Verdacht, daß er nicht immer sorgfältig unterscheidet zwischen Marx und Marxismus, zwischen Marx und Engels, Lenin, Stalin usw., und daß hieraus so manche Vereinfachung der Marxschen Lehre resultiert. Dabei weiß man doch, daß man »beim Meister immer mehr findet als bei den Schülern« – bei Kant mehr als bei den Kantianern, bei Darwin mehr als bei den Darwinisten, bei Marx mehr als bei den Marxisten (Ernst Jünger). Auch Rüstow weiß dies, will es aber nicht sehen. So läuft bei ihm am Ende alles auf die Kritik des »Gesamtsystems des

Marxismus« hinaus, welches er als »eindrucksvolles theologisches Lehrgebäude« be-greift. Sechs Kapitel seines Buches hat er Marx gewidmet. Kurioserweise findet sich im Personenregister aber kein Eintrag zu Marx. Zufall? Vielleicht. Auf jeden Fall ist dieses Versäumnis nicht dem Autor, sondern dem Herausgeber anzulasten.

Der eigentliche Reiz des Buches ist die Gesamtschau, die es vermittelt. Es steht jedoch zu vermuten, daß dies nur wenige Leser zu schätzen wissen. Denn die Zergliederung des Buches in mehr als 130 Einzelkapitel verleitet eher zu einer selektiven Aneignung. Aber selbst diese kann produktiv sein, sofern die Leserin oder der Leser bereit ist, das Ganze als ein historisches Vermächtnis anzunehmen, als Compendium aus einer vergangenen Zeit.

ULRICH BUSCH

Gabriele Gorzka,
Peter W. Schulze (Hg.): *Wohin steuert Russland unter Putin. Der autoritäre Weg in die Demokratie*, Campus Verlag Frankfurt/New York 2004, 419 S. (27,90 €)

Im Vorwort betont die Herausgeberin, daß die deutschen und russischen Autoren dieses Bandes – sie gehören dem von der Universität Kassel und dem Moskauer Büro der Ebertstiftung organisierten »Schönfelder Kreis« an – suchen, »ein präzises Bild der russischen Wirklichkeit zu zeichnen« (S. 7). Der Wirtschaftsjournalist M. Brüggemann informiert über die hohen Wachstumsraten, den rigorosen Abbau der Auslandsschulden, den Anstieg der Währungsreserven und die erstmaligen sozialen Verbesserungen seit der Putin-Administration. Er benennt auch die ungelösten Strukturprobleme, die dem dauerhaften ökonomischen Aufschwung und der politischen Stabilität im Wege stehen (Abhängigkeit von Rohstoffexporten, unzureichender Aufbau innovativer und global konkurrenzfähiger Wirtschaftszweige, Kapitalflucht, Korruption). Zu ähnlichen Urteilen gelangen die Wirtschaftswissenschaftler A. Dynkin und R. Götz in ihren fundierten Analysen zu Rußlands Stellung in der globalen Wirtschaft und im Energiesektor. G. Erler, Vorsitzender der Deutsch-Russischen

Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag, macht sich in seinem Beitrag zum Anwalt Chodorkovskis und sieht in der Verfolgung der Wirtschaftskriminalität des Komsomol-Oligarchen einen »Vernichtungsfeldzug des Kreml« und einen Schlag gegen die »Zivilgesellschaft«. Er beschuldigt Putin der »schonungslosen Ausübung der verliehenen Macht« und einer »ruppigen Politik zugunsten russischer Nationalinteressen im Umgang mit der Europäischen Union« (S. 324). Er stellt dabei nicht die Frage, welche in Wahlen an die Macht gelangte demokratische Partei in Europa nicht von nationalen Interessen ausgeht. Der taz-Journalist K.-H. Donath beklagt, daß Rußland für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen weniger empfänglich sei; diese aber würden gebraucht, wenn das Land aus der »Putinschen Hypnose« erwache. Vielleicht ist aber der gegenwärtigen russischen Führung in Erinnerung, wozu die vom Westen vorzüglich ausgebildeten und bezahlten sogenannten »zivilgesellschaftlichen« Aktivisten schon in Serbien, Georgien oder in der Ukraine auch in der Lage waren?

Die Parlaments- und Präsidentenwahlen 2003/04 sind für mehrere Autoren Anlaß, die Frage zu diskutieren, ob das Experiment der russischen Demokratie zu Ende geht oder ob über eine Stärkung der unter dem Jelzin-Regime zerfallenden Staatsmacht eine Demokratie im wahren Sinne des Wortes entsteht. Ungeachtet aller Lobpreisungen von westlichen Politikern und Politologen über den »Demokraten« Jelzin, war dessen Herrschaftssystem selbst nach EU-Standards ein autoritäres Regime, das den Willen der Mehrheit der Bevölkerung mißachtete, ein gewähltes Parlament kartätschte (Oktober 1993) und die widerpenstige parlamentarische Mehrheit bis 1999 mißachtete. Nachdem nun Putin als Präsident und auch seine Partei »Einheitliches Rußland« erstmals eine komfortable Mehrheit in der Duma erreichten, behauptet M. Momsen, »daß es um die Chancen einer Abkehr von der autoritären Herrschaftspraxis eher schlechter als besser« bestellt sei (S. 201). A. Ryschkow, Dumaabgeordneter seit 1993, hingegen sieht im Wahlerfolg des »Einheitlichen Rußland« den Sieg einer Partei, »die direkt mit dem populären Präsidenten und dem wirtschaftlichen Aufschwung assoziiert wird« und »die höchste Form des Parlamentarismus in der russi-

schen Geschichte« bisher. In seiner Parteienanalyse kommt B. Makarenko zu dem Schluß, daß die Wahlsieger als stabile Parlamentsfraktion existieren und auf eine Wiederholung ihres Erfolges zählen können, nicht aber auf eine »Verwandlung in vollwertige Parteien, d. h. autonome und strukturierte Subjekte der Politik.« Die Forderung, Rußland müsse seine Prüfung in Demokratie erst noch bestehen, werde vor allem von »Prüfern erhoben, deren Prüfungen man niemals bestehen kann. Prüfer von der Art Zbigniew Brzezinski lieben vielleicht die Demokratie, sie lieben sie jedoch weniger, als sie Rußland nicht lieben.« Zum Glück sei Rußland kein rechtloser Student wie Georgien oder Serbien. Moskau könne sich daher erlauben, »die Prüfungen dieser Prüfer nicht zu bestehen« (S. 271).

Im letzten Teil des Sammelbandes, der der Außenpolitik gewidmet ist, empfiehlt H. Timmermann Politikern der EU, sie sollten ihre Glaubwürdigkeit bewahren und darauf verzichten, Rußland Fehlentwicklungen vorzuhalten, die unter eigenen Mitgliedstaaten Platz greifen. Welchen Eindruck mache es »auf die russische Elite, wenn die italienische Präsidentschaft mit dem Medienmogul Berlusconi an der Spitze die russische Führung mahnt, Pluralismus und Unabhängigkeit der Medien zu schützen, bilde dies doch »einen zentralen Aspekt jener Werte, auf denen die Partnerschaft der EU – Rußland beruht«? (S. 358). M. Wiest verweist auf das neue Konfliktpotential und den Paradigmenwechsel russischer Außenpolitik im Zusammenhang mit der Osterweiterung von NATO und EU. Sie wirft Putin Großmachtanspruch vor, blendet aber aus, daß die USA wie die EU seit 15 Jahren die Chance nutzen, um die sowjetischen Nachfolgestaaten in ihren Einflußbereich zu ziehen. Auch die Folgen eines von der gegenwärtigen US-Administration gewollten Zerfalls Rußlands für Europa und unser Land liegen außerhalb ihrer Betrachtung. Der Beitrag von E. Jahn über Beziehungen zwischen dem eurasischen Rußland und Europa, die asymmetrische Integrationskonkurrenz Brüssel-Moskau hingegen bedenkt Zukunftsszenarien, die sich nicht allein in einer linearen westliche Integration und einer fortschreitenden östliche Desintegration erschöpfen.

Wolfgang Frindte:
Inszenierter Antisemitismus.
Eine Streitschrift. VS Verlag für
Sozialwissenschaften Wiesbaden
 2006, 321 S. (29,90 ?)

Dieses Buch sollte möglichst viele Leser finden, die gemeinsam mit dem Verfasser emotional und kognitiv an dem Ringen um die Auslöschung antisemitischen Gedankenguts im öffentlichen sowie privaten Bewusstsein aktiv teilnehmen wollen. Der Autor ist über Thüringen hinaus international bekannt für sein engagiertes Auftreten gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus, forschend und im öffentlichen Leben.

Je nach persönlicher Situation und Interessenlage kann der Leser auf unterschiedliche Weise vom Inhalt des Buches Besitz ergreifen: 1. Der eilige, weniger an den begleitenden theoretischen Fragen interessierte Leser beginnt mit »Kapitel 9: Dialoge über Deutsche, Juden und Antisemiten.« 2. Für den eiligen, theoretisch Interessierten bietet sich als Einstieg »Kapitel 8: Vom banalen Autoritarismus der Antisemiten«, Abschnitt »6. Flucht in die Sicherheit – eine theoretische Annäherung« an. Wer dagegen 3. die Komplexität des Themas und die Fülle der vom Verfasser zusammengetragenen bzw. selbst erarbeiteten Erkenntnisse ausschöpfen will, sollte dem Aufbau der vorliegenden Schrift von Anfang bis Ende folgen.

Viele Leser werden im Einklang mit dem Autor das antisemitische Gedankengut und die Antisemitismus-Ideologie als böse und verbrecherisch verurteilen. Aus Frindtes Auswertung der wissenschaftlichen Literatur ist zu entnehmen, dass – wenn man die in der Verurteilung des Antisemitismus umgesetzten Urteile analysiert – sich ein breit gefächertes und z. T. schwankender Begriffsgebrauch findet. Dass der Antisemitismus trotz seines moralischen Stigmas weiter tradiert wird und in vielen Köpfen Platz greift, verlangt danach, seine Wurzeln aufzudecken. Dazu trägt der Verfasser analytische Arbeiten und empirische Forschungen vor. Ringen um und Stand der Erkenntnisse werden im vorliegenden Werk transparent gemacht.

Die Entwicklung vom *Antijudaismus* in der Geschichte bis ins 19. Jahrhundert zum *Antisemitismus* seit der zweiten Hälfte des letzteren ist als Entwicklung von Inszenierung zu verstehen. Damit wird gesagt, dass Hasspredigten gegen Juden, z. B. als Jesumörder, mit spontanen Gewalthandlungen in Pogromen nicht zufällig zusammenfallen, sondern dass antijüdische Verbrechen ideologisch vorbereitet und handlungsmäßig organisiert sind. Spontane Elemente sind zunehmend wohlkalkulierter Bestandteil der Inszenierung. Inszenierungen erfolgten manchmal lokal und verbreiteten sich gemäß einem Ansteckungseffekt. Gegenüber den früheren *Verfolgungen* bzw. *Vertreibungen* der Juden aus einzelnen Staaten ist die von den Nationalsozialisten durchgeführte eine perfektionierte Inszenierung, die sich der seinerzeit modernsten technischen Hilfsmittel, staatlicher Organisation und medial verbreiteter antisemitischer Ideologie zur *Vernichtung* der europäischen Juden bediente.

Der Antisemitismus hat sich nach seiner Verurteilung in der Mitte des 20. Jahrhunderts in seinen Erscheinungsformen gewandelt. W. F. bespricht den manifesten oder klassischen, den sekundären und den latenten (S. 125 ff.) sowie den modernisierten Antisemitismus (S. 130). Ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen, die für ihre empirische Erfassung unterschiedliche methodische Zugänge verlangen, sind aber nicht nur für die Diagnose zu beachten, sondern ebenso für die politische und erzieherische Einflussnahme, z. B. durch Elternhaus und Schule. Die sich rechts oder in der politischen Mitte ansiedelnden »Antisemiten, die sich mittlerweile als ›Liberale‹ präsentieren, inszenieren ihren Antisemitismus entweder als Skandal oder eben als ›liberale‹ Kritik an der notorischen Erinnerungspolitik.« (S. 121)

Zwei häufig diskutierte gesellschaftliche Faktoren für den Antisemitismus, der Nationalismus und der Autoritarismus, werden ausführlich erörtert. Eine lineare Determination des Antisemitismus durch diese Faktoren wird zurückgewiesen. Um die nachgewiesenen tatsächlichen Zusammenhänge dem Leser durchsichtig zu machen, bemüht der Autor sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zu den

materiellen gesellschaftlichen Basisvoraussetzungen und gesellschaftlichen sowie individuellen Bewußtseinsfaktoren. In Auswertung soziologischer und sozialpsychologischer Untersuchungen kann W. F. zeigen, dass die Identifikation mit der eigenen Nation zwar mit Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gekoppelt sein kann, aber nicht sein muss. Wenn auch im 19. Jahrhundert im Rahmen der Nationenbildung und ideologisch übersteigertem Nationalismus sich Antisemitismus entwickelte, so ist die Nationenbildung nicht als Ursache, sondern als Rahmenbedingung ins Verhältnis zu setzen.

In seiner vorsichtig hypothetisch formulierten und anschließend ausführlich fundierten Grunderkenntnis, in der die vorher erörterten Ergebnisse konzentriert werden, geht es W. F. vor allem um den Durchschnittsbürger – als gegenwärtigem Verwirklicher von Antisemitismus – mit einem »ganz normalen, banalen Autoritarismus« (S. 256 ff.).

Die Vielfalt vorgetragenen Erkenntnisgutes reizt den kritischen Leser zu manchem Einwand. Der Rezensent ist davon überzeugt, dass W. F. für jeden Hinweis dankbar ist, weil damit seinem Grundanliegen, das er am Schluss fast aller Kapitel in Abwandlung der Aufforderung Catos an den römischen Senat formulierte, Vorschub geleistet werden kann. W. F. schreibt: »*Ceterum censeo; Der Antisemitismus muss vernichtet werden.*«

Ein grundsätzlicher kritischer Hinweis, der generell die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus – nicht nur den Beitrag von W. F. angeht – ist, dass es sehr förderlich wäre, die im jüdischen Volk bzw. in seiner Kultur wirkenden Faktoren herauszuarbeiten, die es in die Lage versetzte, unermeßliches Leid in der Diaspora durchzustehen und in seiner Geschichte immer wieder ausgezeichnete Wissenschaftler, Künstler und andere hervorragende Persönlichkeiten hervorzubringen, die sowohl hinsichtlich ihrer Leistung als auch in ihrer Anzahl beeindruckend sind.

HELMUT METZLER

**Thomas Stahel: Wo-Wo-Wonige!
Stadt- und wohnpolitische
Bewegungen in Zürich nach 1968;
Paranoia City Verlag, Zürich 2006,
456 Seiten, 265 Bilder, vierfarbig**

Zürich ist eine der *global cities*, aber auch schon seit Anfang der 1970er Jahre durchgängig ein Ort von Konflikten um Wohnraum gewesen. Der öffentlich sichtbarste Höhepunkt war die sogenannte Zürcher Jugendbewegung und der Konflikt um ein autonomes Jugendzentrum 1980 und 1981.

Thomas Stahel hat seine 2004 eingereichte Dissertation nun zu einem Buch umgearbeitet, das sich ausdrücklich nicht an ein akademisches Publikum, sondern an alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner richtet, speziell an solche, die an einer Geschichtsschreibung des (anti-)urbanen Aktivismus interessiert sind. Im Zentrum, so der Autor, stehe »die Analyse der Lebensformen, Hintergründe und Strategien der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen«.

Zu Beginn seines Buches stellt Stahel die Leitbilder des Wohnens und der Stadtentwicklung vor, um dann nach einem kurzen Exkurs in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz die Schweizer bzw. speziell die Züricher Stadt(entwicklungs-)politik zu charakterisieren: Getreu dem Prinzip der funktionalen Trennung und der gleichzeitig wachsenden Bedeutung der Kleinstfamilie wanderten immer mehr Familien ins Umland ab. Die Straßen werden statt zu Verbindungen zwischen den Städten zu Einfallstoren für die Pendlerinnen und Pendler aus den Agglomerationen. Zürich als boomender Finanzplatz und die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors führen dazu, dass die City sich in die angrenzenden Quartiere hinein ausdehnt und die alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner verdrängt.

Interessanterweise gibt es bis Ende der 1960er Jahre auf gesamtschweizerischer Ebene de facto keine (gemeinsame) Raumordnungspolitik, obwohl sich von 1952 bis 1972 die überbaute Fläche verdoppelt und die Zahl der Autos um 700 Prozent zunimmt.

Der zweite Teil widmet sich den alternativen Wohnformen, also Wohngemeinschaften,

Hausbesetzungen, den realisierten und geplanten Großwohnprojekten und den mit ihnen verbundenen Vorstellungen von Autonomie, Freiräumen, Geschlechtergerechtigkeit und Kollektivität.

Im dritten und umfangreichsten Teil der Arbeit diskutiert und analysiert Stahel die Strategien der stadt- und wohnpolitischen Bewegungen zum Erhalt von (günstigem) Wohnraum und seiner emanzipatorischen Nutzung und zur Bekämpfung der seit den 1950er Jahren chronischen Wohnungsknappheit in Zürich. Neben den für nichtschweizer Leserinnen und Leser ungewohnten Möglichkeiten der direkten Demokratie sind dies wie anderswo auch Mieterkampf und Stadtteilarbeit, Hausbesetzungen, Hauskauf und -bau und nicht zuletzt Demonstrationen und militante Anschläge. Je vielfältiger das benutzte Repertoire der Aktivistinnen und Aktivisten und die damit verbundenen politischen Bündnisse waren, umso größer wurden die Erfolgchancen.

In seiner Bewertung schließt sich Stahel der Sichtweise an, die eine abnehmende Bedeutung von Politik und eine steigende Bedeutung von Kultur und von »Freiraum-Ideologien« für das Selbstverständnis oppositionellen Handelns annimmt. Diese Lesart ist weit verbreitet und klingt in diesem Fall so: Kämpften die Bewegungen der 1968er und der 1970er noch um die ganze Gesellschaft, reduzieren sie sich in den 1980ern schon auf die Stadt, um dann in die kulturellen Insellösungen und die Bekämpfung von individueller Not und die Umsetzungen individueller Wohnansprüche überzugehen. Sicher verbleiben die wohnpolitischen Kämpfe mit ihrer Orientierung an Freiräumen letztlich defensiv und klagt die militante »Bewegung« der beginnenden 80er Jahre im Rückblick betrachtet, vorrangig weniger die Revolution als vielmehr die mangelnde Vielfalt urbaner Lebensformen ein. Aber gleichzeitig hat die Anzahl und die Dauer von Hausbesetzungen in Zürich stetig zu- und nicht etwa abgenommen. Seit 1989 gibt es durchgehend ein besetztes Haus in Zürich.

Es ist auch schon für andere Städte dokumentiert, dass die alternative und kulturelle Linke die Aufwertung bestimmter Stadtquartiere zumindest verbal bekämpft, sie aber allein durch ihre längere Anwesenheit schon

mitverursacht. So tragen die stadtpolitischen Bewegungen zu der postfordistischen Reurbanisierung bei, die heute so gerne im Standortwettbewerb als Vorteil kommuniziert wird und nicht zuletzt zur Verdrängung ärmerer Schichten führt. Stahel nennt diese zentrale Widersprüchlichkeit der stadtpolitischen Bewegungen zwar, untersucht sie aber nicht weiter, was an der ursprünglich akademischen Form der Arbeit, oder auch an politischen Schwierigkeiten liegen mag. Wenn man in diese Richtung weiterdenken würde, könnte auch geklärt werden, inwiefern es einen Zusammenhang zwischen den oben beschriebenen Veränderungen des stadtpolitischen Handelns »hin zur Kultur« und dem Phänomen gibt, dass die in Zürich relativ linke Sozialdemokratische Partei, die noch 1981 »Quartiersarbeit als zentrales Element politischen Engagements« angesehen hatte, seit 1993 keine wohn- und mieterpolitischen Initiativen mehr unternimmt. Auf der positiven Seite verbucht Stahel die erreichten Wohn- und Hausprojekte und die vielfältigen, kleinteiligen und individuellen Erfahrungen, die Menschen während ihres politischen Engagements oder »alternativen Wohnens« gesammelt haben und die sie geprägt haben.

Die politischen Schwächen des Buches wiegen angesichts der Detailfülle, der thematischen Breite und der sehr sorgfältigen und ansprechenden Gestaltung des Buches – das ja sowohl ein Bilderbuch wie auch durch seine vielen Anhänge ein Nachschlagewerk ist – gering. Beiträge von solcher Qualität zur Geschichte anderer neuer sozialer Bewegungen in anderen Städten oder Regionen wären wünschenswert, werden aber weiterhin Einzelstücke bleiben.

BERND HÜTTNER

»Die Schafe, einst so sanft und genügsam, sind wild und raubgierig geworden, dass sie sogar Menschen fressen, Felder, Gehöfte und Dörfer verwüsten und entvölkern ...«

Thomas Morus, Utopia

Georg Fülberth, Michael R. Krätke

Neun Fragen zum Kapitalismus

71 Seiten, Broschur, 6,90 Euro, ISBN 978-3-320-02102-3

Was ist eigentlich Kapitalismus? Wann hat der Kapitalismus angefangen – und wo? Der Profit und seine Vermehrung: woher und – wieviel? Rosa Luxemburg: Wie war ihre Auffassung vom Kapitalismus – und was bleibt? Was heißt »globaler« Kapitalismus? Geopolitik und Geoökonomie: Ist »Raum« das neue Schlüsselwort für den neuen Kapitalismus? Gibt es einen »neuen« Imperialismus? Was ist »neoliberaler« Kapitalismus? Wann endlich kommt der große Kladderadatsch und ist der Kapitalismus zu Ende? Auf solche Fragen zum Kapitalismus versuchen die bekannten Autoren Michael R. Krätke und Georg Fülberth Antworten zu finden und zum kritischen Weiterdenken anzuregen.

AUTOREN

Georg Fülberth, geb. 1939, Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.

Publikationen (Auswahl): G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus (2005); Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration (2001); Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten (1994), Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen (1991).

Michael R. Krätke, geb. 1950, Prof. Dr., Politologe an der Universität Amsterdam, Mitherausgeber von spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft. Publikationen (Auswahl): Die Wiederentdeckung der Klassen (gemeinsam mit Veit-Michael Bader, Albert Benschop); Europa des Kapitals oder Europa der Arbeit? (gemeinsam mit Thomas Blanke, Pierre Bourdieu); Kleine Geschichte der Weltwirtschaft; Mut zur konkreten Utopie (gemeinsam mit Joachim Beerhorst, Kerstin Jürgens).

KLAUS KANNAPIN ... Will Seek Its Own Level

Using fantasy and satire, the author confronts a group of contemporary leading politicians from each of the parties represented in the German parliament, with the analysis and reflections of William Godwin (1756-1836), who »was always a thorn in the side of the powerful«. He does so with good reason: recently the philosopher of law, Hermann Klenner, published, for the first time, a complete German translation of Godwin's magnum opus »An Enquiry Concerning Political Justice and its Influence on Modern Morals and Happiness« (1793).

FRIEDRICH W. SIXEL Isn't It High Time?

Knowledge, as Capital: Some Reflections

Western societies, the author says, were uniquely successful in mastering and controlling nature, but, it is now high time to take a completely new approach. Nature no longer tolerates our way of understanding and using it, and we – generally – see our problems with this process as being »environmental«. Doing so means parting from the »ludicrous« assumption that humanity stands above the rest of nature – and this is fatal. To ignore the primacy of nature means provoking nature's ultimate backlash.

THOMAS MARXHAUSEN Marx as an Opportunity

This is a reply to Katja Kipping's article »Is Marx a Must for the Left?« in UTOPIE kreativ No. 196 (February 2007). Marx is not a must, the author says, but an opportunity. He represents a source of knowledge, but the degree of motivation and in which direction depends on personal and social circumstances. He provides the opportunity to confront erroneous »certainties« with scepticism and for studying the dialectical method, which has offended those in power from the moment the certitude began to spread, that capitalism does not represent the end station of historical development.

HEIKO HILKER For a Better Political Culture of Information and Communication

Reflecting back on his engagement, at the beginning of the nineties, for the survival of the GDR's radio station »DT 64«, the author, who is now a member of the Saxonian parliament, critically assesses the relationship between politicians and mass media, the myopic political approach taken by politicians, the restrictions imposed on the mass media, lobbyism etc. He pleads for a code of conduct for politicians that would include commitments such as »Do not explain why something does not work, but demonstrate how the people can make it work.«

ILSE SCHIEL, WOLFGANG SCHIEL Man Instead of Class

This is a commentary on the book »The SED Party College – A Critical Review«, published in 2006 (in German). The authors, now in their eighties, had taught in this college during the fifties. They believe, contrary to the authors of the book, that the failure of socialism provides an opportunity for a new beginning, that would include the recuperation from a long and chronic illness – that of dogmatism, the suppression of free thought and the degeneration and de-humanization of practical application.

MARCUS HAWEL In Focus: The Mental State

An Attempt to Explain Israel to Us and Others from »Outside«

Against the backdrop of a growing anti-Semitism in Europe and in the Islamic world, the author reviews the traditional roots and new phenomena of anti-Semitism, pleads for the differentiated use of the terms Jewry, Zionism and Israel, which, in Germany are often used interchangeably. The author rejects all forms of anti-Semitism, critically discussing bigoted pro-Israeli or pro-Palestinian statements, analysing the Middle-East conflict while maintaining that a solution to this conflict can only be achieved through peaceful means and the acceptance of the vital interests of the contending sides.

WOLFRAM ADOLPHI Without the UN-Charter?

Remarks to Marcus Hawel's »In Focus: The Mental State«

After reading Hawel's discussion of the Middle-East conflict, the author was surprised not to find mention of the UN-Charter in the article. He reflects upon the history of this charter, reviews the reasons why the key powers of the Anti-Hitler-coalition had to establish such a complex regulation of international affairs and concludes that the charter should be seen as the most important instrument for attaining a durable peace in the region.

PETER ULRICH National Communism after Auschwitz – the GDR and the Jews

An Attempt at Drawing up a Balance Sheet

The author presents a broad review of articles published since 1990 concerning the politics of the GDR vis-à-vis Jews and Israel. He looks into what could be seen as the anti-Semitic and anti-Zionist heritage of the Communist Party, discusses whether anti-Semitism in the GDR was an element of the State's legitimising ideology or merely an occasional excess, that cannot be seen as fundamental. He also analyses policies such as the refusal of reparations and the refusal to revise the appraisal of the Shoah as well as the anti-Israel campaigns.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ULLA PLENER,
MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)
Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)
Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 170:	je	1 €
Heft 171 bis 182	je	2,50 €